



5. Heft | 13. März 1913

AUGUST ERDMANN · DAS JESUITENGESETZ UND DIE LIBERALEN

IM Kreis der liberalen Parteien des Reichstags soll der Gedanke erwogen worden sein zu dem Antrag des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes den Zusatzantrag zu stellen die Bestimmungen in dem § 166 des Strafgesetzbuches, die von der Gotteslästerung und der Beschimpfung der Kirche, ihrer Einrichtungen und Gebräuche handeln, aufzuheben. Der Gedanke ist nicht ausgeführt worden, worüber wir Sozialdemokraten nicht erzürnt zu sein brauchen, denn unsere bisherige Haltung gegenüber dem Jesuitengesetz war so einfach, so vernünftig und nach außen so wirkungsvoll, daß für uns nicht der mindeste Grund vorlag sie zu ändern. Der Gedanke der Liberalen hat etwas für sich, wenn man erwägt, daß es außer dem Jesuitengesetz noch andere Ausnahmegesetze religiöser Art gibt, und daß, wenn man dem Zentrum die Freiheit seiner Jesuiten bewilligt, es anderen auch die Freiheit der Kritik an religiösen und kirchlichen Dingen zugestehen kann. Aber die Jesuitendebatte hat gezeigt, daß die Liberalen rechter und bis auf 3 Mann auch linker Seite grundsätzlich nicht für die Aufhebung sind, also auch nicht mit der Zugabe der Aufhebung irgendeines andern religiösen Ausnahmegesetzes dafür gewesen wären, so daß man wohl annehmen darf, daß dem Zusatzantrag Nebenabsichten zugrunde lagen, die weder der Aufhebung des Jesuitengesetzes noch der des § 166 zu dienen bestimmt waren. Die *Frankfurter Zeitung* bedauert, daß es nicht gelungen sei die Parteien der Linken, das heißt Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten, »vorher darauf zu einigen, daß sie durch ein Amendement, wie zum Beispiel die Aufhebung des sogenannten *Gotteslästerungsparagraphen*, die so stark hervortretende Abneigung des Zentrums gegen alle Ausnahmegesetzgebung und alle Zwangsgesetze praktisch auf die Probe stellen. Dann würde sich gezeigt haben, daß das Zentrum die geistige Freiheit und Betätigung religiöser Überzeugungen, die es für sich verlangt, anderen nicht zu konzedieren bereit ist, und dann hätte sich wohl die Situation ergeben können, daß das Zentrum dann gegen seinen eigenen amendierten Antrag gestimmt hätte.« Man darf daraus wohl entnehmen, daß es den Freunden dieses Verfahrens in erster Linie darum zu tun war den Jesuitenantrag durch das Zentrum selber zu

Fall zu bringen und so die Liberalen aus der unangenehmen Lage für die Aufrechterhaltung eines Ausnahmegesetzes stimmen zu müssen in die weit angenehmere Lage zu versetzen das Jesuitengesetz zu behalten und sich dennoch als die unentwegten Freunde der Freiheit und Gerechtigkeit aufzuspielen. Es ist zur Klärung der Sachlage jedenfalls besser, daß der Gedanke der Liberalen im Zustand der Erwägung stecken geblieben ist.

Nun ist ohne Zweifel richtig, daß, wenn die Gerechtigkeit dem Zentrum die Aufhebung des Jesuitengesetzes schuldete, das Zentrum der Gerechtigkeit die Aufhebung noch viel schwererer Ausnahmegesetze auf politischem wie auf religiösem Gebiet schuldet. In der Eingabe des bayrischen Episkopats vom 16. Juli 1912 heißt es, daß das Jesuitengesetz das einzige im Deutschen Reich zurzeit bestehende Ausnahmegesetz sei. Und diese Behauptung konnte man letzthin in Artikeln, Reden und Resolutionen von ultramontaner Seite immer wieder hören. Deutschland hat angeblich nur einen Flecken: das Jesuitengesetz; alles ist gut bei uns, wenn nur die Jesuiten ihre Freiheit wieder haben. In einer am 10. Januar 1913 in Berlin abgehaltenen Katholikenversammlung wurde, wie es in der dort angenommenen Resolution heißt, »mit verdreifachter Schärfe die alte Forderung in den Vordergrund gerückt, daß das ganze Jesuitengesetz beseitigt werden muß, damit in Sachen der persönlichen Freiheit das Deutsche Reich unter den modernen Kulturstaaten nicht fernerhin an letzter Stelle steht«. Den Katholiken mag die Freiheit der Jesuiten noch so sehr am Herzen liegen, aber was wiegt das Unrecht, das eine kleine Schar Jünger der Gesellschaft Jesu trifft (nach den Ausführungen des Grafen Praschma im preußischen Abgeordnetenhaus sind für die deutsche Ordensprovinz etwa 100 Jesuiten verfügbar), gegen das Unrecht des preußischen Dreiklassenwahlrechts, das als Ausnahmegesetz gegen die Demokratie aufkam und als Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie aufrecht erhalten wird? Oder gegen das Unrecht des § 153 der Reichsgewerbeordnung, der ein Ausnahmegesetz gegen den aufwärts strebenden Teil der deutschen Arbeiterschaft ist, zugunsten der Scharfmacher und jener Elemente, die in der Stunde der Not ihren kämpfenden Klassen-genossen in den Rücken fallen?

Das sind geschriebene Ausnahmegesetze. Daneben gibt es aber auch noch ungeschriebene. Die Vorbehaltung der höheren Staatsstellen für eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung ist ein Ausnahmegesetz gegen das übrige Volk; der Ausschluß der Juden von fast allen Ämtern der Zivil- und Militärverwaltung, die allgemeine Ächtung der Sozialdemokraten, deren Angehörige nicht einmal Nachtwächter, viel weniger etwas Höheres werden können: alles das sind ungeschriebene, aber tatsächlich vorhandene und in ihrer Wirkung für die weitesten Volkskreise fühlbare Ausnahmegesetze. Das Zentrum verurteilt Ausnahmegesetze solcher Art, wenn es selber davon betroffen wird, wie seine immerwährenden Klagen über die Imparität beweisen. Am 5. September 1912 brachte die *Kölnische Volkszeitung* einen Artikel über die Vorgänge in Bayern, in dem sich der bezeichnende Satz fand: »Noch besteht in manchen deutschen Bundesstaaten das ungeschriebene Ausnahmegesetz, das Katholiken den Eintritt in höhere Staatsämter oder gar Ministerien verwehrt oder doch nur als Ausnahme gestattet.« Dieses feine Verständnis für die eigene Zurücksetzung hindert das Zentrum nicht geschriebene Ausnahmegesetze aufrecht zu erhalten und neue herbeizuführen,

Juden, Sozialdemokraten und andere mit dem Makel der Unchristlichkeit behaftete Leute unter ungeschriebene Ausnahmegesetze zu stellen, das heißt sie von staatlichen und anderen öffentlichen Ämtern möglichst oder vollständig fernzuhalten. Und nichts kennzeichnet in dieser Beziehung die wahre Natur des Zentrums besser als der Umstand, daß es in Bayern, wo es das Heft in Händen hat, eine wahre Schreckensherrschaft gegen alles ausübt, was sich nicht seinem Regiment beugen will, und daß der bayrische Ministerpräsident Herr von Hertling die ausnahmegesetzliche Behandlung der Sozialdemokratie in aller Form seinem Regierungsprogramm einverleibte. »Wir können und dürfen«, sagte er im April 1912 in der Kammer der Reichsräte, »die Sozialdemokratie nicht wie eine andere Partei ansehen. Die Sozialdemokratie ist nach meiner Auffassung eine Krankheit im Volkskörper. Das einzige, was wir tun können, ist die Ausbreitung einer solchen Krankheit möglichst zu bekämpfen. Dazu gehört auch, wozu wir durch die Verfassung berechtigt sind, unsern Beamtenstand von der Sozialdemokratie frei zu halten. Keinem Sozialdemokraten kann ein Staatsamt übertragen werden.« Wenn 100 Jesuiten in ihrer Freiheit beeinträchtigt werden, setzt das Zentrum Himmel und Hölle in Bewegung, derweilen seine Machthaber keine Bedenken tragen Hunderttausende von Staatsbürgern im gelassenen Ton der Selbstverständlichkeit ihrer Rechte zu berauben.

Außer den politischen Ausnahmegesetzen gibt es nun auch noch solche religiöser Art. Und hier setzt man von liberaler Seite aus an, um nachzuweisen, daß das Jesuitengesetz kein Ausnahmegesetz im üblichen Sinn sei. In den Tagen, da der Jesuitenerlaß der bayrischen Regierung die Öffentlichkeit beschäftigte, wurde in den *Münchener Neuesten Nachrichten* die Frage erörtert, ob das Jesuitengesetz ein Ausnahmegesetz sei. Die Antwort lautete: Das Jesuitengesetz trage ganz gewiß den Charakter eines Ausnahmegesetzes; es sei aber nur ein Teil einer ganzen Reihe von ausnahmegesetzlichen Rechtszuständen, es sei die notwendige Beigabe zu den gewaltigen Vorrechten, deren sich die katholische Religionsgemeinschaft erfreue: die geistliche Schulherrschaft, die konfessionelle Eidesformel, die staatlichen Geldzuwendungen an die Kirche usw. Die in den Bundesstaaten überall vorhandene innige Verbindung von Staat und Kirche sei ein Ausnahmegesetz zuungunsten aller jener Religionsgemeinschaften, die sich dieser Vorrechte nicht erfreuten. Hätten wir diese Bevorrechtung nicht, bestände die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse und Gemeinschaften, dann könne man ruhigen Herzens auf das Jesuitengesetz verzichten. Es sei daher den Liberalen anzuraten die Jesuitenfrage im Zusammenhang mit der ganzen Frage von Staat und Kirche aufzufassen, da man sie nicht für sich wie eine Einzelbestimmung der Gesetzgebung behandeln könne. An diesen Ausführungen ist so viel richtig, daß die Kirche im Besitz zahlreicher und großer Vorrechte ist, die für andere Religionsgemeinschaften und Kulturbestrebungen, namentlich aber für die vielen außerhalb der Kirche stehenden Personen ebenso viele Ausnahmegesetze sind. Es kommt hinzu, daß durch den vom Staat geübten Gewissenszwang, unter dem alle abhängigen Leute, namentlich auch die Beamten, zu leiden haben, der Kirche viel mehr Anhänger zugetrieben, also viel mehr Ansehen, Macht und Mittel verschafft werden als sie aus eigenen Kräften haben würde. Und endlich ist zu bedenken, daß dieses religiöse Ausnahme-

gesetz zu einem politischen deshalb wird, weil heute in Deutschland die Kirche, insbesondere die katholische, ebenso sehr dem Parteileben wie dem Glaubensleben nachgeht. Der katholische Geistliche ist heute gleichzeitig politischer Agitator im Dienst des Zentrums, so daß man sagen kann, daß der größere Teil der der Kirche vom Staat geleisteten Millionen ein Zuschuß an die Parteikasse des Zentrums ist.


So gewiß das alles nun Ausnahmegesetze zum Schaden aller derer sind, die außerhalb der Kirche stehen oder ihr nur zwangsweise angehören, so ist und bleibt das Jesuitengesetz eine Ausnahmemaßregel, die auch dadurch nicht gerechtfertigt werden kann, daß man sie als Notwehr deutet. Man bekämpft ein großes Unrecht nicht dadurch, daß man gegen seinen Nutznießer ein kleineres Unrecht verübt. Für einen Demokraten (und für einen Liberalen sollte es nicht anders sein) ist die Bekämpfung von Ausnahmegesetzen eine Sache des politischen Prinzips, die man verfißt, ob Freund oder Feind, ob Großes oder Kleines, ob viele oder wenige davon betroffen werden. Die ganze Frage würde uns nicht mehr beschäftigen, wenn der Liberalismus je die Kraft und den Mut gehabt hätte den Staat gegenüber der Kirche auf eigene Füße zu stellen, dadurch, daß man das Verhältnis beider Gewalten auf der Grundlage der völligen Trennung endgültig geregelt hätte. In den weiterblickenden Geistern des Liberalismus war dieser Gedanke in den sechziger und siebziger Jahren auch vorhanden. Die Demokraten des Reichstags brachten 1872 bei der Jesuitendebatte den Antrag ein »die sämtlichen Petitionen [die die Austreibung der Jesuiten forderten] dem Reichskanzler mit dem Ersuchen zu überweisen die verbündeten Regierungen zu veranlassen sich über die gesetzliche Einführung gemeinsamer Grundsätze zu verständigen, die eine vollständige Trennung von Staat und Kirche sowie von Schule und Kirche herbeizuführen geeignet sind«. Die Fortschrittler billigten zwar die Anträge der Petitionskommission, die sich gegen den Jesuitenorden richteten, fügten aber den Antrag hinzu, »daß der Reichskanzler mit den verbündeten Regierungen gemeinschaftliche Schritte vorbereite, die die vollständige Trennung von Staat und Kirche und von Kirche und Schule herbeiführen, um damit den einzigen Weg zu betreten alle religiösen Wirren auf staatlichem Gebiet für immer zu beseitigen«. Die Nationalliberalen begnügten sich damit Bismarck zu folgen, das heißt, ohne sich auf die grundsätzliche Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche einzulassen, die Jesuitenhetze gutzuheißen und jene Politik von Halbheiten, Torheiten und Ungerechtigkeiten zu betreiben, die man unter dem Namen *Kulturkampf* kennt. Das fortschrittliche und national-liberale Gefolge ergötzte sich unter Anfeuerung durch seine Führer an dem Jesuitenpopanz, den liberale Professoren, evangelische Pastoren und katholische Außenseiter ebenso kunst- wie phantasievoll hergerichtet hatten. Das Ergebnis des glorreichen Kulturkampfes ist bekannt: Triumph des Klerikalismus, Herrschaft des Zentrums, Versperrung des Wegs zur Demokratie.

Bismarck hat eingesehen, daß er mit dem sogenannten *Kulturkampf* einen Fehlgriff getan, und er hat sich, wie in seinen *Gedanken und Erinnerungen* zu lesen ist, das klar gemacht »an dem Bild ehrlicher, aber ungeschickter preußischer Gendarmen, die mit Sporen und Schlepssäbeln hinter gewandten und leichtfüßigen Priestern durch Hintertüren und Schlafzimmer nachsetzten«. Die Liberalen haben aus der Vergangenheit weniger gelernt. Bei

der Jesuitendebatte am 19. Februar 1913 konnte man es im Reichstag aus liberalem Mund genau so hören wie Anno 1872: Die Jesuiten sind Feinde des modernen Staates, sie stören den konfessionellen Frieden, und was derlei wunderliche Wendungen mehr sind. Deutschland zittert trotz seiner Soldaten und Gendarmen vor einer Handvoll Jesuiten, und 20 000 evangelische Geistliche, die allsonntäglich die Macht des Evangeliums preisen und im trutzigen Lutherlied die Teufel der ganzen Welt in die Schranken fordern, werden mit 100 Jesuiten nicht fertig und müssen den Staat um Schutz angehen. Welch eine Verkennung der Dinge! Der Jesuit ist der Feind: Und dabei sollte ein Kind sehen, daß das Jesuitengesetz weder der Ausbreitung des Jesuitismus in Deutschland noch erst recht dem Klerikalismus irgendwie geschadet hat. Man verwies die Jesuiten des Landes: als ob sie im Zeitalter des ausgebildeten Verkehrs- und Mitteilungswesens nicht von jenseits der Grenze hinreichend Gelegenheit gehabt hätten auf die deutschen Katholiken zu wirken, wenn nicht durch das Wort, dann, was unter Umständen viel wirksamer ist, durch die Schrift. Seit 1904 dürfen sie einzeln im Land sein und in weitem Umfang öffentlich wirken: als ob sie da nicht hinreichend Mittel und Wege hätten die *dunklen Pläne* gegen den modernen Staat, den konfessionellen Frieden und die gute, alte, deutsche Sittlichkeit ins Werk zu setzen. Und wenn es gelänge die Jesuiten mit Stumpf und Stiel auszurotten: als ob damit das Haupt oder ein unentbehrliches Glied des Klerikalismus getroffen wäre, als ob damit der römischen Kirche oder dem klerikalen System etwas von seiner Macht genommen wäre.

Bismarck hat eingesehen und zugestanden, daß er das Wesen des Klerikalismus verkannt hat, als er gegen ihn zu Feld zog. Die Liberalen haben sich zu dieser Selbsterkenntnis noch nicht aufschwingen können. Sie wissen immer noch nicht, daß, wie der ganze Kulturkampf, so insbesondere das Jesuitengesetz nur den einen Erfolg gehabt hat dem Zentrum ein unschätzbares Mittel zu liefern, womit es seine Massen, wenn sie anfangen matt oder widerspenstig zu werden, wieder zur Begeisterung und zur Parteitreu zwingt. Sie wissen immer noch nicht, daß man dem Zentrum keinen schlimmern Dienst erweisen könnte, als wenn man ihm seine Jesuiten zurückgäbe. Denn nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, fordert das Zentrum den Fall des Jesuitengesetzes; sein mächtigerer und gefährlicherer Teil, die Kölner Richtung, würde an den Jesuiten schwerer zu verdauen haben als die Sozialdemokraten, zu deren Bekämpfung sie von ultramontaner Seite empfohlen werden.

XX
**GEORGE NICOLL BARNES · DIE ZUSAMMEN-
 FASSUNG DER KRÄFTE IN DER ENGLISCHEN
 ARBEITERBEWEGUNG**

 **E**INE neue Ära dämmert für die englische Arbeiterschaft herauf; am Montag, den 8. Februar wurde in Manchester eine Konferenz abgehalten, die auf die sozialistische und die Arbeiterbewegung Großbritanniens noch tiefgreifende Wirkungen üben wird. Sie war von den Genossenschaften einberufen, die die Arbeiterpartei und den parlamentarischen Ausschuß der Gewerkschaften aufforderten Vertreter

zu entsenden, die gemeinsam mit den Genossenschaftsvertretern versuchen sollten die gesamten Kräfte der Arbeiterschaft zu einem harmonischen Zusammenwirken zu vereinen. Zur Grundlage der Verhandlungen sollten folgende Fragen dienen, die von den Genossenschaftlern ausgearbeitet worden waren:

- »1. Wie können die Kräfte der Genossenschafts-, der Gewerkschafts- und der Arbeiterbewegung am wirksamsten ausgenutzt werden, um die wirtschaftliche Lage des Volkes zu heben?
2. Können die Kapitalien der Gewerkschaften in der Genossenschaftsbewegung angelegt werden, um (natürlich unter voller Garantie für die Sicherheit der Gelder) größere Vorteile für die Arbeiter zu bringen und bis zu einem weit höhern Grad als jetzt die Kontrolle über die Vorrats-, Produktions- und Verteilungsquellen allmählich in ihre Hand zu legen?
3. Wie weit können die genannten Organisationen sich in ihrer Propaganda- und Erziehungstätigkeit gegenseitig Beistand leisten?
4. Ist es möglich einen praktischen Plan aufzustellen, wie die Genossenschaftsbewegung in den Zeiten industrieller Kämpfe der Arbeiterschaft stärkere Unterstützung gewähren kann?«

Die Konferenz, an der von jeder der 3 Körperschaften 6 Delegierte teilnahmen, wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten. Nach einer erschöpfenden Diskussion wurde beschlossen, daß etwas Bestimmtes geschehen müsse, um jene Ideen durchzuführen, und endlich folgende Resolution angenommen:

»Die hier versammelte Konferenz der Vertreter der Genossenschaften, des parlamentarischen Komitees der Gewerkschaften und der nationalen Arbeiterpartei ist der Ansicht, daß es zur Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Volkes empfehlenswert wäre zu praktischen wie zu erzieherischen Zwecken ein engeres Zusammenwirken unter den 3 hier vertretenen Organisationen zu schaffen. Sie meint ferner, daß diese Konferenz sich vertagen solle, um jene 3 Organisationen instand zu setzen einer spätern Konferenz oder eventuell den Mitgliedschaften der hier vertretenen Organisationen geeignete Vorschläge zu unterbreiten.«

Um die Bedeutung der Bewegung zu verstehen, die zu der Konferenz von Manchester führte, muß man auf frühere Ereignisse zurückgreifen. Schon vor einigen Jahren empfand man, daß es notwendig wäre die Kräfte der Arbeiterschaft zu einem erngen Zusammenwirken zu vereinigen. Alle unterrichteten Leute waren stets der Ansicht, daß die 3 Bewegungen bis zu sehr weiten Grenzen die gleichen Zwecke verfolgen, und daß sie deshalb gemeinsam arbeiten müßten.

Die Gewerkschaftsbewegung war in England der Zeit nach die erste. Sie sieht auf ein volles Jahrhundert des Wirkens und Kämpfens zurück und wurzelt jetzt tief in dem Bewußtsein der Arbeiterschaft. Sie fußt auf dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und sucht nur dieses System selber zu modifizieren, seine lohndrückenden Tendenzen auszugleichen. In dieser Richtung hat sie viel getan und tut noch gegenwärtig viel. Mit Recht sagte der deutsche Parteiführer Liebknecht, die englischen Gewerkschaften kämpften in der ersten Schlachtlinie für die Arbeiter der ganzen Welt. Und dieser selbe Kampfgeist beseelt sie auch heute noch. Aber wir leben heute in einem Stadium des Kapitalismus, in dem dieser mehr und mehr monopolistischen Charakter annimmt. Die öffentlichen Gewalten greifen in die Domäne der kapitalistischen Unternehmungen hinein und werden in immer wachsendem Maß zu Arbeitgebern. Zudem sind jetzt sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in der Industrie auf einer höhern Stufenleiter organisiert.

Die industriellen Kämpfe führen so immer mehr dahin allgemeine Störungen in der Industrie hervorzurufen und neben den direkt beteiligten Parteien auch die Gesamtheit zu schädigen. So sieht sich das Parlament wie die Öffentlichkeit durch den Druck der Verhältnisse gezwungen sich mit den Arbeiterkämpfen zu beschäftigen, und umgekehrt wird die Arbeiterschaft mehr und mehr auf das politische Kampffeld gedrängt.

Die Genossenschaften nahmen bisher eine Mittelstellung zwischen den Gewerkschaften und der politischen Arbeiterpartei ein. Sie stellen eine Konsumentenorganisation dar, die einen stark kaufmännischen Charakter angenommen hatte. In neuester Zeit jedoch haben sich die Genossenschafter wieder auf ihre alten Ideale besonnen und angefangen sich und ihre Bewegung im Licht dieser Ideale zu prüfen. Sie denken wieder daran, daß die Genossenschaften nicht nur eine Organisation der Konsumenten sein sondern auch ein Mittel zum Aufstieg der Arbeiterschaft bilden sollten. Außerdem sehen sie sich auch selbst durch den Gang der Ereignisse gezwungen den Schutz und die Mitwirkung des Staates zu erstreben, wenn sie die genossenschaftlichen Grundsätze im industriellen und sozialen Leben zur Anwendung bringen wollen. So stieß William Maxwell (der langjährige Vorsitzende der schottischen Großeinkaufsgesellschaft und der gegenwärtige Vorsitzende des *Internationalen Genossenschaftsbundes*) auf fruchtbaren Boden, als er den Gedanken eines Zusammenschlusses aller Zweige der Arbeiterbewegung zu praktischen Zwecken aussprach. Er hatte dabei keinen bestimmten Plan und sagte das auch offen. Er war nur von einer Idee ergriffen worden, und sein Geist stellt damit ein bemerkenswertes Beispiel jener Empfänglichkeit dar, die mit den Jahren und der Erfahrung wächst. 50 Jahre hindurch hat er praktisch gearbeitet, und nun in seinem Alter konnte er sagen, daß »ein Volk ohne ideale Voraussicht untergehen« müsse.

Die Genossenschafter haben eine große Bewegung aufgebaut. Sie erzielen jetzt einen Jahresumsatz von wesentlich mehr als 2 Milliarden Mark. Die 3 Millionen Genossenschafter aus den arbeitenden Klassen haben den anderen Klassen bewiesen, daß die Arbeiterschaft alle die Tätigkeiten selbstständig auszuüben vermag, aus denen sonst das Kapital durch die Ausbeutung der Arbeit neues Kapital saugt. Aber die Genossenschaften gehen, wie Maxwell meint, nun zu sehr in dem bloßen Geschäftsgeist auf. Viele von ihnen sind dadurch philiströs und zaghaft geworden, manche fürchten direkt die Arbeiterbewegung. Jetzt jedoch wachsen jüngere Elemente unter den Genossenschaffern heran. Sie haben kühnere Hoffnungen und einen weitem Blick und bringen neuen Gärungsstoff in die ganze Bewegung. Ihr Einfluß wurde durch Maxwells Führerschaft verstärkt, und so tritt nun tatsächlich die gesamte Genossenschaftsbewegung in eine neue Entwicklungsphase.

In den letzten Monaten hat sich eine erstaunliche Verstärkung der idealistischen Richtung in der Genossenschaftsbewegung gezeigt. An zahlreichen Orten wurden Sektionskonferenzen abgehalten, und es wurde der lebhaft Wunsch ausgesprochen für die 50 000 Angestellten der Genossenschaftsniederlagen und Produktivbetriebe einen Minimallohn einzuführen, statt sie, wie bisher, nach dem Wettbewerbssystem zu entlohnen. Künftig werden also die von den Genossenschaften gezahlten Löhne nach den Lebensbedürfnissen der

Angestellten bestimmt werden und mit den Gewerkschaftsforderungen übereinstimmen. Durch diesen Beschluß trat die Genossenschaftsbewegung der Gewerkschafts- wie der politischen Arbeiterbewegung näher. Jetzt sind die 3 Zweige reif zu einem Zusammenschluß oder doch einem gemeinsamen Vorgehen, während sie bisher als getrennte oder zuweilen sogar feindliche Kräfte wirkten. Es bedarf nur noch eines bestimmten Planes, um sie zu einer einzigen Armee der Arbeit zusammenzuschweißen.


Im Hinblick auf dieses Ziel wurde eine Konferenz nach London einberufen, an der ungefähr 600 Delegierte teilnahmen, Vertreter von Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiter- und sozialistischen Organisationen aus dem ganzen Süden Englands. Eine weitere Konferenz wurde am 22. Februar ebenfalls in London abgehalten. In dieser gab ich in einem Vortrag ein paar Hinweise auf die Methoden einer praktischen Zusammenarbeit. Ich versuchte, und zwar unter Anlehnung an das deutsche Vorbild, einen Weg aufzuweisen, wie man eine organische Verbindung zwischen der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung herstellen könnte. Heute existiert bereits ein gemeinschaftliches Komitee von Gewerkschaftern und Genossenschaftlern, das aber vorläufig nur die Aufgabe hat Löhndifferenzen in der Genossenschaftsbewegung zu schlichten. Ein solches Komitee, das aus hervorragenden Vertretern beider Organisationen zusammengesetzt werden müßte, könnte nun, wenn auch nur als beratende Körperschaft, zahlreiche andere sehr viel weitergehende Aufgaben erfüllen. Es könnte Beschwerden von beiden Seiten abzustellen suchen und jeder der beiden Organisationen an ihren schwachen Punkten die Hilfe der andern verschaffen. Auf der Seite der Genossenschaften müßte an erster Stelle der schon erwähnten Forderung entsprochen werden, daß sie alle ihre Angestellten nur gegen Gewerkschaftslöhne und unter gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen beschäftigen. Die Gewerkschaften umgekehrt, die so oft über Schwitzarbeit klagen, besitzen in der Unterstützung der Genossenschaften das wirksamste positive Mittel das Schwitzsystem zu unterdrücken. Gehörten ihre Mitglieder sämtlich den Genossenschaften an, und bezögen sie alle ihre Konsumartikel nur von diesen, so würden sie damit auch Einfluß auf die Arbeitsbedingungen bei der Herstellung der Genossenschaftswaren gewinnen. Zugleich würden die Genossenschaften selber erweitert und vergrößert werden. Ein Gebiet gemeinsamen Interesses liegt auch in der Verwaltung des Gewerkschaftsvermögens. Gegenwärtig werden die Gelder der Gewerkschaften in privaten Bankinstituten und somit in zweiter Hand in kapitalistischen Industrieunternehmungen angelegt. Die Gründung eigener Gewerkschaftsbanken ist aber nicht zu empfehlen, da den Gewerkschaftsbeamten die nötige Geschäftskennntnis für deren zweckmäßige Leitung sehr wahrscheinlich mangeln dürfte. Dagegen wäre die Verwaltung der Gewerkschaftsgelder durch die Genossenschaftsbank für beide Organisationen von größtem Vorteil. Diese Bank hat einen Umsatz von 150 Millionen Pfund jährlich; es wäre demnach wohl für eine richtige geschäftliche Anlage der Kapitalien Gewähr geleistet, und gleichzeitig würden die den Genossenschaften zur Verfügung stehenden Mittel außerordentlich erhöht.

Für alle diese Aufgaben würde das gemeinschaftliche Komitee die geeignetsten Wege zu finden wissen. Es könnte aber auch noch darüber hinaus in mancher andern Richtung wirken. Bei prinzipiellem Zusammengehen

beider Organisationen ließe sich das Tätigkeitsfeld der Genossenschaften selbst in hohem Maß erweitern. Während diese zum Beispiel jetzt an kleineren Orten mit einer bestimmten Mitgliederzahl sehr rasch die Grenzen ihrer Wirksamkeit erreichen, wäre es wahrscheinlich sehr wohl möglich in der Nähe der Industriezentren landwirtschaftliche Eigenproduktion, besonders Gemüse- und Obstbau, genossenschaftlich zu betreiben, sobald in einem großen Teil der organisierten Arbeiterschaft ein fester Absatzmarkt für diese Produkte gesichert wäre. Endlich hätte das gemeinschaftliche Komitee auch die Aufgabe in geeigneter Weise eine Verbindung mit der dritten organisatorischen Macht der Arbeiterschaft, der politischen Arbeiterpartei, zu schaffen. Auch hier besteht die stärkste Interessengemeinschaft für alle Teile. Denn die schlechtestgestellten Schichten der Arbeiterschaft, aus denen sich die Streikbrecher und Lohndrücker rekrutieren, bleiben sowohl den Gewerkschaften wie den Genossenschaften fern. Erst durch das politische Wirken der Arbeiterpartei, durch Erkämpfung gesetzgeberischer Maßnahmen können diese Schichten so weit in ihrer Lebenslage gehoben werden, daß sie fähig sind sich der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung einzugliedern. Ebenso liegt der politischen Tätigkeit der Arbeiterpartei der Kampf für die Genossenschaftsidee in ihren weiteren Formen, für Übernahme der Eisenbahnen, Bergwerke usw. in das Eigentum des Staats ob. So wäre es also von bedeutendem Nutzen ebenso für die Arbeitervvertreter in den Parlamenten wie für die Vertreter der Gewerkschaften und Genossenschaften, wenn sie von Zeit zu Zeit über ihre weitere Arbeit gemeinsam beraten könnten.

Die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer sprach sich in der Diskussion zugunsten dieser meiner Vorschläge aus. Und kann ein bestimmter Beschluß auch erst auf den Jahreskonferenzen der 3 Organisationen gefaßt werden, so ist doch jetzt schon mit ziemlicher Sicherheit vorauszusagen, daß das Jahr 1913 eine Zusammenfassung aller Kräfte der englischen Arbeiterschaft anbahnen dürfte.

XX
MAX SCHIPPEL · ARGENTINISCHE EINWANDERUNG

 N der Materialiensammlung, die ich 1907, für den Stuttgarter internationalen Kongreß, über das Eingreifen der Gesetzgebung in die großen internationalen Wanderbewegungen der Lohnarbeiter bearbeitete,¹⁾ fehlt Argentinien noch ganz. Zwar war der Zustrom nach diesem wirtschaftlich jungen *europäischen Kolonialland* (um die treffende Marxsche wissenschaftliche Sprechweise²⁾ anzuwenden) damals schon ein ganz außerordentlicher, 200 000 Köpfe jährlich übersteigender. Aber die staatliche Einmischung blieb, wie bis zur Stunde, eine ganz geringe, und vor allem richtete sie sich in keiner Weise auf den Schutz des heimischen (argentinischen) Arbeitsmarkts gegen Auswüchse oder Nachteile der international freien Arbeitskonkurrenz; und nur mit derartigen Folge-

¹⁾ Siehe meine Denkschrift *Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder* in der *Neuen Zeit*, 1906-1907, 2. Band, Beilage zu Nummer 41.

²⁾ Es handelt sich hier von wirklichen Kolonien: jungfräulichem Boden, der durch Irele Einwanderer kolonisiert wird. Die Vereinigten Staaten sind, ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas. So Marx *Das Kapital*, 1. Band, 4. Auflage / Hamburg 1890 /, pag. 729.

erscheinungen und ihrer gesetzgeberischen Widerspiegelung beschäftigte sich die damalige Denkschrift. Die ganze argentinische Bevölkerungsentwicklung ist jedoch so lehrreich, für den Kolonialpolitiker wie für den Sozialforscher, und sie hat kürzlich durch Dr. Georg Hiller eine so sachkundige und inhaltsreiche Darstellung gefunden³⁾, daß sie an dieser Stelle eine kurze Kennzeichnung und Schilderung verdient.



MASSENWANDERUNGEN sind, soweit das Heimatland durch innere Zersetzung und Mißwirtschaft nicht geradezu eine unwiderstehliche Abstoßungskraft entfaltet, in erster Linie von der ökonomischen Anziehungskraft des Zuwanderungsgebietes abhängig. Aber nicht europäischer Absatz und Handel oder gar bloß die Realisierung des in Europa erzeugten und zu akkumulierenden Mehrwerts, wie das einige, seltsam verschrobene, fossile Kolonialtheoretiker unserer, der sozialdemokratischen Partei noch immer sich einbilden, lenken und bestimmen heute letztentscheidend die überseeische Betätigung des Kapitals und der Arbeitskräfte sondern die Produktions-erwartungen und der tatsächliche Produktionsaufschwung in diesen ökonomisch zu erschließenden und teilweise bereits erschlossenen kolonialen Außenzonen der europäischen Wirtschaftskultur.

Das erste spanische Eroberertum wertete die Länder des La Plata nur als Durchzugsstraßen zu der Gold- und Silbergewinnung in Peru, und darum überragte Peru, trotz seiner Europa viel mehr abgewandten Lage, lange Zeit ganz unvergleichlich das vernachlässigte *Gobierno del Rio de La Plata*, dem erst 1776 die Trennung vom übergeordneten Peru und die Verwaltungsunabhängigkeit nach dieser Richtung zugestanden wurde. Irgendeine stärkere Einwanderung, abgesehen von Beamten, Priestern und Advokaten und den um sie herumgruppierten Handwerkern und Kaufleuten, konnte sich überhaupt nicht herausbilden. Dann wurde die rohextensive Rinder- und Pferdezucht des spanischen Großgrundbesitzes, ähnlich wie in Kalifornien vor der amerikanischen Besitzergreifung, zur typischen Produktionsform, und das ganze Schicksal des innern und äußern Verkehrs, der Eingeborenenbehandlung und der Einwanderung regelte sich im wesentlichen nach dieser Wirtschaftsgrundlage; eine stärkere Besiedelung unterblieb, die Menschenarmut wich nicht. Erst die modernere, ergiebigere Viehzucht, verbunden mit einer ziemlich hochstehenden Industrie der Schlachtungen und der Fleischzubereitung, dann vor allem der Ackerbau von Weizen, Leinsaat, Mais und Futtergewächsen, die Wein-, Zucker- und Spiritusgewinnung hat im letzten Menschenalter und Halbjahrhundert den Innen- und Außenverkehr Argentiniens, von toten Waren wie von lebendigen Menschen, rapid emporgetrieben.

Welch eines beispielloser Produktionsaufschwungs solche jungen kolonialen Länder heute fähig sind, mag der eine Hinweis erläutern: daß das selbe Land, das erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und eigentlich nur seit noch späterer Zeit eine wirkliche Einwanderung kennt (noch 1857 bis 1862 landeten jährlich zwischen 5000 und noch nicht 7000 Emigranten), schon an der Jahrhundertwende so viel Weizen erzeugte wie das Vereinigte

³⁾ Siehe Hiller *Einwanderung und Einwanderungspolitik in Argentinien*, mit einer Einleitung von Dr. Wolff, Leiter der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer in Berlin / Berlin 1912 /. In einem spätern, 2. Band gedenkt Dr. Hiller eine noch wichtigere Frage, nämlich die der Kolonisation Argentiniens, zu behandeln.

Königreich (England, Schottland und Irland) mit seinen damals 40 Millionen Einwohnern, und in den letzten Jahren sogar bereits weit mehr als Deutschland mit seiner Bevölkerung von 65 und mehr Millionen:

»Wir finden heute am La Plata eine Republik, deren Bevölkerung auf etwa 6,5 Millionen geschätzt wird. Die Hauptstadt Buenos Aires hat sich zu einer Weltstadt entwickelt, die den Vergleich mit europäischen Großstädten nicht zu scheuen braucht, und in deren Mauern gegenwärtig mindestens 1,3 Millionen Menschen wohnen. Das Land, früher zum größten Teil öde Steppe, ist heute durchzogen von einem Eisenbahnnetz, das eine Ausdehnung von fast 27 000 Kilometer hat. Es ist namentlich in seinem mittlern Teil ziemlich dicht besiedelt mit Ackerbauern, die etwa 19 Millionen Hektar unter Kultur haben und 1909 etwa 2,5 Millionen Tonnen Weizen, 2,3 Millionen Tonnen Mais und 0,9 Millionen Tonnen Leinsaat exportieren konnten. Die Viehzucht ist nach wie vor von überragender Bedeutung. 1908 gab es etwa 29 Millionen Stück Rindvieh, 7,5 Millionen Pferde, 67,2 Millionen Schafe, 1,4 Millionen Schweine und 3,9 Millionen Ziegen in der Republik. Der Außenhandel hat einen ganz respektablen Umfang angenommen und betrug 1909 über 700 Millionen Pesos Gold, also etwa 2,8 Milliarden Mark. Auch die Industrie hat große Fortschritte gemacht. 1908 beschäftigte sie etwa 119 000 Arbeiter und Beamte, ihr Anlagekapital betrug ungefähr 480 Millionen Mark, und der Wert ihrer Produktion fast 1 Milliarde Mark.«¹⁾

Immerhin ist die Landwirtschaft nach allen Seiten die ausschlaggebende Kraft. Für die Einwanderung jedoch ganz überwiegend in ihrem einen Zweig, dem Ackerbau. Denn in den ausgedehnten Weidekambetrieben werden verhältnismäßig blutwenig Menschen gebraucht; der Bedarf an Arbeitskräften wird hier im wesentlichen durch die einheimischen Gauchos gedeckt, »mit denen ein Deutscher oder anderer Europäer auch nicht im entferntesten konkurrieren kann«. Der Ackerbau, vorwiegend durch den Mittel- und Kleinbetrieb, wenn vielleicht auch mehr von amerikanischer als von europäischer Art, gekennzeichnet, beansprucht um so zahlreichere Hände, die aus der alten halbspanischen dünnen Oberschicht und aus der ursprünglich bodenständigen Indianervolksmasse niemals zu gewinnen gewesen wären. Ackerbaukonjunktur und Einwanderung bewegen sich deshalb in überraschendem Parallelismus. War eine Ernte ausnahmsweise gut, so locken die günstigen Berichte, die den Abwanderungsstaaten zugehen, im nächsten Jahr überdurchschnittlich große Scharen herbei. Bereitet ein schlechter Ernteausfall oder die, wie in so vielen neuangebrochenen Siedelgebieten nicht seltene Heuschreckenplage umgekehrt einmal schwere Enttäuschungen, so zeigt das nächste Jahr mitunter einen Tiefstand des Neuangebots, der die Anwender der Arbeitskraft unter Umständen in peinlichste Verlegenheit setzen kann.

Das Auf und Ab dieser jüngsten internationalen Massenbewegung, die zuweilen schon der europäisch-nordamerikanischen sehr nahe rückte, läßt sich etwa zu folgendem Bild zusammenfassen. Die erste große Einwandererwelle schlug mit dem Jahr 1863 an die argentinischen Küsten; zum erstenmal kamen über 10 000 Fremde nach dem La Plata. 1870 registrierte man schon nahezu 31 000 überseeische Zwischendecker. 1871 schreckte der Ausbruch des gelben Fiebers viele Europäer zurück, aber 1872 zählte man bereits wieder 26 000, 1873 mehr als 48 000 Zwischendecker aus Übersee, und entsprechend ging die Rückwanderung, die in der Zeit der Gelbfieber-epidemie über 50 % der Einwanderung wieder entzogen hatte, auf 24,7 % in 1872 und 23,9 % in 1873 zurück. 1875 bis 1877 schüttelte eine schlimme

¹⁾ Siehe Hiller, loc. cit., pag. 30.

Krisis das wirtschaftlich noch wenig gefestigte Land; die Emigration fällt von 40,6 Tausend im Übergangsjahr 1874 auf 18,5 Tausend im folgenden Jahr, 1876 weiter auf 14,5 Tausend; auf dieser Höhe verharret sie noch 1877; die Rückwanderung steigt im Jahr 1874 von 23,9 auf 31,3 %; bei Ausbruch der Krisis 1875 schnellte sie (immer nach Dr. Hiller) auf 60,8 % empor, geht dann etwas zurück auf 43,6 %, um 1877 wieder eine Höhe von über 50 % zu erklimmen. Von 1878 bis 1889 erlebte alsdann Argentinien ununterbrochen eine geradezu berauschende wirtschaftliche Expansion, und das Rekordjahr 1889 schwang sich deshalb in der Einwanderung bis zu der Höchstziffer von 218,7 Tausend auf; über 850 000 überseeische Zwischen-decker waren in den 12 Blütejahren herangezogen worden. Eine große Geld- und Kreditkrisis, die schließlich zum Staatsbankrott führte, ein kläglicher Zusammenbruch der jahrelangen schwindelhaften Landspekulation, die Zerrüttung der Währungsverhältnisse (das Goldagio erreichte im Oktober 1891 eine Höhe von 360,82 %) unterbrach und zerstörte alle diese Entwicklungen. 1891 standen sogar vorübergehend einmal den nur 28,2 Tausend Emigranten 72,3 Tausend Rückwanderer gegenüber; das siedlungskoloniale Zukunftsland hatte einen Wanderverlust von 44 000 Köpfen in einem Jahr zu erdulden. Die guten Ernten der Jahre 1892 bis 1894 milderten wenigstens die Depression. Aber bereits die Kampagne 1896-1897 erfährt durch Heuschreckenfraß einen ruinösen Ernteausschlag in den Provinzen Santa Fé, Cordoba und Entre Rios; der Weizenexport, der 1894 (als in Europa die *argentinische Gefahr* selbst die nordamerikanische zu überbieten schien) auf 1 608 249 Tonnen angeschwollen war, sank 1897 bis auf 101 845 Tonnen zusammen. Politische Verwickelungen mit Chile traten hinzu. Doch mit dem Jahr 1898 setzt abermals eine Periode der glänzend aufwärtsgehenden und, wie es scheint, innerlich viel gesünderen Entwicklung ein, die im großen und ganzen bis zur Gegenwart anhält. Nur 1901 und 1902, die beiden Jahre, die nahezu für den ganzen Weltmarkt den Niedergang bedeuteten und die für Argentinien weiter noch mit einer geringen Weizen-ernte zusammenfielen, ferner der schlechte Ausfall der Maisernte 1906-1907 werfen ein paar tiefere Schatten über das sonst so lichte Bild und kommen von neuem, teils in verminderter Einwanderung teils in vermehrter Rückwanderung zum Ausdruck. Über diese letzte Periode unterrichtet die folgende Tabelle:

Jahr	Einwan- derung	Rückwan- derung	Rückwanderung in % der Ein- wanderung
1898	67 130	30 802	45,9
1899	84 442	38 397	45,5
1900	84 851	38 334	45,2
1901	90 127	48 697	54,0
1902	57 992	44 558	76,8
1903	75 227	40 653	54,0
1904	125 567	38 923	31,0
1905	177 117	42 869	24,2
1906	252 536	60 124	23,8
1907	209 103	90 190	43,1
1908	255 710	85 412	33,4
1909	231 084	94 644	40,9
1910	289 640	97 854	33,9



N diesen Zahlen und Mitteilungen muß sofort das eine auffallen: die dauernd ungewöhnlich hohe Verhältniszahl der Rückwanderung, die vorübergehend, wie im Bankrottjahr 1891, sogar schon den fremdländischen Gesamtzuwachs überholte. Man weiß, daß neuerdings die Vereinigten Staaten gleichfalls regelmäßig mit einem starken Rückfluß zu rechnen haben; für Argentinien fiel jedoch diese modernste Wanderungserscheinung und Wanderungsumbildung seit jeher stärker ins Gewicht, und auch diese Besonderheit erklärt sich aus der Eigenart der argentinischen Agrarproduktion.

Der Ackerbau am La Plata kommt in der ziemlich langen Bestellungszeit, bei allseitiger Verwendung von Maschinen, mit verhältnismäßig wenig fremder Lohnarbeit, neben der Arbeit der Besitzer und ihrer nächsten Angehörigen, aus. Nur die Erntemonate, November bis Mitte März, erzeugen plötzlich eine außerordentliche Saisonnachfrage; »die hohen Löhne von 4 bis 5 Pesos täglich und mehr bei freier Station werden nur während der Ernte gezahlt und gehen wesentlich zurück, sowie die Erntezeit vorüber ist«. Die *internationale Sachsgängerei* befriedigt diese Nachfrage: im Oktober-November ist die Zuwanderung jedesmal am höchsten, die Rückwanderung fast immer am niedrigsten, während genau die umgekehrte Bewegung fast immer am Schluß der Ernte durchbricht, falls nicht eine abnorm günstige Konjunktur bei dem Ausbau des Verkehrsnetzes und bei den städtischen Gewerben und Berufen die Ernteentlassenen dennoch von der Rückkehr nach ihrer Heimat abhält. Wir stoßen hier also in umfassendstem Maß auf die *Saisonauswanderung*; und ihre Träger sind vor allem die *Italiener*, weil sie, im Gegensatz zu anderen Völkern, überwiegend die landwirtschaftlichen Lohnarbeiten verrichten und den, mehr über das ganze Jahr gleichmäßig laufenden gewerblichen Tätigkeiten ferner stehen:

»Dieses Wandersystem paßt sich vortrefflich den klimatischen Bedingungen beider Länder an. Die Arbeiter verlassen im italienischen Winter, wo der Verdienst nur gering ist, die Heimat, und wenden sich einem Land zu, das, auf der südlichen Halbkugel gelegen, gerade in den Sommermonaten steht und reichlich Beschäftigung bietet. Wird nach Beendigung der Ernte der dortige Arbeitsmarkt weniger günstig, so kehren sie nach Italien zurück, wo sie dann gerade zur rechten Zeit wieder ankommen, um erneut Verdienst zu finden.«⁵⁾

Die Italiener mit ihrer ohnehin schon ungemein lebhaften Auswanderung sind daher für die Wanderverbindung mit Argentinien geradezu das ausgewählte Volk. Kamen sie früher mehr als Bau- und Erdarbeiter und Handwerker, so neuerdings in der Hauptsache für die landwirtschaftliche Tätigkeit. Hierauf gründet sich auch zu einem guten Teil die viel günstigere Ausweitung der Agrarproduktion des Laplatareichs, während die Vereinigten Staaten heute bekanntlich das einseitige Drängen der Neuankömmlinge nach den Städten und Gewerben vielfach und mit Recht beklagen. Von 1 683 961 Italienern, die von 1876 bis 1909 in Argentinien eingewandert sind, waren 1 010 047 Landarbeiter, 191 676 Tagelöhner, 132 866 Handwerker und 208 888 ohne Profession (Frauen und Kinder). Gar nicht selten ringt sich der Italiener vom ländlichen Lohnarbeiter zum Anteilpächter (*medianero*), zum Vollpächter (*arrendatorio*) und schließlich zum Landeigentümer empor.

Die Spanier, die einstigen Herren dieses, wie so manchen andern Reiches,

⁵⁾ Siehe Hiller, loc. cit., pag. 100, und die Tabellen, pag. 144 ff. (die monatliche Einwanderung nach Nationen geordnet).

die neben den Italienern noch immer die zweite große Einwanderermasse stellen, finden sich verhältnismäßig weniger als Landarbeiter und Landwirte vor, dafür um so häufiger unter dem Haus- und Küchenpersonal, als Portiers, Hausknechte, Kellner, auch als Köche, Kutscher, ferner bei den schwereren Handwerksverrichtungen: als Schmiede und Arbeiter in den Saladeros, als Ziegelbrenner, in den Warenlagern. Aus Frankreich stammen die Köche, Modistinnen, Schneider, Friseure, Händler von Mode- und Galanteriewaren, Hoteliers, Restaurateure, männliche und weibliche Bedienstete. Die Deutschen, deren Zuwanderung erst langsam in Gang gerät, stellen in erster Linie Kaufleute und Handwerker, dann Techniker und Landwirte. Im ganzen verschwinden die germanischen Völker in der Zuwanderung gegenüber den romanischen. Denn von allen statistisch erfaßten, seit 1867 bis einschließlich 1910 gelandeten 3 618 610 Zwischendeckern entfielen: auf die Italiener 1 939 496, auf die Spanier 1 001 892, Franzosen 193 415, Russen 106 114, Österreicher und Ungarn 68 727, Deutsche 46 350, Engländer 44 996, Schweizer 28 816. Das sind zusammen 3 429 806 Zuwanderer; für die Nichteuropäer bleiben demnach ganz winzige Ziffern übrig.

NIMMT man alles in allem, so stellt auch dieses *Kolonialland Europas* eine erstaunliche Leistung der modernen Wirtschaftsexpansion dar, und augenblicklich ist neben ihm, nachdem die Vereinigten Staaten mehr und mehr ihren kolonialen Charakter abgestreift haben, nur Kanada als ebenbürtiger überseeischer Pflanzstaat der europäischen Wirtschaftskultur zu nennen. In der Länge seiner Schienenwege nähert sich Argentinien, wie eine neueste Statistik seines Ackerbaumministeriums ergibt, bis auf einen geringen Abstand (4000 englische Meilen) bereits Großbritannien, das hier eine Entwicklung von mehreren Menschenaltern hinter sich hat, während der argentinische Eisenbahnbau eigentlich erst nach 1880 einsetzte. In den 10 Jahren 1902 bis 1911 wuchs Argentinens bestellte Landfläche von 22 513 100 Acres auf 54 052 712. Im gleichen Zeitraum hob sich der gesamte Außenhandel (Einfuhr plus Ausfuhr) von 1130 auf 2750 Millionen Mark. Im Jahr 1911 führte das Laplatareich dem Weltmarkt nicht weniger als für 322 Millionen Mark Weizen zu, etwa 202 Millionen Mark an Wolle, gegen 134 Millionen Mark an Flachs. Großbritannien allein kaufte im gleichen Jahr für etwa 120 Millionen Mark Gefrierfleisch von dem Land, das erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts politisch und ökonomisch aufzuatmen begann. Dabei sind die Zukunftsmöglichkeiten des Laplatagebiets noch immer schier unbegrenzt. Denn zusammen auf fast der gleichen Gebietsfläche umschließen Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Serbien, Schweden und die Schweiz ungefähr 225 Millionen an Bevölkerung, während es Argentinien immerhin erst auf $6\frac{1}{2}$ bis $7\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner gebracht hat. Daher die geistvolle Behauptung unserer prinzipiellen edelmarxistischen Kolonialgegner: für Europa gäbe es kein überseeisches Siedelungsland mehr, und Kolonisation sei jederzeit nichts als Vernichtung der überseeischen Produktivkräfte.

Zum treibenden Element aller neuen wirtschaftlichen und sozialen Bildungen wurde aber am La Plata die weiße, europäische Masseneinwanderung. Sonst ist in Südamerika, wie Dr. Wolff in der Vorrede betont, das typische Bild

noch immer: eine in ihrem Wesen kreolisch gebliebene Oberschicht von wechselnder Breite, nur verstärkt durch den europäischen Neuzufluß, und ihr gegenüber die breite Masse der Bevölkerung mit überwiegend indianscher Blutmischung, zu der sich mitunter auch noch ein Einschlag von Negerblut gesellt. »In Argentinien aber ist der Weiße nicht nur der Herr und der Unternehmer, sondern auch, auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, der Arbeiter.«

XX
KARL LEUTHNER · DAS KONTINENTALE DEUTSCHLAND



S könnte scheinen, als ob die Wehrvorlage, die das deutsche Menschenmaterial ganz erschöpfen soll, und die Bereitwilligkeit den Flottenbau im Verhältnis von 10 zu 16 gegen die englische Seemacht vereinbarlich zu binden sich, als Rüstung bis zum Äußersten und als Rüstungseinschränkung, völlig widersprechen. Gleichwohl bedingen sie einander. Dies eben doch auch wieder nicht in der einfachen Weise, daß etwa die stärkste Kraftanstrengung auf der einen Seite ein Nachlassen der Kraft auf der andern zur Folge hätte. So liegt eher der Fall Frankreichs. Es ist im Wettrennen mit dem deutschen Landheer an der Grenze seines physischen Vermögens angelangt und berechnet, was sich an dem jetzigen Menschenaufwand von 77 000 Mann für die Flotte etwa durch Außerdienststellung älterer Typen ersparen ließe, um es der Rüstung zu Lande zuzuwenden. In Deutschland hat sich die Menschennot noch nicht gemeldet, auf ein paar tausend Mann auf oder ab, die anders nicht zu beschaffen wären, kommt es noch nicht an. Hier liegt die Wechselbeziehung des äußerlich widerspruchsvollen Handelns tiefer. Die Balkankrise wird den Deutschen vielleicht dazu verhelfen die unsäglich komplizierten Machtbeziehungen, in die ihr Staat als europäische Zentralmacht gestellt ist, nicht mehr nur in dem höchst einfachen Verhältnis des Gegensatzes zu England zu betrachten.

Das klassische Buch des Ideengeflechts voller Irrungen, das die deutsche Politik der letzten 20 Jahre darstellt, das Buch Rohrbachs *Der deutsche Gedanke in der Welt* enthält, neben dem Einfall Englands Macht durch einen türkischen Vorstoß nach Ägypten zu erschüttern, zwei lapidare Sätze. Der eine lautet: »Rußland, an räumlicher Ausdehnung und Menschenzahl das größte der nicht angelsächsischen politischen Gebilde, steht durch innere Unkultur und Brüchigkeit seiner früheren weltpolitischen Hoffnungen beraubt vor uns.« Der andere Satz ist noch lakonischer gefaßt, er verkündet: »Das Schicksal Deutschlands ist also England.« Man muß nicht lange nachdenken, um das Schiefe, Wirklichkeitswidrige beider Aussprüche zu erkennen. Aber wer würde nicht zugeben, daß sie zutreffend die Denkweise des weit überwiegenden Teils der Deutschen bis zur Balkankrise ausdrücken? Zeitgedanken wirken mit unüberwindlich suggestiver Gewalt. Sie ergreifen selbst den Gegner (auch die Sozialdemokraten hatten England als Orientierungspunkt der deutschen Politik im Auge), sie lassen auch Menschen nicht unberührt, deren Fachwissen sie in die entgegengesetzte Richtung drängen müßte. Als Bernhardi vor einem Jahr zuerst den Nachweis zu führen

suchte, daß Deutschland vor allem der Landmacht sein Augenmerk zuwenden müsse, ließ er Frankreich den Landsknecht der britischen Kontinentalpolitik sein und brachte Rußland trotz allem, was die militärischen Fachleute dem populären Vorurteil zuwider über die zähe Widerstandskraft der Russen im japanischen Krieg ausführen, durchaus in die zweite Reihe. Um die deutsche Politik im Bild eines Zweikampfs mit England zu sehen, mußte die Phantasie den von Nachbarn am meisten umdrängten Staat in eine Art Insellage hineinräumen. Rußlands Rang wurde willkürlich herabgedrückt und so eine phantastische Rückenfreiheit geschaffen. Frankreich, die große Sorge der vom Alpdrücken der Bündnisse beunruhigten Nächte Bismarcks, bekam gar die passive Rolle des Faustpfands: »Wenn England unsere Schiffe von den Meeren weglegt und die Nordsee schließt wie ihr eigenes Haus, so nehmen wir auf Frankreichs Boden mit stürmender Hand die Kompensationen. . . .«

Es war ein Kindertraum erwachsener Leute. Doch dachten nicht bloß die Rückwärtsgewandten so, die Vorwärtsdrängenden gerieten mit ihnen in die gleiche Verdammnis. Gab es nicht genug Sozialdemokraten, die die Konkurrenz der deutschen und der englischen Ausfuhr ohne weitem Abzug in die Politik übertrugen? Von der französischen Revanche, von dem russischen Panslawismus, von der zwischen Schwäche und Prestigesorgen schwankenden Politik des Wiener Hofes, von allen diesen Realitäten war kaum die Rede. Als ich wenige Monate vor Ausbruch der Orientkrise in meinen Darlegungen über die österreichisch-ungarische Wehrreform darauf hinzudeuten wagte, es könnten sehr bald die unausgegorenen Pläne hinter der Stirn des österreichischen Thronfolgers für die Schicksale Deutschlands richtunggebender werden als der Gegensatz zu England,¹⁾ da mochten meine Leser mich verlacht haben. Man denke: Die gewaltige wirtschaftliche Tatsachenreihe der wachsenden Ausfuhrziffern sollte vor den Hirngespinnsten des Schloßherrn von Konopischt zurückweichen! Und doch rückt heute Deutschland mit seiner Heeresvorlage in die Stellungen ein, die ihm die Wiener Balkanpolitik vorbereitete, und Tirpitz ist zum Ausglleichsmann geworden. Daß geographische Verhältnisse immer die Grundverhältnisse sind, daß niemand die deutschen Geschieke von der unglücklichen Gestaltung seiner Grenzen gegen Österreich und gegen Rußland lösen kann, und der glänzendste wirtschaftliche Aufschwung es aus seiner Mittellage in Europa nicht hinaushebt: das ist zu unbequem zu denken, um es ernsthaft stets im Denken zu behalten. Bismarcks auswärtige Politik nach 1871 war die der großen Resignation, und sie entsprang ihm nicht bloß aus dem Sättigungsgefühl eines wundersam Erfolgreichen sondern auch aus dem tiefen Eindruck, den er von dem Schrankenvollen der deutschen Existenz gerade während des Spielens seiner großen Spiele empfangen hatte.

Doch ein neues Geschlecht lockte ein neuer Tag zu neuen Ufern. Wer aus der Ferne (und doch als Deutscher) dem deutschen Leben zuschauen durfte, dem fiel besonders ins Auge, wie gleichmäßig bei allen scheinbaren Meinungsverschiedenheiten dieses neue Geschlecht dachte. Der aus den Tagen der Bismarckschen Vorherrschaft stammende Glaube einer selbstherrlich aus sich bestimmten Politik Deutschlands war die gemeinsame entscheidende

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Ein übersehene Ereignis* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 893 ff.

Erinnerung, der rasend rasche Aufstieg des wirtschaftlichen Lebens das gemeinsame bestimmende Erlebnis. Die beiden, das Denken aller färbenden Voraussetzungen schufen eine Einstimmigkeit der deutschen Weltbetrachtung, der gegenüber die Verschiedenheit der Folgerungen, die je nach seiner Parteirichtung jeder zog, an Gewicht verliert. Auch der Pazifist blickte hypnotisiert nach dem Konkurrenten, auch der Mann der idealistischen Weltauffassung sog seine Gefühle von der *Weltbedeutung des deutschen Gedankens* aus der Berechnung der wachsenden Ausfuhrmengen. Die Zukunft lag für alle auf dem Wasser, und da allen vor Augen stand, wie sich das selbstgenügsam ackerwirtschaftliche in ein weltwirtschaftlich industrielles Deutschland umwandelte, stand allen, dem einen als der glücklichere Wettbewerber, dem andern als der Feind, England im Weg, das sämtliche Wasserwege in der Gewalt hatte, alle Kohlenstationen monopolisierte und die von ihm beherrschte überseeische Welt beim Sieg der Chamberlainschen Zollpolitik dem spätkommenden Nacheiferer sperren konnte. Deutschland wuchs in Englands Lebensformen hinein, also brauchte es Englands Ellenbogenfreiheit. Wer mochte glauben, daß noch unmittelbarer als die ungestörte und darum so glückliche Entwicklung der englischen Verfassungszustände die Freiheit und Unbeschränktheit des nach außen gerichteten Handelns eine Folge der unvergleichlichen Insellage war. Wie einst die Liberalen so lehrten jetzt die Imperialisten, daß man nur die britischen Nationaltugenden in sich zur Blüte bringen müsse, um mit unwiderstehlicher Kraft sich ein *britisches Herrendasein* zu schmieden. Daß die britische Geographie mehr wert ist als die britischen Charaktervzüge, wollten und durften vielleicht die nicht hören, die beim steilen Aufstieg die Hoffnung emporleitete sollte.

Als zum erstenmal der Gedanke auftauchte die Seerüstungen wechselseitig abzugrenzen herrschte diese Betrachtungsweise noch allenthalben und mit den verschiedenen Abänderungen im einzelnen in allen Lagern vor. Darum war damals dieser Gedanke noch frühreif, und ein Freund des Friedens, der unerfaßt von den Wirbeln der emporeilenden reichsdeutschen Wirtschaftsentwicklung mit kühlern Sinn die Möglichkeiten gegen die Wünschbarkeiten abwog, mußte auf alle Gefahr der Mißdeutung hin ein warnendes Wort sprechen.²⁾ Damals glaubte noch die ungeheuere Mehrheit der deutschen Politiker die ganze Existenz Deutschlands im Wettstreit mit England eingeschlossen, damals fühlten sich die Deutschen noch ohne Abzug und Einschränkung als Nebenbuhler und suchten ihre Größe, ihre Zukunftshoffnungen auf den Wegen, die Englands Vorherrschaft verschloß. Da aber das ganze Selbstgefühl der Mehrheit der Deutschen in diesem Verhältnis zu England lag, so war die Gefahr nahe, daß jeder Ausgleich als eine vom Stärkern dem Schwächern zur Eindämmung seines Wachstums auferlegte Schranke empfunden würde, ja als eine Eingrenzung der vollen Souveränität. Ob diese Anschauungen irrig oder berechtigt waren, ist dabei ganz gleichgültig, sie waren da und konnten das Mittel zum Frieden in eine Gefahr für den Frieden umschaffen. Große Bindungen von Volk zu Volk setzen die Zustimmung der Gesamtheit voraus, die niemals Gedankenpropaganda allein, die nur das Gemeindenken umwandelnde Erlebnisse herbeizuführen vermögen. Deutschland mußte das Aufschäumen des fran-

²⁾ Siehe meinen Artikel *Herrenvolk und Pöbelvolk* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, I. Band, pag. 475 ff.

zösischen Kriegergeistes nach der Marokkokrise, mußte die zweite Orientkrise erleben, damit jedem anschaulich werde, wie verschieden die verschiedene Lage das deutsche und das englische Leben bedinge, und daß ein Kontinentalstaat seine Stärke und seinen Ehrgeiz nicht in der vollen maritimen Ebenbürtigkeit mit einem Inselstaat suchen könne. Das wirkliche deutsche Problem taucht vor den Deutschen jetzt auf als einem aufs tiefste in die Schwankungen der kontinentalen Machtverhältnisse einbezogenen Volk, das zugleich durch seine Wirtschaftsentwicklung nach der See gebieterisch gedrängt wird beiden Bedingungen seines Daseins zu genügen. Woran Venedig, woran Holland gescheitert sind, das hat jetzt Deutschland mit seiner unendlich größern Menschenzahl und Gebietsweite durchzuführen: Noch nie war einem großen Volk eine schwierigere Aufgabe unter ungünstigeren Umständen gestellt.

Um den Abstand der Zeiten sich zu verdeutlichen, muß man erwägen, wie damals der Einwand, die englischen Kolonien würden sich durch ein Abkommen des Mutterlands nicht binden lassen, geradezu entscheidend wirkte. Heute sind die Kolonien bereits am Werk ihre Flotten zu bauen, für das deutsche Empfinden fällt jedoch die Tatsache weit weniger ins Gewicht als zu jener Zeit die bloße Möglichkeit. Auch haben sich gewiß die technischen Schwierigkeiten der Ausführung eines solchen Abkommens nicht vermindert. Allein weder sie noch überhaupt das Abkommen geben den Ausschlag, sondern die gewandelte oder wenigstens im Wandeln begriffene Auffassung von dem, was das kontinentale Deutschland zur See gelten kann. Zugleich dürfte sich, wenn auch wohl noch nicht in genügendem Maß, in Deutschland die Erkenntnis durchringen, daß die Vorstellung, von Berliner Entschlüssen gingen die Wandlungen der Weltpolitik aus, auf einem Irrtum beruht. Ist doch vielmehr das Gegenteil, ein vorwiegend reaktives Verhalten, das eigentliche Wesen der deutschen Staatskunst seit nahezu einem Jahrzehnt. Nicht ohne Schuld der Schwäche der leitenden Staatsmänner. Doch wirken dabei natürliche Verhältnisse mit. Beides vereinigt sich in der Rolle, die Deutschland in der letzten Krise gespielt hat. Von dem ihm fremden Balkankonflikt (zum Teil wenigstens, denn der Umschwung des französischen Geistes ist die andere Quelle) wird es in eine neue Wendung seiner Geschichte, in eine veränderte Form seiner Handlungen hineingezwungen. Ein solches Erlebnis wird die Augen dafür öffnen, daß die Gestaltung des Verhältnisses zu England doch mindestens zu gleichem Teil von den im englischen Volk lebenden Stimmungen abhängig ist. Offenbar haben sich im britischen Reich zwei grundlegende Dinge gewandelt. Die schroff hervortretende Selbständigkeit der Kolonien macht heute ein von London aus gelenktes einheitliches Machtgebilde undenkbar. Das Reich ist nur noch möglich unter starker Beteiligung der Kolonien an seiner Politik, womit diese notwendig aus dem europäischen Machtspiel, dem sie seit einem Jahrzehnt vorwiegend gewidmet war, hinausgelenkt werden müßte. Das andere beherrschende Erlebnis vermittelte die Orientkrise: England bekommt allmählich einen Überblick über den Kostenaufwand seiner russischen Freundschaft. All dies ist freilich noch im Werden. Noch gilt mit den stärksten Nachwirkungen die Zeit Eduards VII., noch können zum Frieden mahnende Engländer mit allem Nachdruck die Bürgschaft betonen, die England für Frankreich übernommen habe.

In einer scharfen Antithese erscheinen die Verhältnisse jetzt so verschoben, daß die Beziehungen zwischen England und Deutschland an dessen Verhältnis zu Frankreich den entscheidenden Punkt haben. Englands Haltung vermehrt die kontinentale Gebundenheit der deutschen Politik. Doch in dieser schroffen Umstellung des natürlichen Verhältnisses liegt keine Dauer. Jetzt, erst jetzt vielleicht könnte es einer beharrlichen, vorsichtigen, vorausschauenden deutschen Politik gelingen die Beziehungen zu England auf neue Grundlagen zu stellen.

XX

JULIUS BAB · DIE BEDEUTUNG FRIEDRICH HEBBELS



WENN sich in diesen Wochen Deutschland mit Feierlichkeit zum 100. Geburtstag Friedrich Hebbels erfüllt, so liegt der Grund diesmal ausnahmsweise nicht allein im Dezimalsystem. Das inhaltlich neutrale Festbedürfnis derer, die bei Gelegenheit einer runden Zahl sich für das ihnen Fremdeste in Bewegung setzen, wird nur die Massenhaftigkeit in den Äußerungen eines Interesses verschulden, das seine sachliche Existenz seit geraumer Zeit auf solidere Art beweist. Friedrich Hebbel dringt seit einem Vierteljahrhundert tiefer und tiefer in unser geistiges Leben ein, steht als Eideshelfer und als Objekt in Hunderten von Debatten und gewinnt in immer noch steigendem Maß leidenschaftliche Verehrer und erbitterte Verächter. Man muß deshalb zu seinem Jubiläum nur zu erklären versuchen, warum er der jungen Generation in solcher Weise wichtig ist.

Was bei Freund und Feind in den üblichen Hebbeldiskussionen im Vordergrund steht, scheint mir gar nicht das Wesentliche an diesem Mann zu sein. Seine ungeheure dialektische Fähigkeit, die Kraft jedes Ding der Welt und der Seele durch Begriffe zu packen, zu stellen, zu überwältigen (so faszinierend für die einen wie den anderen als entsinnlichend und unkünstlerisch verhaßt), seine fanatisch bohrende Sexualpsychologie (als pathologisch geschmäht, als neuschöpferisch gerühmt), seine soziale Haltung (die, ungefähr mit dem gleichen Recht, furchtbar revolutionär und tief konservativ zu nennen ist): all diese Eigenschaften, durch die Hebbels Werk freilich gewissen psychischen Anlagen der Heutigen entgegenkommt, sind doch nur Symptome, sind nicht das wirkliche Wesen jener Kraft, die diesem Geist seine weltgeschichtliche Stellung sichert. In das eigentliche Zentrum der Hebbelschen Persönlichkeit aber führt, wie mir scheint, ein Satz in seinen Tagebüchern, der so lautet:

»Es gibt keinen Weg zur Gottheit als durch das Tun des Menschen. Durch die vorzüglichste Kraft, das hervorragendste Talent, was jedem verliehen worden, hängt er mit dem Ewigen zusammen, und soweit er dies Talent ausbildet, diese Kraft entwickelt, so weit nähert er sich seinem Schöpfer und tritt mit ihm in Verhältnis. Alle andere Religion ist Dunst und leerer Schein.«

Diesen Satz schrieb Hebbel, als er 25 Jahre alt war. Aber daß er nicht in einer hohen Jünglingslaune Leben und Tod erhielt, daß er in langen Jahren leidenschaftlich erkämpft, von noch längeren Jahren noch leidenschaftlicher verteidigt, befestigt, ausgebaut wurde: dies macht Hebbels geschichtliche Größe aus, dies erklärt seine ganze Stellung in der Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts.

Nicht weil in diesem Satz etwas Neues stände. Es ist im Grunde eine von den beiden großen Antithesen, die so alt sind wie das Leben des menschlichen Geistes überhaupt. Aber die Geschichte des lebendigen Geistes besteht auch im Grunde nur darin, daß diese Sätze immer neu formuliert, neu erlitten, neu durchgekämpft werden. Als 300 Jahre nach dem Zusammenbruch der katholischen Welt durch die Scheidungen Kants und die Gestaltungen Goethes die Möglichkeit einer Erdenreligion neu gegründet schien, da vernichtete die Romantik das eben gewonnene Einheitsgefühl vom Dasein und Wert aufs neue. Hinter Welt, Leben und Tag wurde nun wieder das Ziel gesetzt, der Sinn gewiesen. Das Individuum war eine Fessel, der Wille ein Wahn, die Tat eine Torheit, und das Licht eine Last. Die Romantiker stießen die Praxis des Lebens hinter sich zu den Philistern. Und wirklich schien alles Lebendige in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik (das doch noch wenige Generationen zuvor ein Feld für Lessing und Herder, Kant und Fichte, Goethe und Humboldt gewesen war) rettungslos in die Hände der Philister gefallen. All dies schienen nun Dinge des ärmsten, erbärmlichsten Nutzens zu sein. Das ganze Jahrhundert hindurch ging der Aufstand der realistisch großen Geister wider diese mörderische Verführung der Romantik. Kleist fiel als das erste Opfer dieses Kampfes, Heine liegt mitten auf der Bahn, und Nietzsche, der Feuerbrände wider die romantischen Götzen seiner Jugend schwang, ist vielleicht noch nicht der letzte von den Großen, die dies Schlachtfeld decken. Der erste Überwinder in diesem Kampf aber heißt Friedrich Hebbel. Dies ist sein Ruhm.

»Heiliges Licht, das alles scheidet! Du machst die Dinge, beleuchtest sie nicht bloß. Ohne dich ein Chaos.«

Dieses antiromantische Bekenntnis steht auch im Hebbelschen Tagebuch. Wie gewaltig muß der Sinn für Individualität, Form und Grenze, für Leben, Genießen und Arbeiten, kurz für Wesen und Wert der Realität in diesem Dithmarschen gewesen sein, wenn er, dem Druck der engsten Grenzen, dem finstersten Kerker der Realität entspringend, doch niemals zum Schwärmer wurde, niemals ekstatisch oder zynisch die Wirklichkeit verlästert, die Form verhöhnt hat. Als der Sohn des Wesselburner Maurers, der nach Dienstbotenart gehaltene Schreiber des Kirchspielvogts leidenschaftlich hinaus verlangte, als der wahrhafte *Student*, der strebende junge Dichter in Hamburg das bittere Brot der Gnade aß und in München hungerte, als der gereifte Mann in Wien mit der schwersten Entscheidung seines Lebens die Bande alter, über Gebühr drückender Pflichten zerriß und ein Haus, einen Boden zum Leben und Schaffen gewann: immer wollte er anderes als von einer Kette frei sein, immer wußte er, wozu er frei sein wollte. Er wollte nicht seinem Gesetz und seiner Schranke entrinnen, er wollte sie ganz und gar erfüllen; er wollte die Welt haben und beherrschen, nur um zu sich selber zu kommen. Daß der so lange und schwer Geknechtete sich nie im Gefühl seiner Freiheit überhob, daß er bei dieser planvoll stetigen Pflichterfüllung blieb, das macht die große Gemeinschaft Hebbels mit der Lebenshaltung Goethes aus. Freilich mit dem Begnadeten, dem es selbstverständliches Gebot war »sich beglückt am Sein zu erhalten«, und dem in tausend Formen der große, alleinende Geist immer offenbar war, ist er sonst nicht zu vergleichen. Denn was in Goethe schon einmal selbstverständlicher Besitz war, das war in ihm Kampf und Not, und nichts von allem, was er errang, ist ohne die Blutspuren dieses Kampfes geblieben. Goethes göttliche

Einsicht brauchte keine Kluft zwischen Individuum und All zu überwinden, ihm hatte Natur weder Kern noch Schale. Für Hebbel war es eine ungeheure Erschütterung das Einzelwesen als lebendigen Teil des Ganzen zu empfinden; ihm bildete sich, seiner eigenen Lebenserfahrung nach, die Gottheit nicht als ein unteilbar Großes, das in allen Teilen wunderbar gegenwärtig ist, sondern als ein unendlich Verteiltes, das ewig schmerzhaft nach der Einheit streben muß. Aber nur in diesem Streben sind die Individuen wahrhaft lebendig, und nur in dieser Zerteiltheit ist die Gottheit sichtbar, faßbar. Die heilige Würde, die göttliche Artung aller Kreatur, die für Goethe eine beseligende Selbstverständlichkeit war, war für Hebbel eine furchtbar tragische Erfahrung. Aber tragisch ist nicht traurig: Ohne dies bis in den Grund begriffen zu haben, wird man nie eine Zeile von Hebbel verstehen. Tragisch ist heroisch, tragisch ist die Bejahung der Welt auch im Tod und Untergang. In Hebbels tiefstinnigsten Versen wird als Urgrund und Ziel aller Wesen verkündet: zu sein

»Den Tropfen gleich, die, in sich abgeschlossen,
Doch in der Welle rollen, in der klaren,
So rund für sich, als ganz mit ihr verflossen.«

Von dieser Erfahrung, daß alles Leben nur ein Rütteln an den Grenzen der Form ist, daß Gott nur in den Individuen, aber die Individuen auch nur in Gott existieren, zehrt alles, was Hebbel je gelungen ist. Von diesem Glauben lebt seine leidenschaftliche Verehrung der Kunst; denn das Kunstwerk ist es ja, in dem jedem fühlenden Blick der Geist in einer Gestalt, das Ganze im Teil sichtbar wird. (Und man kann natürlich auch sagen, daß Hebbels leidenschaftliche Verehrung der Kunst diesen Glauben geschaffen hat.) Aber die betäubende Helligkeit, in der ihm dies Grundgesetz der Kunst und des Lebens steht, hat zugleich dem praktischen Künstler viel geschadet, weil er mit ungeduldigem Eifer aus allen Erscheinungen das Bekenntnis dieser Konkordanz pressen wollte: so deutlich wie er es wußte, wie es aber die Erscheinung ohne gewaltsame Verkürzungen oder Verzeichnungen nur selten hergibt.

Das ganz reine Kunstwerk, in dem Sinnlichkeit und Sinn sich vollkommen decken, ist Hebbel vielleicht nur in einigen *lyrischen* Gedichten gelungen. Die Lieder vom Abend, vom Wein und vom Tod, die sich auf breiten Daktylen im Wechsel weicher und harter Reime schaukeln, sind vielleicht die vollkommensten Sinnbilder seines Weltgefühls. Hier stürmt das Individuum bis an seine äußersten Grenzen vor und blickt schwindelnd in seine unendliche Heimat hinaus, bis die Natur das Geschöpf in seine Schranken zurückführt:

»Und um die dürftige Flamme,
Ziehst du den schützenden Kreis.«

Noch stärker und nicht weniger rein ist vielleicht jenes seltsamste aller Liebesgedichte, das im tragischen Schatten der Überschrift *Sie sehen sich nicht wieder* steht, das Gedicht von den beiden Schwänen, die der Sturm einander zuführt zu grenzenlosem Rausch, und die die Welle dann wieder trennt und in alte Einsamkeit zurückzieht. Wo die Komposition nicht auf diesem Zweiklang ruhen kann, diesem sich Lösen und sich wieder Binden, da versagt leicht Hebbels musikalische Kraft. Sein Leben wächst nur aus dem Gefühl des Kampfes, aus dem Kontrast. Die dialektischen Formen der

Poesie, die von der Rhetorik zur Lyrik die Brücke bauen, meistert er vollkommen, wenn sie sich seinem dualistischen Grundrhythmus fügen. Im Sonett, das in zwei reimverschlungenen Strophen Gruppen Thesis und Antithesis und in dem auslaufenden Sechszailer die Synthesis geben kann, hat er einige Meisterstücke geschaffen. Und von der Höhe seines Lebens an begleitet ihn ununterbrochen ein Strom von Epigrammgedichten. Hier, wo die ganze Kunstform nichts ist als ein spitzes Herausschleudern eines vielbedeutenden Kontrastes, waltet er müheloser und selbstverständlicher als auf irgendeinem andern Gebiet. Er ist ohne Frage Deutschlands elementarster Epigrammdichter. Denn als ein Epigramm war ihm das ganze Leben gegeben: grotesk, wenn das kleine Individuum seine Nichtigkeit eitel gegen das große Ganze stellt; tragisch, wo die große Individualität sich größenwahnsinnig zum Geist des Ganzen erheben will; lyrisch, wo am kleinsten Scherben plötzlich die ganze Helligkeit des Lichts auffunkelt; satirisch, wo der Narr den hohen Abglanz, der auch auf ihm ruht, als sein Verdienst herausstreichen möchte. Das Epigramm ist überhaupt die Form, in der sich Hebbels Geist bewegt, von der er lebt. Nichts ist für diesen Menschen charakteristischer, als wenn man seine Tagebücher irgendwo aufschlägt, und nun Seite für Seite isolierte Zeilen findet:

»Warum reißt der Wurmstich die Frucht?« »Es gibt nichts Häßlicheres als das Bild der Tugend in einer gemeinen Seele.« »Das Gesicht meines Friseurs: eine Gurke mit Zucker bestreut.« »Wir Menschen sind wie Schwämme, wir trinken uns voll Leben, dann wird's wieder ausgedrückt.« »Die Eier haben aber nicht die Hühnerleiter zum Nest.« »Musik, die den Schnupfen hat.« »Wer den Fisch zum Tode verurteilt, der muß ihn nicht ins Wasser werfen.« »Schauspieler, die jeder aus dem Parterre ersetzen kann.« »Ein Blinder bei Sonnenaufgang.« »Taumeln, weil die Erde bebt, und als Trunkenbolde bestraft werden.« »Rosen auf ein Sterbett gestreut.«

Das sind ein paar ganz beliebige Griffe in die Überfülle. Jede Erscheinung enthüllt sich durch den Widerspruch, in dem die ganz individuelle Begrenztheit zum Sinn des Ganzen steht.

Und an diesem Punkt enthüllt sich nun auch Hebbels Zusammenhang mit der dramatischen Form. Hier wird es klar, warum dem schon 30jährigen Dichter die Eroberung des Dramas den eigentlichen Weg zur Selbstentfaltung bedeutete. Er brauchte das Drama um seiner dialektischen Qualität willen, weil es so unmittelbar wie das Epigramm, aber in unendlich viel größeren Dimensionen den Kontrast des einzelnen Charakters zu dem darstellt, was Hebbel die *Idee* nennt. Die menschliche Persönlichkeit hält sich nach Hebbel in einer Pendelbewegung zwischen Selbstbetonung und Selbstaufgabe. In jedem wahrhaft lebendigen Menschen steckt eine Leidenschaft, die ihn gegen die Schranken seiner Persönlichkeit anstürmen läßt; denn in jedem noch nicht erstarrten, nicht abgestorbenen Teil lebt der Zug zum Ganzen. Aber auf die Verletzung der persönlichen Schranken, die allein das Leben der Natur erhalten, steht der Tod. Und so sind die größten, die feurigsten Naturen ebenso wie die kleinsten, die starrsten, von Geburt mit einer Sünde wider den heiligen Geist belastet: Das ist die »Schuld des Seins«, die tragische Schuld, die in Hebbels Terminologie eine so große Rolle spielt. Dieses Grundverhältnis alles Menschlichen, das, wo der Mensch und seine Wirkung groß sind, tragisch, wo beide klein sind, komisch, wo aber von Kleinem großes Unheil kommt oder umgekehrt, tragikomisch grotesk erscheint, dies hat Hebbel im Drama ausprägen wollen. Weil ihm aber nicht

der Mensch selber, sondern immer nur der Mensch in seinem Verhältnis zum All wichtig war, so ist er der andern, der eigentlich ersten Forderung der dramatischen Form nicht völlig gewachsen: Denn ehe das Drama die Darstellung des an seinen Schranken rüttelnden Menschen wird, ist es erst einmal Menschendarstellung, das heißt die Darstellungsform, in der der Gefühlsausdruck des Dichters völlig in dem Schein vollebendiger, wandelnder Menschen aufgelöst sein soll. Shakespeare, dessen Grunderlebnis der lebendige Mensch ist, erzeugt diesen Schein. Hebbel, dessen Grunderlebnis der Zusammenstoß des einzelnen Menschen mit dem Weltganzen ist, erfüllt diese Form nie völlig. Er muß seinen Menschen immer etwas von seinem eigenen, des Dichters, Wissen um den Zusammenhang mitgeben, der ihm so wichtig ist; deshalb leiden sie alle an einem Übermaß beredten Bewußtseins, das uns die Echtheit ihres Temperaments, die Notwendigkeit ihres Handelns, die Unentrinnbarkeit ihres Schicksals psychologisch verdächtig macht. Ein so reines Meisterwerk wie dem Lyriker ist dem Dramatiker Hebbel nie gelungen. Aber dennoch (die Geschichte der Kunst kennt solcher notwendigen Unvollkommenheiten mehr) bleibt das Drama der unentbehrlichste, der beredteste Teil in der Äußerung des Hebbelschen Geistes.

Wenn Hebbel zum Ausdruck seiner Lebensanschauung den Versuch dramatischer Menschendarstellung unbedingt nötig hatte, so war die Frage, welche menschlichen Angelegenheiten sich seiner Erfahrung als Sinnbilder zumeist aufdrängten. Nun besteht die Tatsache, daß (mit Ausnahme des kleinen Gelegenheitsspiels *Michel Angelo*) alle Hebbelschen Dramen über einem *erotischen* Konflikt errichtet sind. Gleichwohl kann nur die Oberflächlichkeit behaupten, daß dieser bis in den Grund metaphysische Hebbel ein *Erotiker* im Sinn des differenzierten Sensualismus gewesen sei. Gewiß konnte nur eine stark sinnliche, an erotischen Erfahrungen reiche Natur das Verhältnis der Geschlechter sich mit so starkem Griff zum Zeichen wählen. Aber Zeichen, Austrag eines viel weiter gespannten, viel weiter gültigen Konflikts bleibt der erotische Zusammenstoß bei ihm überall. Zweierlei ist es, was das erotische Motiv für Hebbel so unersetzlich macht. Die Liebe der Geschlechter ist von den zwischenmenschlichen Beziehungen die elementarste, die die Seele aufpeitscht sich »in glühendem Erheben kühn an Gott und Natur« zu drängen. Und in diesem Aufschwung wird denn die Gefahr sich gegen das sittliche Gesetz zu vergehen am größten. Die Konsequenz der Hebbelschen Weltidee im Sittlichen lautet nämlich: Halte die Individualität heilig, die eigene wie die fremde, denn in jeder schwillt der »Keim zu allem Höchsten«. Da uns Gott nur in Individuen gegeben ist, ist in einem jeden die Individualität göttlich. Im erotischen Rausch aber glaubt der Einzelmensch oft genug selber ganz Gott werden zu können, er will den andern völlig in sich eintrinken, oder er will ganz im andern untergehen. In dieser verschiedenen Art aber, in der Männer und Frauen der »Schuld des Seins« verfallen, ist der zweite große Anreiz des sexuellen Problems in Hebbel zu finden. Die beiden Geschlechter bieten die zwei großen Variationen des Hebbelschen Grundmotivs dar. In dem schönen Sonett *Mann und Weib* hat Hebbel am klarsten ausgeprägt, wie er den Unterschied der Geschlechter empfindet: Das Weibliche als das ruhende, zur Harmonie gestimmte, aber auch von den Gefahren der Abgeschlossenheit bedrohte Element, der Mann der Glück Meidende, nie Verweilende,

immer sich und alles Bewegende, von den Gefahren der Gewaltsamkeit und Auflösung bedroht.

In Hebbels erster Tragödie *Judith* spielen Mann und Weib noch sozusagen an einander vorbei: Judith springt ganz in ihren Gott hinein, will nur noch sein Arm, sein Schwert wider den Feind des Gottesvolkes sein; aber ihre Individualität hält sie im Menschlichen fest, und zwar beim Geschlecht. Liebe und Liebesrache machen ihre Tat zu einer ganz persönlichen; die Mordtat, die doch nur im Namen Gottes hätte geschehen dürfen, zermalmt sie nun. Und Holofernes will alles in sich hineinschlingen, will selbst die ganze Welt werden und muß »die frevelhafte Ausschweifung des Monotheismus« büßen, als seine Eroberungsgier zum erstenmal eine gleichgewachsene Individualität wie die Judith verletzt. In der gewaltigen Szene, wo der stumme Daniel vom Geist getrieben den eigenen Bruder steinigen läßt und hernach verzweifelt, fällt das Schlüsselwort des Dramas, das Schlüsselwort aller Hebbelschen Dramen. Einer von den vielen sagt: »Was wider die Natur ist, das ist auch wider Gott.« Judith wagt das zu bestreiten. Daß sie es wagt, macht ihre Größe aus und ihre Schuld. Ein gottvoller Ansturm einer großen Seele wider die Schranken der Natur ist der Inhalt der Hebbelschen Tragödien. Ähnlich neben einander wie Judith und Holofernes spielen auch noch Genofefa, die Heilige, deren Schuld es bleibt durch ihren menschlichen Rest (die Liebe zum Gatten) der eifersüchtigen Leidenschaft einen Ansatzpunkt zu geben, und der Gott herausfordernde Golo, der »allergläubigste Judas«, der, was er anbetet, kreuzigen läßt, um bis auf den Grund seine allem Leid überlegene Heiligkeit zu erproben. (Dieser Böse ist wie seine ganze zahlreiche Nachkommenschaft im Hebbelschen Drama dem Herzen des Dichters nicht ferner als irgendein Guter; denn ihn trägt die Leidenschaft zur ganzen Welt, und die ist höchster Wert bei Hebbel, dem es fraglich war, »wer eher geköpft werden sollte: wer Shakespeare ohne Anteil liest oder der leidenschaftliche Mörder.«) Und noch einmal sind so in Hebbels drittem Werk Mann und Weib neben einander gestellt; diesmal zur komischen Wirkung. Die hysterische Prinzessin, die zu sterben droht, weil der von Geisterhand entwendete Diamant ihr den Tod verkünde, und der biedere Bauer, der den Diamanten in Wahrheit hat, und »an dessen Realität jede fixe Idee zerbrechen muß«.

Noch die allzu passive »sündhaft schöne« Agnes Bernauer steht ähnlich neben dem allzu theoretischen Staatsheroismus des alten Herzogs, der sie dem Gleichgewicht des Ganzen opfert: Sie hat ihr selbstbegründetes, mit der Mannestragedie nur handlungsmäßig verknüpft Schicksal. Dagegen sind Mariamne und Rhodope ganz und gar die Gegenspielerinnen in des Herodes und Kandaules Tragödie; sie haben nicht schuld, man wird an ihnen schuldig. Hier verletzt nicht die Frau die Naturschranken, sie ist ganz und gar die verletzte Natur: Hüterin jenes heiligen Rechts der Individualität, gegen das sich die herrschsüchtige Leidenschaft, der grenzenverachtende Hochmut des Mannes vergeht. Der Schleier, den des Kandaules Übermut der Rhodope abreißt, steht als dichterisches Zeichen völlig gleich den »Kronen oder rostigen Schwertern«, die er verachtet, und die als Zeichen festgeschlossener Daseinsformen »Teil von ihrem Selbst« sind. Wer diese notwendigen Formen verletzt, ohne höhere dafür zu bieten, ein vorwitziger Störer des »Schlafes der Welt«, der muß zugrunde gehen, weil

die von keinen Formen mehr geschiedene Welt das Chaos wird, das seinen Erzeuger zuerst verschlingt. Es ist kein Zweifel, daß *Gyges und sein Ring*, dieses schönste Gedicht Hebbels (im tiefern Sinn aber alle die bisher betrachtete Dramatik), das hohe Lied des Konservatismus genannt werden muß.

Aber dieser Konservatismus, der aus Hebbels Kult der individuellen Form notwendig folgt, ist ein kosmisches Prinzip wie es auch Goethe hatte, ist die Gegnerschaft eines gläubigen Realismus gegen das romantische Chaos und nicht im mindesten identisch mit irgendeinem historischen Konservatismus, der bestimmte Formen gerade für unentbehrlich hält. Schon wo sein Drama Erhaltung und Schutz der individuellen Form am Beispiel des Eheweibes fordert (Marianne ist die größere Vorläuferin der Nora), ist Hebbels Konservatismus gegenüber der herrschenden Gesellschaft durchaus revolutionär. Aber nun kommt erst jene Gruppe seiner Dramen in Betracht, die die andere Gefahr des Individuums zum Thema hat: statt Überströmen Austrocknen, statt Schranken voreilig Stürzen in Schranken Verknöchern, statt vermessenem Gott Erfliegen »sich dumpf und klein zu ewigem Frieden in der Schlacke verschließen«. Die Menschen nun, die nicht an chaotischer Leidenschaft sondern am Formalismus zugrunde gehen, findet Hebbel in der Gesellschaft seiner Zeit. Mit *Maria Magdalena* schreibt Hebbel das *bürgerliche Trauerspiel*, in dem statt des Überschwangs genialer Naturen die »schreckliche Gebundenheit des Lebens« tragisches Movens wird, die seelische Verstocktheit rein sozialer Existenzen, die über ihre Ehrenpunkte hinweg nicht mehr zur Natur kommen. Und wie hier aus der Dumpfheit der zu tief gedrückten Arbeitsmenschen, so diagnostiziert er aus dem Leichtsinne ihrer Luxusexistenzen der Gesellschaft den Tod: in *Julia*, wo Graf Bertram seine Lebenskraft in hohlen Genüssen vergeudet hat. Und wenn dieser Graf das Sinnlose seiner unfruchtbaren Existenz noch zu sühnen willens ist, so tritt in dem grausig grotesken *Trauerspiel in Sizilien* der diabolische Zynismus des alten Podesta hervor, der eben, weil er alt ist, mit Macht und Geld eine junge Frau kaufen will:

»Hei, wenn es mir gefällt, die ganze Ernte
Im Halm zu kaufen und sie stehn zu lassen
Fürs Wild und für die Vögel, kümmert's wen?
Ich glaube nicht, wenn ich nur zahlen kann.«

Hier hat Hebbel (dem das Eigentum sonst als Kleid und Halt der Persönlichkeit unentbehrlich dünkt) den Wahnsinn des schrankenlosen Privateigentums aufgedeckt. Es ist die Gottlosigkeit, Naturwidrigkeit, das Un-sittliche jeder Kraft, die eitel um sich selber kreist statt zu wirken, ins Ganze zu wirken. Das Leben besteht für Hebbel nur in den Formen — aber in den vom Geist durchfluteten Formen; wo die Formen so starr und geschlossen werden, daß sie als hohler Selbstzweck das Leben zurückdrängen, da ist Hebbel ihr bitterster Feind, und der konservative Dichter ist der grimmigste Revolutionär.

Bei Hebbel wachsen alle sozialen und ethischen Tendenzen, die konservativen wie die revolutionären, mit klarer Notwendigkeit aus seiner Weltanschauung, seiner Religiosität. Denn Hebbel war (dies muß der landläufigsten Tradition zum Trotz mit der größten Entschiedenheit betont werden) keine problematische Natur. Der Kampf lag nicht in ihm sondern zwischen ihm und dem stumpfen Widerstand der Welt. Nachdem er, sehr

früh, es zu seiner innern Klarheit gebracht hatte, verfocht er sie mit ganz einheitlicher, ganz unzersplitterter Energie gegen eine Welt; nie hat er das Widerspruchsvolle, Unmögliche erstrebt, so schwer auch sein Kampf um das ihm Mögliche (und seinem obersten, ethischen Grundsatz nach also Nötige) war. Und dies ist sehr einfach dadurch bewiesen, daß er zum Ziel kam; daß das letzte Jahrzehnt seines Lebens von einer tiefen, immer stärker und reiner anschwellenden Harmonie erfüllt war. 12 Jahre, nachdem er verzweiflungsvolle Klagen und Anklagen zu den Göttern emporgeschickt hat, bekennt er mit einer Furchtlosigkeit, die nur die von jedem Aberglauben freie Natur haben kann:


»Götter, öffnet die Hände nicht mehr, ich würde erschrecken,
Denn ihr gabt mir genug; hebt sie nur schirmend empor!«

Ihm, dem die kampflos ruhige Führung der epischen Form bisher stets mißlungen war, gelingt 6 Jahre vor seinem Tod sogar ein reines Idyllengedicht von der in einer heiligen Form verletzen, aber durch tätige Reue wieder versöhnten Natur: *Mutter und Kind*. Die *Nibelungen*, denen er mit ergreifender Treue 7 Jahre seines letzten Dezenniums geopfert hat, scheinen mir zwar nicht der Höhepunkt des Hebbelschen Werkes, weil Hebbel in dem lebenswürdigen Irrwahn hier ein lebendiges nationales Gut nur neu fassen zu dürfen den eigenen Geist zurückhielt, so daß die unorganischen Massen des alten Stoffs nicht in einer wahrhaft neuen Form geeint sind. Aber die einzelnen Stücke lassen den Hauch eines neuen Geistes spüren: eines Geistes, der die Waffen niedergelegt hat, weil er siegte, und der nun im reinen Anschauen, nicht mehr im stets bewußten Schlag und Widererschlag die Welt zu begreifen beginnt. Ein gleicher Ton steigt aus dem unendlich schönen Vorspiel des fragmentarischen *Demetrius* auf, und aus jener letzten Lyrik, die Hebbel in einem ganz plötzlichen Hervorbrechen der lange begrabenen Kraft auf seinem letzten Krankenlager niederschrieb.

Hebbel starb an der Schwelle dieser neuen Form: Seine Größe lag im Weg, nicht im Ziel. Aber er hat dies Ziel erreicht. Sein Kampf war nicht die Erscheinung einer innern Zerrissenheit, war kein Ausbruch romantischer Verzweiflung, in der sich eine Kreatur, jenseitigen Zielen zu, vom irdisch Möglichen abwendet, es war ein Kampf um irdische *Verwirklichung*. Und weil er in diesem Kampf nicht wie alle seine Streitgenossen heroisch fiel sondern göttlich siegte, darum führt dieser grimmige, harte Kämpfer zu dem »Frieden Gottes«, der tätigen Weltseligkeit Goethes zurück. »Es gibt keinen Weg zur Gottheit als durch das Tun des Menschen«: Hebbel hat diesen Weg nicht nur gewiesen, er ist ihn bis zu Ende gegangen. Dies ist die Bedeutung Friedrich Hebbels.

XX
ARTHUR SCHULZ · GÜTERZERTRÜMMERUNG

!

 U der nun anscheinend in unserer Partei in Fluß kommenden Diskussion agrarischer Fragen hat kürzlich Genosse Kaspar Schmidt (Würzburg) einen schätzbaren Beitrag geliefert, dessen Eigenart darin besteht, daß er von den landwirtschaftlichen Tatsachen Bayerns ausgeht und die vortreffliche Bearbeitung, die die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1907 durch den Referenten des bayri-

schen statistischen Landesamts, Bezirksamtsassessor Dr. Hans Schmelzle, gefunden hat, seinen Argumentationen zugrunde legt.¹⁾ Den Schlußfolgerungen Schmidts stimme ich insofern zu, als auch mir die Aufstellung eines besonders Agrarprogramms verfrüht erscheint. Mich leitet dabei allerdings eine andere Erwägung als ihn. Nicht weil das landwirtschaftliche Produktions- und Entwicklungsproblem noch ungeklärt ist, halte ich die Aufstellung eines detaillierten Agrarprogramms für noch nicht angezeigt, sondern weil der richtigen Erfassung der agrarischen Probleme und ihrer Lösungsmöglichkeiten noch in weiten Parteikreisen teils Unkenntnis der Tatsachen teils dogmatische Befangenheit entgegensteht und daher der Festlegung unserer landwirtschaftspolitischen Marschroute zunächst eine intensive Aufklärungsarbeit vorausgehen muß. Auch darin bin ich mit Schmidt einverstanden, daß unsere Partei den bestehenden Kleinbetrieb und Kleinbesitz in der Landwirtschaft schützen und fördern muß; nur gehe ich etwas weiter und meine, daß sie es sich auch sollte angelegen sein lassen Landarbeiterstellen und neue klein- und mittelbäuerliche Betriebe schaffen zu helfen.

Bevor ich diese Ansicht, diesmal mit besonderer Berücksichtigung der bayrischen Verhältnisse, näher begründe, will ich einige Mißverständnisse berichtigen, die dem Genossen Kaspar Schmidt unterlaufen sind. Zunächst: Es ist mir niemals eingefallen »in jedem Fall den Großbetrieb für agrarwirtschaftlich unrentabel« zu erklären und zu lehren, »der Großbetrieb als solcher stehe in seinen Produktionsresultaten unter allen Umständen dem Kleinbetrieb nach«. Ich habe vielmehr oftmals in den *Sozialistischen Monatsheften* betont, der Großbetrieb leiste beispielsweise in der Pflanzenzucht, der großbäuerliche in der Viehrassenzucht Ausgezeichnetes, und sie seien deshalb unentbehrlich. Ich bin allerdings der Meinung, daß das Optimum der Betriebsgröße in der Landwirtschaft selbst im intensiven Getreidebau nach westeuropäischer Art weit tiefer liegt als in der Industrie, und daß in dem Maß wie Rindviehhaltung, Milchwirtschaft, Schweinezucht und -mast, in manchen Gegenden auch Obst- und Gemüsebau für den wirtschaftlichen Erfolg der landwirtschaftlichen Unternehmung immer mehr ausschlaggebend werden dieses Optimum sinkt und sich der Sphäre des Mittel- und Kleinbetriebs mit überwiegend familienhafter Arbeitsverfassung nähert. Ich muß es aber ablehnen unter die Kleinbetriebsschwärmer κατ' ἐξοχήν geworfen zu werden.²⁾ Ferner: Aus dieser theoretischen Stellungnahme folgt für die agrarpolitische Praxis, daß ich keineswegs, wie Schmidt meint, ganz allgemein anrate »die Zerschlagung der Großgüter zu Zwecken der inneren Kolonisation zu einer Programmforderung der Partei zu erheben«. Eine energische und planmäßige Aufteilung eines Teils des Großgrundbesitzes und der Staatsdomänen verlange ich nur für den preußischen Osten und für Mecklenburg. Dagegen bin ich, entgegen der Meinung Schmidts, weit entfernt der Partei zuzumuten

¹⁾ Siehe Schmidt *Ist der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Großbetrieb überlegen?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 101 ff.

²⁾ Richtiger als Schmidt hat mich Genosse Kautsky verstanden, der es mir geradezu zum Vorwurf macht, daß ich in den wärmsten Tönen die Unentbehrlichkeit des Großbetriebs für die Landwirtschaft anerkenne und dem sonst nur von gemäßigt liberalen Professoren geteilten Ideal des richtigen Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Größenarten nachhänge. Siehe Kautsky *Fleischteuerung und Kleinbetrieb* in der *Neuen Zeit*, 1910-1911, 2. Band, pag. 14.

allgemein und also auch für die großgüterarmen süd- und westdeutschen Staaten und Provinzen »eine systematische Verminderung der Großbetriebe in unserm Programm zu fordern«. In Süd- und Westdeutschland kann es sich für uns, abgesehen von der Kolonisation der Moore und Heiden, nur darum handeln dem Bauernlegen durch das Ausdehnungsstreben der Fideikomnisse und der Luxusgüter reicher Städte Schranken zu setzen und die zunehmende Zertrümmerung vor allem des großbäuerlichen Besitzes in geregelte Bahnen zu leiten und zweckmäßig zu gestalten. (Wie das in Bayern, wo die Güterzertrümmerungen besonders häufig sind, geschehen könnte und sollte, versuche ich im 2. Teil dieses Artikels auseinanderzusetzen.) Endlich: Die von mir allerdings energisch betonte Notwendigkeit ostdeutsche Großbetriebe in klein- und mittelbäuerliche Dorfgemeinden umzuwandeln begründe ich nicht allein und nicht einmal vorwiegend durch Wiedergabe vereinzelter Resultate aus der Statistik«, die in der Tat (darin hat Genosse Schmidt völlig recht) »keine genügende Grundlage zur Beurteilung des gesamten landwirtschaftlichen Produktionsproblems« ist. Nicht aus den 3 letzten Betriebszählungen« und überhaupt nicht »aus den Ergebnissen der Reichsstatistik allein« leite ich den allgemeinen Satz her: Zahlreiche Großbetriebe besonders in Ostelbien (nicht, wie Schmidt mich sagen läßt, die Großbetriebe) »sind für die landwirtschaftliche Produktion ungünstig« und müssen deshalb zerschlagen und durch Kleinbetriebe ersetzt werden«, sondern in erster Linie aus meiner Kenntnis der ostdeutschen Landwirtschaft und aus den Kolonisationserfahrungen, die man im Osten gemacht hat, besonders aus dem erheblichen Wachstum der Bevölkerung, der Produktion und des Wohlstands, die die Besiedelung ostelbischer Rittergüter überall zur Folge gehabt hat. Auf diese Erfahrungen habe ich in den *Sozialistischen Monatsheften* bereits mehrfach hingewiesen¹⁾, und ich will deshalb hier nur ein einziges Beispiel aus neuester Zeit anführen, das einer in diesem Fall sehr unverdächtigen Quelle, nämlich einem offiziellen Organ des dem Großbetrieb gewiß nicht feindlich gesinnten *Bundes der Landwirte*, entstammt. Auf 1560 Hektar Land der Herrschaft Kensau im Kreis Tuchel wurden 1910-1911 außer Restgut und Krug 65 Bauernwirtschaften und 12 Arbeiter- und Handwerkerstellen ausgelegt und vergeben. Die Bevölkerung stieg infolgedessen um das Doppelte, und die Viehzählung von 1911 ergab bereits eine Verdreifachung des Pferde- und Rinder- und eine Verzehnfachung des Schweinebestands gegen den frühern Großbetrieb.²⁾

¹⁾ Ich bin so wenig Gegner der ostdeutschen Großbetriebe, daß ich sie sogar gegen Schmidt in Schutz nehmen muß. In einem von mir zitierten Passus einer Denkschrift, in der die Verwahrlosung deutscher und besonders polnischer Rittergüter zu Beginn des ostmärkischen Ansiedlungswerks (also um das Jahr 1886) geschildert wird, glaubt Schmidt eine Beschreibung heutiger Zustände auf ostelbischen Gütern zu finden. Man könne daraus sehen, wie wenig mustergültig sie bewirtschaftet würden, und es sei daher kein Wunder, daß sie nicht rentabel seien. Allein die Steigerung der Bodenpreise und die damit parallel gehende Steigerung der Grundverschuldung, die die Besitzer nötigte bedeutend erhöhte Zinsen aus ihren Gütern herauszuwirtschaften, und selbst auf die übrigen sehr zahlreichen Rittergüter, die minderwertige und deshalb, trotz anscheinender Niedrigkeit der Löhne teure polnische und ruthenische Arbeiter beschäftigten, paßt sie ganz und gar nicht. Aber freilich, die Ansiedler mit ihrer starken Schweinehaltung, Kälbermast und Milchlieferung an Dampfmärkte und die großartige Entwicklung des Genossenschaftswesens vor allem durch ihre familienhafte Arbeitsverfassung begünstigt.

²⁾ Siehe meine Artikel *Volksnahrung und innere Kolonisation im Osten Deutschlands, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bauernguts und der Binnenbesiedelung und Zum landwirtschaftlichen Produktionsproblem in den Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 381 ff., und 2. Band, pag. 613 ff. und 1028 ff.

³⁾ Siehe Kannebier *Die staatliche Besiedelung Kensau im Kreis Tuchel in der illustrierten landwirtschaftlichen Zeitung*, 1912, pag. 58 ff.

Natürlich bleibt daneben die Betriebs-, Bodennutzungs-, Ernte- und Viehhaltungsstatistik auch für die Beantwortung der Frage nach der zweckmäßigsten Betriebs- und Besitzgröße und -größenmischung von hoher Wichtigkeit. Es ist daher verdienstlich, daß Genosse Schmidt es unternimmt dieses Problem auf Grund der bayrischen Statistik zu erörtern.

Was nun zunächst die Eignung der verschiedenen Betriebsgrößen für den Getreidebau betrifft, so habe ich diese Seite der Frage, weil uns bisher ausreichendes, beweiskräftiges Tatsachenmaterial fehlt, stets mit einer gewissen Reserve und ohne alle Voreingenommenheit für den Kleinbetrieb behandelt. Ich stehe daher in diesem Punkt der Beweis *th e s e* des Genossen Schmidt keineswegs als unbedingter Gegner gegenüber. Dagegen muß ich seiner Art der Beweis *f ü h r u n g* in einigem widersprechen. Es wäre an sich der richtige Weg gewesen die im bayrischen Getreideanbau im Klein-, Mittel- und Großbetrieb erzielten Hektarerträge gegenüberzustellen und damit den in den verschiedenen Größenklassen gemachten Aufwand an Arbeit und Kapital in Beziehung zu setzen. Da aber hierüber zuverlässige Angaben in hinreichender Anzahl auch aus Bayern nicht vorliegen, zieht Genosse Schmidt die bayrische Bodennutzungsstatistik zu Rate. Danach verwenden die Großbetriebe 57,4%, die kleinbäuerlichen aber 58,9% und die mittelbäuerlichen sogar 63,5% ihres Bodens für den Getreidebau. Was speziell den Brotgetreidebau betrifft, so widmen ihm die Betriebe über 100 Hektor 43,7%, dagegen die Betriebe von 5 bis 20 Hektar 50,7 und die Betriebe von 2 bis 5 Hektar sogar 55,8% ihrer gesamten Getreideanbaufläche. Wie Genosse Schmidt aus diesen Zahlen folgern kann, daß sich die Klein- und Mittelbetriebe im Getreidebau gegenüber den Großbetrieben ungünstig stellen, ist mir nicht recht verständlich. Ich jedenfalls schließe daraus mit Zahn, daß auch in Bayern das Bauerngut der »Hauptversorger des Landes mit Brot« und »Pionier intensiver Bodennutzung« ist.⁶⁾ Noch weniger kann ich der Meinung Schmidts zustimmen, daß die mittleren Betriebe, also die von 5 bis 20 Hektar, Getreide nur für den Eigenbedarf bauen. Die letzte und gediegenste Untersuchung der Frage, bei welchen Grenzen die Überschußproduktion und der Verkauf von Getreide beginnt, verdanken wir Diehl. Dieser Autor kommt dabei zu dem Resultat 5 Hektar als allgemeinen Durchschnitt anzunehmen, wenn auch teilweise, und zwar gerade in Süddeutschland, der Verkauf überschüssigen Getreides schon bei einer Nutzungsfläche unter 5 Hektar beginne.⁷⁾ Zur Erzeugung des notwendigen Getreideüberschusses absolut erforderlich sind daher große Betriebe nicht. Wenn ich trotzdem in Übereinstimmung mit Schmidt aus Rücksicht gerade auf die Getreidekultur das Bestehenbleiben größerer Betriebe für wünschenswert halte, so leitet mich dabei die öfter gemachte Beobachtung,

⁶⁾ Siehe Zahn *Bauernstand und Bauerngut in Bayern in der Denkschrift zur Feier des 100-jährigen Bestehens des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* / München 1910 /, pag. 41 und 50.

⁷⁾ Siehe Diehl *Zur Frage der Getreidezölle* / Jena 1911 /, pag. 86 ff. X Auch das von Schmidt mehrfach zitierte, unter der Oberleitung Zahna von Schmelzle bearbeitete amtliche Werk *Die Landwirtschaft in Bayern nach der Betriebszählung vom 12. Juni 1907* / München 1910 / schreibt (pag. 110 ff.): »Von der gesamten Getreidefläche des Jahres 1907 treffen 52,9% allein auf die mittelbäuerlichen Betriebe von 5 bis 20 Hektar, ein Beweis, von welch überragender Bedeutung diese Betriebe, die ja schon ziemlich allgemein über den eigenen Bedarf hinaus Getreide produzieren, für unsere gesamte Getreideversorgung sind. . . . Unter den einzelnen Größenklassen bauen in allen Regierungsbezirken die bäuerlichen Betriebe relativ am meisten Getreide. Die Großbetriebe haben, von der Pfalz abgesehen, eine verhältnismäßig geringere Getreidefläche als die 3 Arten von Bauernwirtschaften.«

daß speziell in mehreren südbayrischen Gegenden die Bodenbestellung in bäuerlichen Wirtschaften noch vieles zu wünschen übrig läßt, und daß hier der Abstand zwischen ihnen und gutgeleiteten Großbetrieben weiter ist als in den meisten preußischen Provinzen. Aber es muß hinzugefügt werden, daß das leider erst 1896 errichtete Institut der landwirtschaftlichen Wanderlehrer und die seit einigen Jahren in großer Zahl begründeten Ackerbauvereine und Saatzuchtstationen die bayrischen Bauern in ihrem Bestreben den Vorsprung der Güter einzuholen kräftig unterstützen. Daß das mit Erfolg geschieht, lehrt (außer der großen Zunahme des durchschnittlichen Kaliverbrauchs) die Tatsache, daß die Hektarerträge der wichtigsten Feldfrüchte seit der Periode 1882 bis 1895 um 15 bis 20% gestiegen sind. Diese erheblichen Ertragssteigerungen sprechen sehr für die Fortschrittstfähigkeit des bäuerlichen Ackerbaus und die Lernfähigkeit der bäuerlichen Landwirte auch in Bayern. Nicht minder spricht dafür die Tatsache, daß seit 1895 besonders die mittleren und kleineren Bauernwirtschaften in großer Zahl zur Anwendung von Maschinen übergegangen sind, vor allem solcher Maschinen, die im Getreidebau arbeitsparend wirken:

Maschinenart	Es verwendeten nebenstehende Maschinen die Betriebe							
	sämtlicher Größenklassen		von 2 bis 5 Hektar		von 5 bis 20 Hektar		von 20 bis 100 Hektar	
	1907	1895	1907	1895	1907	1895	1907	1895
Dampfpflüge	32	33	—	3	—	5	6	7
Sämaschinen	22725	5777	1239	575	10182	1899	10578	2674
Mähmaschinen	33757	2580	981	101	20752	961	11429	1267
Dampfdreschmaschinen	118896	55234	27031	9860	69104	31028	15661	9769
Andere Dreschmaschinen	157778	128753	25778	16333	102211	80608	26745	28347

Weniger hat Genosse Schmidt an dem auszusetzen, was ich über die besondere Eignung der Klein- und Mittelbetriebe für die Viehhaltung gesagt habe. Er hält mir in dieser Beziehung nur vor, ich hätte einen an sich richtigen und auch von ihm geteilten Gedanken übertrieben. Allein es ist mir gar nicht in den Sinn gekommen aus der unbestreitbaren Leistungsfähigkeit der Bauernwirtschaften in der Tierhaltung zu folgern, daß der Großbetrieb an sich eine überwundene Betriebsform darstelle. Außerdem muß ich auch hier gegen die Art wie Genosse Schmidt die bayrische Statistik gegen mich ins Feld führt einige Einwendungen erheben. Schmidt verweist ganz richtig darauf, daß die Zahl der Großvieh haltenden Betriebe von 1882 bis 1907 um 31 335 zurückgegangen ist, wahrscheinlich infolge der Landflucht eines Teils der ländlichen Arbeiterfamilien und des Übergangs eines andern Teils zur Fabrikarbeit und mit ihr zur Ziegenhaltung oder zum Frischmilcheinkauf. Aber er hätte, um nicht der Bildung einer falschen Vorstellung Vorschub zu leisten, nicht verschweigen sollen, daß gleichzeitig die Zahl der Schweine haltenden Betriebe um 85 152 gestiegen ist. Es hat sich also entgegen der Behauptung Schmidts die Zahl der viehhaltenden und fleischproduzierenden Kleinbesitzer nicht vermindert sondern bedeutend vermehrt. Unzutreffend ist die Auslassung Schmidts: »Eine geringere Zahl von Besitzern produziert zusammen dennoch eine ungleich größere Viehmenge, der einzelne vergrößert also seinen Besitzstand. Eine derartige Steigerung der Viehproduktion ist aber niemals im

Kleinbetrieb sondern nur im Mittel- und Großbetrieb möglich.* Dem widerspricht folgende lehrreiche Tabelle:

Größenklasse	Erhebungsjahr	Auf je 1 Betrieb mit nachstehender Viehgattung treffen in jeder Größenklasse					Auf je 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche treffen in jeder Größenklasse					Auf je 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche treffen Rindvieheinheiten	
		Pferde	Rinder	Schafe	Ziegen	Schweine	Pferde	Rinder	Schafe	Ziegen	Schweine	absolut	Zunahme seit 1882
unter 2 Hektar	1907	1,2	1,9	8,2	2,3	1,9	3,4	91,5	21,5	123,3	114,6	137,6	+ 5,7
	1895	1,3	1,8	9,3	2,0	1,8	3,5	95,3	20,6	94,6	88,7	132,7	
	1882	1,2	1,7	6,1	1,7	1,6	2,7	105,7	21,6	67,8	57,8	131,9	
2 bis 5 Hektar	1907	1,3	3,7	7,4	2,3	2,7	3,3	104,4	9,4	10,9	56,1	125,1	+17,8
	1895	1,3	3,4	6,3	1,4	2,4	3,5	97,5	9,1	5,8	46,9	115,9	
	1882	1,3	3,2	5,5	1,3	2,1	3,6	91,4	13,6	4,1	34,7	107,3	
5 bis 20 Hektar	1907	2,0	8,7	10,7	2,8	4,6	7,4	87,5	13,8	4,1	37,6	109,8	+17,5
	1895	2,0	7,6	9,4	1,4	3,9	7,1	76,1	16,4	1,9	31,1	96,3	
	1882	2,1	7,3	9,0	1,3	3,4	7,2	72,9	22,8	1,5	24,0	92,3	
20 bis 100 Hektar	1907	4,1	21,4	32,8	4,8	10,2	12,0	70,5	28,7	1,6	28,9	98,7	+18,0
	1895	4,1	18,4	27,5	1,7	8,4	11,0	59,7	33,1	0,6	23,4	85,3	
	1882	4,2	17,3	26,7	1,6	7,1	10,8	55,7	41,0	0,5	18,9	80,7	
über 100 Hektar	1907	12,4	82,7	248,2	4,3	48,7	6,6	44,7	29,3	0,3	21,0	62,7	+12,4
	1895	11,8	65,9	232,6	3,1	34,1	5,9	33,6	42,2	0,2	14,4	50,3	
	1882	10,1	54,1	239,2	2,1	21,1	5,8	31,9	70,1	0,2	10,3	50,3	

Eine Konzentration der Tierhaltung, wie Genosse Schmidt sie behauptet, ist also, allenfalls abgesehen von den in starkem Rückgang befindlichen Schafen, in Bayern nicht eingetreten. Die Stückzahl pro Betrieb ist bei Rindern und Schweinen in allen Größenklassen, auch in den Klein- und in den Parzellenbetrieben, nicht minder, abgesehen von den Rindern in den Parzellenbetrieben, die Rindvieh- und Schweinedichtigkeit gestiegen. Seit 1895, das heißt seit Begründung der staatlichen Viehversicherungsanstalt und zahlreicher Viehzucht- und Viehverwertungsgenossenschaften¹⁾, hat sich der Gesamtbestand an Rindvieh am meisten (um 18,3 %) in den mittelbäuerlichen Betrieben gemehrt, desgleichen der an Schweinen (um 24,2 %). Da 60 % des in Deutschland verzehrten Fleisches vom Schwein her stammt, ist es von erheblichem Interesse bayrische Regierungsbezirke mit verschiedenartiger Betriebsgliederung und Grundbesitzverteilung hinsichtlich ihrer Schweinedichtigkeit und deren Zunahme zu vergleichen. Es ergibt sich dabei, daß 1907 die Schweinedichtigkeit in den kleinbäuerlichen Kreisen Unterfranken mit 62,7 und Rheinpfalz mit 54,8 pro 100 Hektar am höchsten, dagegen in Oberbayern und Schwaben, 2 Kreisen mit stärkerem Anteil des großbäuerlichen Besitzes, mit 24,2 und 29,5 am geringsten war. Nicht minder bemerkenswert ist es, daß 1895 bis 1907 die Schweinedichtigkeit in den beiden kleinbäuerlichen Kreisen um 13,4 und 17,1, in den beiden mehr großbäuerlichen dagegen nur um 5,7 und 5,9 Stück gestiegen ist. Diese Tatsachen sprechen sehr für die Bestrebungen derjenigen bayrischen Agrarpolitiker, die in den an größerem und großbäuerlichem Grundbesitz reicheren altbayrischen Kreisen (Oberbayern, Niederbayern,

¹⁾ Siehe Brettreich *Die Verhältnisse der Landwirtschaft in Bayern* (München 1905), pag. 51 ff. und pag. 80 ff., und Maler-Bode *Die Organisation und die Erfolge des landwirtschaftlichen Wanderunterrichts im Königreich Bayern* (Landaberg am Lech 1911), pag. 294 ff.

Schwaben und Oberpfalz) bei Gelegenheit von Güterzertrümmungen, wie sie gerade hier sehr häufig sind, innere Kolonisation durch Schaffung von Landarbeiterstellen und neuer klein- und mittelbäuerlicher Anwesen betrieben wissen wollen. Damit komme ich zu dem wichtigsten agrarpolitischen Problem Bayerns, der Regelung der Güterzertrümmungen, die kürzlich Genosse Geisler, der Redakteur unserer Landagitationszeitschrift *Bayrisches Wochenblatt* eingehend behandelt hat.⁹⁾

II

GÜTERZERTRÜMMERUNG ist jene Art landwirtschaftlichen Besitzwechsels, bei der die zu einem landwirtschaftlichen Anwesen vereinigten Grundstücke alle oder zu einem größeren Teil aus diesem Verband gelöst und einzeln (parzellenweise) im Wege des Kaufes oder Tausches veräußert werden. Dabei erfolgt die Auflösung des Gutsverbands und die Veräußerung der einzelnen Grundstücke in der Regel nicht durch den Anwesensbesitzer selbst sondern durch eine Zwischenperson, den Güterhändler, der das Anwesen im Ganzen vom Anwesensbesitzer erwirbt und es parzellenweise mit oder ohne Belastung eines Rest- oder Hinterguts veräußert.¹⁰⁾ Güterzertrümmungen hat es in Bayern seit langem gegeben. Gering an Zahl waren und sind sie in der Rheinpfalz und in Unter- und Oberfranken, wo die Realerbteilung mit ihrer starken Zersplitterung und Mobilisierung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes sie ersetzt. Viel häufiger kamen und kommen sie in den südlichen Kreisen des rechtsrheinischen Bayern vor, dem Gebiet der geschlossenen Hofübergabe. Ein wichtiges Problem wurden die Güterzertrümmungen jedoch erst im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. In diesem Jahrzehnt wuchsen sie stetig an Zahl und Fläche und erreichten bald einen Stand wie nie zuvor. Das bedrohliche Anwachsen besonders der gewerbsmäßigen, durch Güterhändler vorgenommenen Zertrümmungen und das bedauerliche Zurückbleiben der bäuerlichen Darlehnskassenvereine, die das Parzellierungsgeschäft in einem mehr gemeinnützigen Geist betrieben, zeigt folgende Übersicht:

Jahr	Zertrümmungen überhaupt		Gewerbsmäßige Zertrümmungen				Durchschnittliche Fläche eines zertrümmerten Anwesens	Zertrümmungen durch Darlehnskassenvereine		Zahl der eingetragenen Güterhändler
	Zahl	Fläche (in Hektar)	Zahl	Fläche (in Hektar)		Zahl		Fläche (in Hektar)		
			absolut	in %	absolut	in %				
1900-1901	549	8606	380	69,2	6450	74,9	15,7	—	—	557
1901-1902	895	14113	611	68,3	10798	76,5	15,8	—	—	577
1902-1903	911	14567	655	71,9	11575	79,5	16,8	58	559	622
1903-1904	1078	17067	798	74,0	13854	81,2	15,8	90	876	745
1904-1905	1113	17955	843	75,7	15051	83,8	16,1	88	933	810
1905-1906	1405	21692	1029	73,2	17690	81,6	15,4	115	1181	881
1906-1907	1325	21245	994	75,0	17227	81,1	16,0	109	949	1022
1907-1908	1500	24251	1171	78,2	20326	82,8	16,4	131	1535	1100
1908-1909	1431	21555	1173	82,0	18666	86,9	15,1	101	973	1212
1909-1910	1376	19392	1130	82,1	17051	87,8	14,1	110	1005	1329

⁹⁾ Siehe Geisler *Privilegierte Gemeinnützigkeit: Zur Kritik des bayrischen Güterzertrümmungsgesetzes vom 13. August 1910* / München 1912.

¹⁰⁾ Siehe Schmelzle *Güterzertrümmung in den Annalen des Deutschen Reichs*, 1912, pag. 81.

Nach einer Berechnung, die der damalige Minister des Innern Dr. von Brettreich in der Reichsratssitzung vom 23. Juli 1910 vortrug, wurden von 1894-1895 bis 1908-1909 in Bayern 15 503 Anwesen mit 240 153 Hektar (5 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche) zertrümmert; davon gewerbsmäßig 11 228 mit rund 190 000 Hektar. Von den Anwesen der verschiedenen Größenklassen verfielen am meisten die großbäuerlichen der Zerschlagung. Das zeigte schon eine Berechnung, die das bayrische statistische Landesamt für das Jahrzehnt 1894-1895 bis 1903-1904 angestellt hatte, und die hier folgen mag:¹¹⁾

Größen- klasse (in Hektar)	Zertrümmierungen auf 1000 Betriebe		Zertrümmerte Flächen auf 1000 Hektar Wirtschafts- fläche	
	zusammen 1894 bis 1904	jährlicher Durchschnitt 1894 bis 1904	1901-1902	1903-1904
unter 2	1,39	0,14	0,17	0,17
2 bis 5	9,96	1,00	0,91	1,01
5 bis 10	18,38	1,84	1,65	1,78
10 bis 50	31,60	3,16	2,73	3,50
50 bis 100	94,85	9,40	7,05	9,50
über 100	32,20	3,22	4,87	2,43

Es zeigt sich also ein starkes Vorherrschen der Anwesen über 50 Hektar und eine zunehmende Steigerung ihres Anteils an der zertrümmerten Fläche. Auch seit 1904 hat die Ausschlichtung großbäuerlicher Besitzungen eher zu- als abgenommen:

Größen- klasse (in Hektar)	Es wurden zertrümmert folgende Flächen (in Hektar) von Anwesen nebenstehender Größenklassen					
	1904-1905	1905-1906	1906-1907	1907-1908	1908-1909	1909-1910
unter 2	44	70	78	71	57	44
2 bis 5	595	875	799	856	845	949
5 bis 10	2076	2724	2502	2906	2909	2885
10 bis 25	6456	7521	7253	8000	7778	7322
25 bis 50	5484	6955	7031	7205	6936	5026
50 bis 100	2591	2731	2703	3633	2915	2306
über 100	710	816	879	1870	115	860

Für die Selbstbehauptungskraft des kleinern und die nicht minder bemerkenswerte Hinfälligkeit des großbäuerlichen und Großbesitzes, der ja ausweislich der Betriebszählungen fast überall in Deutschland zurückgeht, wird in der amtlichen Darstellung, der diese Tabelle entnommen ist, eine Erklärung gegeben, die mir richtig zu sein scheint, und die daher hier wiedergegeben sei:

»Der kleine Grundbesitz bis zu 2 und 5 Hektar tritt nach Zahl und Umfang der Zertrümmierungen, also nach Zahl und wirtschaftlicher Bedeutung der betroffenen Wirtschaftsexistenzen stark hinter den Zertrümmierungen der größeren Anwesen zurück; der Arbeitermangel, unter dem die größeren Güter leiden, trifft den kleinen

¹¹⁾ Siehe Graf Lerchenfeld-Köfering *Die Güterzertrümmierung und die bayrische Landwirtschaft* (München 1907), pag. 33. Graf Lerchenfeld erklärt in seiner im Auftrag des bayrischen Staatsministeriums des Innern verfaßten Schrift die geringe Widerstandsfähigkeit der Besitzungen über 10 und die noch geringere derjenigen über 50 Hektar damit, daß »die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Anwachsen der Arbeiternot und den Anforderungen an die technischen und kaufmännischen Fähigkeiten des Betriebsleiters einen für die größeren bäuerlichen Anwesen widrigen Verlauf genommen, während auf der andern Seite die Möglichkeit von barem Nebenverdienst und die Benutzung genossenschaftlicher Einrichtungen dem Kleinbesitz in steigendem Maß den Nahrungsstand sichert.«

Besitz weniger, für dessen Bewirtschaftung die Arbeitskraft des Besitzers und seiner Familie häufig genügen; Verkehrswert und Ertragswert stehen bei den intensiv bewirtschafteten kleineren Anwesen einander näher als bei den größeren kapitalschwachen und daher extensiv bewirtschafteten Anwesen; die Ursachen der Zertrümmerung liegen also bei den größeren Anwesen in höherem Maß vor als bei den kleineren.¹²⁾

Aus dieser zutreffenden Darlegung ergibt sich, daß die Güterzertrümmerung ein wirtschaftlich notwendiger und im großen und ganzen nützlicher Vorgang ist. Es wirkt sich in ihr in einem primitiven, noch dem Privatunternehmertum überlassenen und vom Staat nur durch polizeiliche Vorschriften notdürftig geregelten Prozeß der Bodenmobilisierung und Wirtschaftsflächenverringerung im Grunde die gleiche dem Familienbetrieb und -besitz zusteuernde heilsame Entwicklungstendenz aus, die im preußischen Osten seit einer ganzen Reihe von Jahren die ungleich höhere Erscheinungsform der durch staatliche Behörden (Ansiedlungskommission) oder gemeinnützige provinzielle Landgesellschaften halb öffentlichrechtlichen Charakters bewerkstelligten innern Kolonisation angenommen hat.

Bedenklich ist daher auch nicht die Zunahme der Güterzertrümmerungen an sich sondern nur die der gewerbsmäßigen, und die Tatsache, daß die von Güterhändlern vorgenommenen weit stärker als die vom Anwesensbesitzer selbst oder vom Darlehnskassenverein der betreffenden Gemeinde durchgeführten gestiegen sind. Unter den vielen Vorwürfen, die den Güterhändlern gemacht werden, ist der schwerwiegendste der, daß sie durch Ausnutzung einer zeitweiligen Notlage des Grundeigentümers und andere oft unlautere Mittel den Einkaufspreis des Bauernhofs zu drücken und andererseits durch Anstachelung des Landhungers der Nachbarn und besonders der kleinen Leute unter ihnen die Verkaufspreise der einzelnen Parzellen hochzutreiben verstehen. Auf solche Weise erzielen sie auf Kosten der Landwirtschaft meist erhebliche Gewinne und steigern, was noch schlimmer ist, zum Schaden der Gesamtheit die Bodenpreise. In dieser Beziehung konstatierte Staatsminister Dr. von Brettreich am 7. Mai 1910 in der Abgeordnetenversammlung, daß nach den eigenen Steuerfassungen der Güterhändler ihr Reingewinn im Jahr 1908-1909 nicht weniger als 6 816 000 Mark betragen habe. In den letzten 12 Jahren hätten die Erträge des gewerbsmäßigen Güterhandels 60 Millionen Mark erreicht. Unter Einrechnung der Spesen, Schmuserlöhne usw. habe er der Landwirtschaft 90 Millionen Mark entzogen. Da im letzten Jahrzehnt rund 200 000 Hektar zertrümmert worden seien, habe die Güterschlächtereieine Verteuerung des Bodens um etwa 450 Mark pro Hektar zur Folge gehabt. Vergleicht man diese ihre Nachteile mit den vorher erwähnten Vorteilen, so muß man dem wohlhabgewogenen Urteil zustimmen, das Genosse Geisler über sie fällt:

»Vergessen die Gegner des gewerbsmäßigen Güterhandels, daß dieser eine wichtige wirtschaftliche Funktion erfüllen kann, so übersehen die Verteidiger der gewerbsmäßigen Güterzertrümmerung, daß diese Funktion nicht notwendig auf diese Art erfüllt werden muß. Der gewerbsmäßige Güterhandel hat Gewinne erzielt, die recht anständige Kapitalien repräsentieren. Diese Gewinne gehen der Landwirtschaft verloren. Der gewerbsmäßige Güterhändler übt eben eine privatkapitalistische,

¹²⁾ Siehe die amtliche Darstellung *Die Güterzertrümmerungen im Jahr 1910-1911 im Landwirtschaftlichen Jahrbuch für Bayern* (München 1911), pag. 888 ff. In noch höherem Maß ergreift die gewerbsmäßige Güterzertrümmerung den großbäuerlichen Besitz. Beispielsweise betrug im Jahr 1905-1906 in Bayern die durchschnittliche Fläche eines landwirtschaftlichen Betriebs 10,64 Hektar, die durchschnittliche Fläche eines zertrümmerten Anwesens aber 15,44 Hektar, eines gewerbsmäßig zertrümmerten sogar 17,19 Hektar.

selbstverständlich auf die Erzielung von Gewinn (und nur darauf) gerichtete Tätigkeit aus, und wenn volkswirtschaftliche Vorteile dabei herauskommen, so ist das unbeabsichtigte Nebenwirkung. Bei der Entscheidung über Art und Weise der Zertrümmerung eines von ihm gekauften Anwesens wird sich der gewerbsmäßige Güterhändler ganz selbstverständlich nicht von Erwägungen gemeinschaftlicher Natur leiten lassen sondern nur von der Erwägung, wie bei dem Geschäft für ihn das meiste herauspringt. . . . Die gewerbsmäßige Güterzertrümmerung erfolgt ja nicht etwa nach Bedarf und Notwendigkeit im Interesse des Verkäufers und der Teilstück- oder Restgutkäufer sondern lediglich im Interesse des Händlers, der durch möglichst billigen Ankauf des Anwesens und möglichst teuren Verkauf zunächst des Viehs und Inventars, sodann der Parzellen und des etwa vorhandenen Waldbestands, endlich des etwa übriggebliebenen Restguts seinen Profit zu machen sucht. . . . Die schädliche Wirkung des gewerbsmäßigen Güterhandels besteht keineswegs nur darin, daß er Millionengewinne aus der Landwirtschaft herauszieht sondern vor allem in der Steigerung des ohnehin vorhandenen Mißverhältnisses zwischen Ertrags- und Verkehrswert des landwirtschaftlichen Besitzes. . . . Die volkswirtschaftlich günstigen unbeabsichtigten Nebenwirkungen des gewerbsmäßigen Güterhandels können das Gesamturteil nicht ändern, weil diese günstigen Wirkungen durch die Bodenverteuerung wieder wettgemacht werden.«

Seit Mitte des vorigen Jahrzehnts breitete sich im bayrischen Volk infolge des Anwachsens der gewerbsmäßigen Güterzertrümmerung immer mehr die Überzeugung aus, daß die bis dahin zu ihrer Einschränkung und Regelung auf dem Gebiet der Gewerbepolizei, des Waldschutzes, der Steuer- und Grundentlastungsgesetzgebung getroffenen Maßnahmen nicht ausreichten, und daß spezielle Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßregeln einschneidender Art nötig geworden seien. Besonders wertvolle Anregungen zu einer Bekämpfung des Güterhandels nicht lediglich auf polizeilichem Weg sondern durch eine aktive Landpolitik des Staats wurden in den Kammerverhandlungen des Jahrs 1908 gegeben. Man verlangte damals die Gründung einer staatlichen Zentralstelle, die unter Ausnutzung der bei Güterzertrümmerungen sich bietenden Bodenerwerbsmöglichkeiten zur planmäßigen Ansiedlung von Arbeitskräften die Bildung kleiner Anwesen von etwa 4 Hektar Fläche in die Hand nehmen sollte.¹³⁾ Im Anschluß an die Kammerverhandlungen empfahl bald darauf der bayrische Landwirtschaftsrat eine Landbank in Form einer Aktiengesellschaft mit Beteiligung des Staats an der Aufbringung des Aktienkapitals und der Verwaltungskosten zu begründen. Sie sollte den Zweck verfolgen dem gewerbsmäßigen Güterhandel durch ihre gemeinnützige Tätigkeit den Boden abzugraben und zugleich auf die Schaffung kleiner Ansiedlungen für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter bedacht zu sein. Die Regierung ging jedoch auf diese Vorschläge nicht ein. Sie beschränkte sich vielmehr in dem Gesetzentwurf, den sie im Frühjahr 1910 den beiden Kammern vorlegte, darauf den Organisationen, die schon bisher dem Güterhändlergewerbe Konkurrenz zu machen versucht hatten, Erleichterungen zu gewähren und ihnen vor allem das Vorkaufsrecht einzuräumen, das heißt das Recht an Stelle des Güterhändlers in den Gutskaufvertrag einzutreten. Gegen den Vorschlag der Regierungsvorlage den Güterhandel lediglich durch Privilegierung der ländlichen Genossenschaften zu bekämpfen wurden von sachkundigen Agrarpolitikern und Genossenschaftsmännern schwerwiegende Bedenken vorgebracht. Sie seien, sagte man, nicht imstande die wirtschaftlich notwendigen Funktionen

¹³⁾ Siehe das stenographische Protokoll der Verhandlungen der bayrischen Abgeordnetenkammer, 1908, 6. Band, pag. 672 ff.

der Güterhändler in ihrem ganzen Umfang zu übernehmen. Sie hätten von 1902-1903 bis 1908-1909 nur 692 Zertrümmerungen, das sind nur 7,9 % der Gesamtzahl mit nur 5,1 % der Parzellierungsfläche ausgeführt, und von diesen wenigen Fällen wäre zudem der größere Teil allein auf den Kreis Schwaben entfallen. Ihre größte Verbreitung hätten sie in den kleinbäuerlichen Kreisen Pfalz und Unterfranken, wo ein Bedürfnis nach Güterzertrümmerung nicht bestehe.¹⁴⁾ Dagegen käme in den von der gewerbsmäßigen Güterschlächtereier besonders heimgesuchten mittel- und großbäuerlichen Kreisen Niederbayern, Oberbayern und Oberpfalz erst auf 3 und 4 Gemeinden ein Darlehnskassenverein. Auch hätten die Raiffeisenkassen das Risiko, das mit dem Ankauf größerer Anwesen zu Aufteilungszwecken untrennbar verbunden sei, bisher mit Recht gescheut, und sich fast ausschließlich auf die Zerschlagung kleiner Anwesen beschränkt, wie folgende Tabelle lehre:

Parzellanten	Von der Gesamtzahl der 1902-1903 bis 1908-1909 zertrümmer- ten Anwesen wurden, prozentual berechnet, aufgeteilt						
	Anwesen der Größenklasse (in Hektar)						
	unter 2	2 bis 5	5 bis 10	10 bis 25	25 bis 50	50 bis 100	über 100
Darlehnskassen- vereine	16,1	13,5	9,8	5,5	3,6	2,0	2,9
Güterhändler	54,0	63,4	71,8	81,3	87,2	89,2	80,0

Endlich lenke das Gütergeschäft die Raiffeisenvereine von ihrer eigentlichen höchst segensreichen Tätigkeit, der Betriebskreditgewährung und dem gemeinsamen Waren- und Produktionsmitteleinkauf, ab, und bringe Gefahren mit sich, die für die unbeschränkt haftenden Mitglieder der Vereine verhängnisvoll werden könnten.¹⁵⁾ Besonders war es der Führer der christlichen Bauernvereine und Hauptorganisator des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Bayern, der Abgeordnete Dr. Heim, der immer wieder betonte, daß die gewerbsmäßigen Güterzertrümmerer durch Zerlegung großer Besitzungen in kleinere eine wirtschaftlich notwendige und gesunde Funktion ausübten, und daß man sie nicht lahm legen sollte, bevor man durch Schaffung einer Landbank für zureichenden Ersatz gesorgt hätte. Auch Genosse Rollwagen als Redner unserer Landtagsfraktion warnte davor die ländlichen Genossenschaften zu Spekulationen zu verleiten, die ihrem Wesen und ihrer Zweckbestimmung widersprächen. Leider verhielt sich die Staatsregierung auch diesen Anregungen gegenüber ablehnend. Sie meinte sehr optimistisch, die Raiffeisenkassen hätten ja den entbehrlichen Zwischenhandel im Kredit- und Warenverkehr ausgeschaltet, und es liege kein Grund vor, weshalb ihnen dies nicht auch auf dem Gebiet des Verkehrs mit Grund und Boden gelingen sollte. Vor allem wollte sie es aus Rücksicht auf die Staatsfinanzen vermeiden für die vorgeschlagene staat-

¹⁴⁾ Siehe von Cetto, *Die Entwicklung der Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens in Bayern* (München 1901), pag. 59.

¹⁵⁾ Besonders eingehend und gut wird dieser Standpunkt von Lehmer (*Die Geschäftstätigkeit der Spar- und Darlehnskassenvereine des Bayerischen Landesverbandes* München 1910), pag. 24 ff.) begründet. Schon vorher war das jetzige Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags Dr. Pfleger, Rechtsanwalt in Weiden (Oberpfalz), in seinem Buch *Die Güterzertrümmerung in Bayern und die Vorschläge zur Bekämpfung des Güterhandels* (München 1904), pag. 94 zu dem Resultat gekommen, »daß die Befassung mit Güterzertrümmerungen eine bedenkliche Ausdehnung des Geschäftsbetriebs der Genossenschaften darstellt, daß aber auch eine noch so weitgehende Privilegierung der Raiffeisenvereine nicht imstande sein wird ohne Schädigung der Interessenten eine wirksame Bekämpfung der Güterzertrümmerung zu ermöglichen«.

liche Auseinandersetzungs- und Besiedelungsbehörde oder die private Landbank mit Staatsbeteiligung finanzielle Aufwendungen machen zu müssen. Infolge dieses Widerstands der Staatsregierung wurde das Güterzertrümmerungsgesetz mit seinen beiden Hauptbestimmungen, dem Vorkaufsrecht der Gemeinden, der örtlichen gemeinnützigen Darlehnskassen und ihrer Zentralen und dem befristeten Rücktrittsrecht des Anwesensverkäufers und der Parzellen- und Restgutkäufer, im Sommer 1910 angenommen.¹⁶⁾

Nachdem das Gesetz nun länger als 2 Jahre in Geltung ist und für die ersten 16 Monate seiner Wirksamkeit auch bereits die Statistik der in diesem Zeitraum stattgefundenen Güterzertrümmerungen vorliegt, kann es nach seinem Erfolg beurteilt werden. Während des Zeitraums vom 27. August 1910, dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes, bis zum 31. Dezember 1911 wurden nur 338 Anwesen mit einer Gesamtfläche von 3943 Hektar durch gewerbsmäßige Güterhändler zertrümmert. Dieser starke Rückgang wäre jedoch, nach der oben entwickelten grundsätzlichen Auffassung, nur dann als Erfolg zu buchen, wenn gleichzeitig die Zahl der von den Grundstückseigentümern oder den gemeinnützigen Genossenschaften durchgeführten Zertrümmerungen entsprechend gestiegen wäre. Das ist aber nicht der Fall. Die Darlehnskassenvereine und deren Zentralen haben in dem ganzen 16monatigen Zeitraum nur 221 Anwesen mit 3183 Hektar Gesamtfläche parzelliert. Das ist gegenüber dem Jahr 1907-1908, in dem auf die Darlehnskassenvereine schon 131 Anwesen mit 1535 Hektar entfielen, nur ein verhältnismäßig geringer Fortschritt. Auch die Anwesensbesitzer selbst haben in den 16 Monaten mit oder ohne Unterstützung durch landwirtschaftliche Genossenschaften nur in 117 Fällen mit 1091 Hektar Gesamtfläche die notwendig gewordene Aufteilung selbst in die Hand genommen.¹⁷⁾ Ein günstiges Resultat weist nur Schwaben auf; in 3 anderen Regierungsbezirken ist die Zahl der gewerbsmäßigen Güterzertrümmerungen mindestens doppelt, in ihrem Haupttummelplatz Niederbayern sogar 3 mal so groß wie die der nichtgewerbsmäßigen. Die Erfahrung hat also denen Recht gegeben, die schon im Vorbereitungs- und Beratungsstadium des Gesetzes gesagt hatten: die ländlichen Darlehnskassenvereine mögen und sollen, wenn ihre finanziellen Verhältnisse geordnete sind, und erfahrene und vorsichtige Männer ihnen für so riskante Geschäfte ihre Dienste widmen, gelegentlich auch im Güterhandel tätig werden, und sie können dabei in volkswirtschaftlicher und sozialer Hinsicht viel Gutes stiften¹⁸⁾; sie sind aber nicht

¹⁶⁾ Darstellungen und Beurteilungen des neuen bayrischen Güterzertrümmerungsrechts geben Schmelze [Die Güterzertrümmerung in Bayern und ihre rechtliche Regelung im Archiv für innere Kolonisation, 1911 pag. 121 ff.] und Gries [Die Güterzertrümmerung in Bayern in der Sozialen Kultur, 1911, pag. 67 ff.]. An Kommentaren sind erschienen: Edler von Braun Das bayrische Gesetz über die Güterzertrümmerung vom 13. August 1910, 2., erweiterte Auflage / München 1911 / und Goldschmit und Gardé Das Gesetz über die Güterzertrümmerung vom 13. August 1910 / München 1911 /.

¹⁷⁾ Dieses Ergebnis scheint die von Schmelze in seinem in Note 10 zitierten Artikel, pag. 101, ausgesprochene Hoffnung, die primär anzustrebende Zertrümmerung durch den Anwesensbesitzer selbst werde im Lauf der Zeit immer mehr die Regel werden, zu enttäuschen. Wer freilich wie ich miterlebt hat, wie die ostdeutsche Güteraufteilung mit der Selbstparzellierung durch den Gutseigentümer einsetzte, dann in den achtziger Jahren in die Hände gewerbsmäßiger Parzellierer überging, um schließlich schon seit einer Reihe von Jahren nahezu Monopol der großen gemeinnützigen Landgesellschaften und der Berliner Landbank zu werden, wird die Hoffnung des fleißigsten und einflussreichsten Schriftstellers über die Güterzertrümmerung in Bayern von vornherein für illusorisch gehalten haben.

¹⁸⁾ Zahlreiche Beispiele erfolgreicher Betätigung mitteleuropäischer Genossenschaften in der Güterzertrümmerung bringt der thüringische Genossenschaftsmann Pfarrer Sell (Stepfershausen) in seinem Buch Güterhandel und Güterzucht / Berlin 1910 /, pag. 82 ff. und 104 ff.

geeignet und berufen im Regelfall als offizielle Güterzertrümmerer aufzutreten und dem dringlichen Bedürfnis nach Verkleinerung des landwirtschaftlichen Betriebs und Besitzes, das seit Beginn des Jahrhunderts in den mittel- und großbäuerlichen Gegenden Bayerns aufgetreten ist, zu einer zweckmäßigen Befriedigung zu verhelfen. Auf Grund eingehender Prüfung der Wirkungen des Gesetzes vom 13. August 1910 und der darauf aufgebauten genossenschaftlichen Zertrümmerungspraxis kommt auch Genosse Geisler zu einem ganz ähnlichen Ergebnis:

»Die ländlichen Genossenschaften handeln ihrer Zweckbestimmung (der Pflege des Personalkredits) direkt entgegen, wenn sie sich auf den Güterhandel im Großen einlassen und ihre Kapitalien darin festlegen, statt sich auf gelegentliches Eingreifen zugunsten ihrer Mitglieder zu beschränken. Bei solchem gelegentlichen Eingreifen sollen und können richtig geleitete Genossenschaften gemeinnützig (das heißt ohne Gewinnabsicht nur im Interesse gefährdeter Besitzer, im Interesse ihrer Mitglieder und im Interesse der Gemeinwirtschaft und Landeskultur) wirken. . . Selbst wenn die Genossenschaften den Güterhandel gemeinnützig in solchem Umfang betreiben wollten (und nach ihrem genossenschaftlichen Zweck betreiben dürften), daß der gewerbsmäßige Güterhandel überflüssig würde, so sind nach Heims Zeugnis aus finanziellen Gründen nicht einmal die größten Verbände dazu imstande, viel weniger die lokalen Vereine. Es würde ein Institut mit außerordentlich großen Geldmitteln dazu gehören.«¹⁰⁾

Wenn nach alledem der Gedanke den gewerbsmäßigen Güterhandel durch Privilegierung der ländlichen Genossenschaften aus dem Feld zu schlagen ein unbezweifelbares Fiasko erlitten hat, wie ist dann das bayrische Güterzertrümmerungsproblem zweckmäßiger zu lösen? Den richtigen Weg weist Genosse Geisler. Es sollte eine Landbank gegründet werden, die die Aufgabe hätte »ohne Gewinn, nur unter Deckung der Unkosten, je nach Lage des einzelnen Falls, Zertrümmerungen zu befördern oder zu verhüten, ferner Großbesitz aufzukaufen und in lebensfähigen und produktionskräftigern Kleinbesitz zu zerschlagen, aber auch zur Verbesserung unrationeller Grundbesitzverteilung durch Beförderung der Zusammenlegung beizutragen und zu weit gehende Besitzersplitterung, die die Bewirtschaftungskosten unnötig steigert, nach Möglichkeit zu verhüten«. In der Tat könnte eine Landbank, wie Genosse Geisler sie vorschlägt, die agrarpolitischen Aufgaben lösen, die meines Erachtens heute in Bayern die allerwichtigsten sind. Sie könnte in einwandfreier Weise landwirtschaftliche Arbeiter auf eigenem Grundbesitz selbsthaft machen, älteren bäuerlichen Dienstboten, um dadurch das Hauptmotiv der Abwanderung des Gesindes vom Land abzuschwächen, zu der ersehnten selbständigen Existenz auf 2 bis 5 Hektar großen Gütchen verhelfen und endlich durch eine derartige Vermehrung des Kleinbesitzes die in der Hauptsache an ihn gebundene Schweinehaltung auch in Südbayern auf das Niveau der rheinpfälzischen und unterfränkischen heben. Sie könnte also die Grundbesitzverteilung, Landarbeitsverfassung und agrikole Produktionsleistung des ausgesprochensten deutschen Agrarstaats ganz wesentlich verbessern. Nur in einer Beziehung weiche ich vom Genossen Geisler ab. Er denkt sich die von ihm vorgeschlagene Landbank als staatliches Institut. Ich habe dagegen das Bedenken, daß eine rein staatliche Behörde, wie wir an der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen gesehen haben, bei Ankauf, Bebauung, Besiedelung und Verkauf von Land aus naheliegenden Gründen recht teuer arbeitet. Ich empfehle deshalb die großen provinziellen Güter-

¹⁰⁾ Siehe Geisler, loc. cit., pag. 135 ff.

aufteilungs- und Besiedelungsinstitute in Ostpreußen, Pommern und Brandenburg zum Muster zu nehmen und in Bayern, am besten in der für diesen Zweck bewährten Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eine gemeinnützige Landgesellschaft zu errichten, an der der Staat, die 7 rechtsrheinischen Kreise, die Distrikte und die beiden Zentralen der landwirtschaftlichen Genossenschaften des Königreichs (die *Bayrische Zentraldarlehnskasse* in München und die *Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft des Bayrischen Bauernvereins für Einkauf und Verkauf* in Regensburg) zu beteiligen wären. Es müßte auch versucht werden, nach dem Vorbild der brandenburgischen Landgesellschaft *Eigene Scholle*, die Mitgliedschaft der Städte zu gewinnen, da diese an der Milderung der Landflucht durch dichtere Besiedelung des platten Landes und an der Steigerung seiner Produktion, zumal seiner heute in Südbayern noch recht geringen Schweinehaltung, sehr interessiert sind.

Die Güterzertrümmerung und ihre gesetzliche Regelung ist ein Problem, das nicht nur Bayern sondern ganz Süd-, West- und Mitteldeutschland angeht. Außer Bayern haben in den letzten 4 Jahren auch die Herzogtümer Koburg und Gotha und die Fürstentümer Reuß jüngere Linie, Waldeck und Schwarzburg-Sondershausen sich Gesetze zur Bekämpfung der gewerbsmäßigen Güterzerstückelung gegeben, und andere süd- und mitteldeutsche Einzelstaaten werden ihnen sicherlich folgen. Hat doch in Württemberg kürzlich die landwirtschaftliche Interessenvertretung bei der Staatsregierung beantragt die württembergische Güterzertrümmerungsgesetzgebung nach dem Muster der bayrischen umzugestalten. Auch der preußische Landtag wird sich in seiner nächsten Session mit einem schon seit langem angekündigten Parzellierungsgesetz zu beschäftigen haben. Auf diesem nicht unschwierigen Teilgebiet der Bodenpolitik wird die Schrift des Genossen Geisler unseren Landtagsabgeordneten und unseren agrarpolitisch oder landagitorisch tätigen Genossen auch außerhalb Bayerns ein guter Führer sein können. Aber über diese nächsten Interessenten hinaus kann sie allen Parteigenossen zur Lektüre empfohlen werden, da sie in einem realistischen, auf das Tatsächliche und die zurzeit bestmöglichen Reformen eingestellten Geist geschrieben ist und deshalb gegenüber der besonders in Preußen noch parteiüblichen Erörterung agrarischer Fragen einen Fortschritt darstellt. Dieser realistische Geist Geislers zeigt sich beispielsweise in seiner Bekämpfung nur der agrarischen »Überschutzzölle« und noch mehr in seiner Stellungnahme zur Abschaffung des Privateigentums am landwirtschaftlich genutzten Grund und Boden. Während nämlich Genosse Kaspar Schmidt dieses Ereignis für so nahe bevorstehend zu halten scheint, daß er die Zerschlagung von Großgütern zu Zwecken der innern Kolonisation nur dann billigen will, wenn einwandfrei festgestellt wäre, daß auch nach Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden die Produktivität der Großbetriebe hinter der der Kleinbetriebe zurückstehen müsse,²⁹⁾ macht Genosse Geisler die von ihm der bayrischen Landbank als Aufgabe gestellte Zerschlagung von Großbesitz in produktionskräftigern Kleinbesitz keineswegs von diesem nicht leicht zu erbringenden Nachweis abhängig. Er tritt überhaupt nirgends für die Abschaffung des Privat-

²⁹⁾ Siehe Schmidt, loc. cit., pag. 107.

eigentums am landwirtschaftlich genutzten Grund und Boden ein und scheint sie demnach in einem Land, in dem nach parteioffizieller Feststellung neun Zehntel aller Landwirte der Klasse der Selbstwirtschaftler, das heißt denen zuzuzählen sind, die ihre Güter durch ihre und ihrer Familienangehörigen eigene Arbeit bewirtschaften,²¹⁾ für eine *cura posterior* zu halten.

Der sozialistische Agrarreformismus, der in der bayrischen Sozialdemokratie zu praktisch-politischem Ausdruck gelangt, bedeutet einen erheblichen Fortschritt und eine beginnende Befreiung von traditionellen Hemmnissen unserer Politik überhaupt. Die tatsächliche Entwicklung wird dafür sorgen, daß er auch bald seinen Einzug in Preußen hält.

XX
**RUDOLF WISELL · ARBEITERVERSICHERUNG
 UND ARMENPFLEGE**

MAN sollte meinen, im Deutschen Reich brauche niemand Hungers zu sterben. »Jedem hilfsbedürftigen Deutschen ist von dem zu seiner Unterstützung verpflichteten Armenverband Obdach, der unentbehrliche Lebensunterhalt, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und im Falle seines Ablebens ein angemessenes Begräbnis zu gewähren«, heißt es in § 1 des preußischen Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetz.

Deutschland besitzt aber keine einheitliche Armengesetzgebung. Die Organisation der Armenpflege ist durch das Unterstützungswohnsitzgesetz vom 6. Juni 1871, in der Fassung vom 30. Mai 1908 geregelt. Es bestimmt, daß die öffentliche Unterstützung hilfsbedürftiger Deutscher durch Ortsarmenverbände und Landarmenverbände geübt wird. Die Ortsarmenverbände können aus einer oder mehreren Gemeinden oder nur aus einem oder mehreren selbständigen Gutsbezirken respektive aus Gemeinden und Gutsbezirken gebildet werden. Sie gelten als Unterstützungswohnsitz für alle Hilfsbedürftigen, die durch Geburt, 1 jährigen Aufenthalt oder Verehelichung innerhalb seiner Grenzen dort Unterstützungsberechtigung erworben haben. Kommt kein Ortsarmenverband für die Unterstützung eines Hilfsbedürftigen in Betracht (Landarme), so liegt die Unterstützungspflicht den Landarmenverbänden ob. Als solche fungieren die einzelnen Bundesstaaten oder bestimmt abgegrenzte besondere Landarmenverbände.

Das Maß der Fürsorge ist der einzelstaatlichen Gesetzgebung überlassen und deshalb nicht nur in den einzelnen Bundesstaaten sondern auch in verschiedenen Gebietsteilen des gleichen Bundesstaats ein anderes. Einen Anspruch auf Unterstützung kann der Arme nämlich gegen einen Armenverband nicht im Rechtsweg sondern nur bei der Verwaltungsbehörde geltend machen. In Preußen zum Beispiel unterliegen Beschwerden gegen Verfügungen von Ortsarmenverbänden über das Maß der Fürsorge der endgültigen Beschlussfassung des Kreis Ausschusses, ist eine Stadt von mehr als 10 000 Einwohnern an dem Armenverband beteiligt, der des Bezirks Ausschusses. Je nach dem sozialen Verständnis und dem Willen des einzelnen Orts- oder Landarmenverbandes wird also das Maß der Fürsorge enger oder weiter gefaßt sein.

²¹⁾ Siehe das vom Landesvorstand der bayrischen Sozialdemokratie herausgegebene Handbuch für Landtagswahlen, *Die Sozialdemokratie im bayrischen Landtag 1905 bis 1907 / Ludwigshafen 1907*, pag. 61.

In Preußen machen es zum Beispiel die geltenden Ausführungsbestimmungen den Verwaltungsbehörden zur Pflicht in der Armenunterstützung nicht über das Notdürftigste hinauszugehen. Die Ausführungsbestimmungen für beide Mecklenburg schreiben vor, daß arbeitsfähigen Personen im Fall der Obdachlosigkeit nur ein Obdach, nicht aber eine eigene Wohnung für sich oder ihre Familie gewährt werden muß. Für das Armengesetz gilt auch nicht das alte Wort *Armut schändet nicht*. Hier schändet Armut, hier beraubt sie den Unterstützten der wirtschaftlichen Freiheit, nimmt ihm das Recht seinen Aufenthalt selbst zu bestimmen, das Recht der Teilnahme an öffentlichen Wahlen im Reich, im Staat, in den Gemeinden, in der Kirche. Der Arme kann nicht zum Schöffen und Geschworenen, nicht zum Beisitzer am Gewerbe- oder Kaufmannsgericht berufen werden. Ja, nach dem herrschenden Armenrecht kann ein Deutscher sogar der staatsbürgerlichen Rechte verlustig gehen, weil ein anderer, für den ihm keinerlei Unterhaltspflicht obliegt, Armenunterstützung bezogen hat.¹⁾ Das Reichsgesetz über die Einwirkung von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte vom 15. März 1909 brachte eine kleine Besserung dieser schweren Schäden. Es bestimmt, daß als Armenunterstützung, soweit damit der Verlust von öffentlichen Rechten verknüpft ist, nicht gelten sollen: Krankenunterstützung, die einem Angehörigen gewährt wird, wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf, weiter sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, und endlich Unterstützungen, die zurückerstattet sind. Diese Bestimmungen beziehen sich aber nur auf den Geltungsbereich des Reichsgesetzes. Dem am 17. Februar 1909 in einer Resolution ausgesprochenen Wunsch des Reichstags sie auch in den einzelnen Bundesstaaten zur Geltung zu bringen wurde in Preußen zum Beispiel keinerlei Rechnung getragen.

Die öffentlichen Armenlasten erhöhten sich naturgemäß sehr erheblich mit der gesamten modernen Wirtschaftsentwicklung. Diese zog immer größere Massen von Menschen in den Dienst der Gütererzeugung, verwandte in immer höherem Maß elementare Kräfte und steigerte damit fortdauernd die Gefahren, die dem einzelnen aus seiner Arbeitstätigkeit erwachsen. In gleicher Richtung wirkt noch ein anderes Moment. Die kapitalistische Gesellschaft baut sich auf einem Heer von Besitzlosen auf; der einzelne Arbeiter verfügt über nichts als seine persönliche Arbeitskraft, die ihm die Mittel zu seinem Lebensunterhalt liefern muß. Nimmt diese Arbeitskraft ab, liegt sie aus irgendeinem Grund brach, so mangelt es dem Arbeiter sofort an Existenzmitteln. Nur zu oft muß dann sofort die Armenpflege in Anspruch genommen werden. Nun bestand diese Unsicherheit der Existenz freilich jederzeit für alle die, die ihre Arbeitskraft an andere verkaufen mußten; immer konnten sie durch Krankheit, Altersschwäche, Invalidität oder dergleichen gehindert werden den Unterhalt für sich und ihre Familie zu erwerben. Aber früher war es doch leichter sich in solchen Fällen durchzuhelfen. Zwischen dem Meister und seinen Gesellen herrschten engere persönliche

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Armenunterstützung und öffentliche Rechte* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 3. Band, pag. 1654 ff.

Beziehungen. Der Arbeitgeber fühlte sich dadurch eher verpflichtet in Tagen der Krankheit für den Arbeitsunfähigen einzutreten. Oder die arbeitenden Gesellen halfen durch ihre Gesellenkassen dem erkrankten Arbeitsgenossen. Als aber die moderne wirtschaftliche Entwicklung das kleingewerbliche Wirtschaftsleben vollkommen umgestaltete, immer weitere Kreise in den Dienst der im Großen betriebenen Gütererzeugung zog und damit zugleich die persönlichen Beziehungen des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer immer stärker lockerte, schwanden auch die Möglichkeiten der Lebenserhaltung in Zeiten der Not für den Arbeiter mehr und mehr. Nun blieb für die große Zahl der Besitzlosen, die aller Mittel bar waren, sobald sie aus irgendwelchen Gründen arbeitsunfähig wurden, oft nur die Hilfe der Armenpflege. Damit wuchsen die Lasten der Armenpflege außerordentlich. Da viele Gemeinden die hohen Ausgaben bald nicht zu tragen vermochten, mußte man auf Abhilfe sinnen. So wurde der Wunsch die Armenkosten zu vermindern mit zu einem ausschlaggebenden Motiv zum Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Das Haftpflichtgesetz hatte eine genügende Sicherstellung der Arbeiter nicht bewirken können. Andererseits wünschte man aus politischen Gründen den durch den Erlaß des Sozialistengesetzes erbitterten Arbeitern zu beweisen, daß der Staat ihre Interessen berücksichtigen und Abhilfe für ihre Notlage schaffen wolle. Die Armenlasten mußten verringert werden: Allen diesen Bedürfnissen zugleich sollte die Arbeiterversicherungsgesetzgebung dienen.

In der Rede, die Bismarck am 28. Mai 1881 im Reichstag hielt, kommt besonders dieses letzte Motiv deutlich zum Ausdruck. Bismarck sagte da: »Mir schwebt das Ziel vor den Gemeinden einen großen Teil ihrer Armenlasten dadurch abzunehmen, daß mit staatlicher Unterstützung eine Alters- und Invalidenversorgungsanstalt im ganzen Reich eingerichtet wird wie jetzt die Unfallversicherung. . . . Nun glaube ich, daß die Gemeinden, und besonders die mit Armen vorzugsweise belasteten, . . . eine erhebliche Erleichterung ohne direkten baren Zuschuß dadurch haben werden, wenn ihnen alle diejenigen auf natürlichem Wege durch Invalidität oder Alter unterstützungsbedürftig werdenden durch eine vom Staat zu errichtende Versicherungsanstalt abgenommen werden.«

Noch markanter ist die Bismarcksche Rede vom 2. April 1901 bei der 1. Lesung des ersten Unfallversicherungsgesetzesentwurfs:

»Das beruht eben auf der Genesis des Gesetzes, daß es so gekommen ist. Es stand ursprünglich im ersten Entwurf, daß ein Drittel der Beiträge von den Ortsarmenverbänden geleistet werden sollte, denen im Falle der Invalidität des Arbeiters seine Ernährung aus dem Gesichtspunkt der vom Staate auferlegten Armenpflege zur Last fallen würde, und es ist kein Grund diesen Gemeinden respektive der gesamten Armenpflege, denen bisher die 80 % der vom Haftpflichtgesetz nicht betroffenen Verunglückten zur Last fallen, einfach ein Geschenk damit zu machen. . . . Wie erheblich die Lasten sind, die unter Umständen dem *Gemeindekommunismus* in Gestalt der Armenpflege abgenommen werden und auf den Staatskommunismus in dieser Gestalt übergehen würden, darauf wirft eine vereinzelte Tatsache einen Lichtblick. Es hat mir nicht gelingen wollen die Zahl der überhaupt in Armenunterstützung sich befindenden Personen im Reich oder in der Monarchie zu ermitteln, noch weniger den Betrag, der dafür verwendet wird. . . . Nur von den 170 Städten über 10 000 Einwohner steht fest, daß dieselben für ihre Armenpflege im Durchschnitt einen Aufwand von 4 Mark pro Kopf machen. Es wechselt dieser Aufwand zwischen 0,63 Mark und 12,84 Mark, ist also sehr verschieden. Am allerauffallendsten ist das Ergebnis aber da, wo die Mehrzahl der arbeitenden Klassen sich in Knappschaften und ähnlichen Verbänden befinden. Man sollte glauben, daß stark bevölkerte Fabrikorte wie Oberneuenkirchen und Duttweiler in dieser Berechnung einen außerordentlich starken Appoint haben müßten. . .

Namentlich aber an diesen Orten, wo die Tatsache vorliegt, daß die meisten den Arbeiterknappschaften und dergleichen Verbänden angehören, wo sich vorwiegend dichte Fabrikbevölkerung befindet, ist die auffallende Tatsache zu verzeichnen, daß Oberneuenkirchen nur 58 Pfennige pro Kopf Armenlast hat, wenig über eine halbe Mark, und Duttweiler 72 Pfennige. Das sind Beispiele, die recht schlagend beweisen, welche Last unter Umständen, wenn man das Knappschaftssystem oder etwas Ähnliches in Anwendung brächte, . . . daß die Gemeindearmenlasten in Duttweiler und Oberneuenkirchen, die sonst, wenn auch nicht über dem Durchschnitt, wenn sie sich auch nicht auf die Berliner Höhe erheben würden, doch wohl 5 Mark pro Kopf betragen könnten, daß die unter 1 Mark, beinahe bis auf $\frac{1}{2}$ Mark heruntergehen. Welche gewaltige Last in einer Stadt von 10 000 Einwohnern wird mit einem solchen Gesetz dem Armenverbände abgenommen.«

In den Motiven des Krankenversicherungsgesetzentwurfs heißt es noch deutlicher:

»Eine Revision der Krankenversicherung . . . erscheint aber auch . . . im Interesse einer . . . Erleichterung der öffentlichen Armenlast dringend geboten und kaum minder wichtig als die Regelung der Unfallversicherung. Die Verarmung zahlreicher Arbeiterfamilien hat ihren Grund darin, daß sie in Zeiten der Krankheit ihrer Ernährer eine ausreichende Unterstützung nicht erhalten. Sind diese, weil gegen Krankheit nicht versichert, lediglich auf die öffentliche Armenpflege angewiesen, so erhalten sie eine Unterstützung in der Regel erst dann, wenn alles, was sie an Ersparnissen, an häuslicher Einrichtung, Arbeitsgerät und Kleidungsstücken besitzen, für die Krankenpflege und den notdürftigsten Unterhalt der Familie geopfert ist. Und selbst dann, wenn die öffentliche Armenpflege mit ihrer Hilfe früher eintritt, oder der Erkrankte einer Krankenkasse angehört, ist die Unterstützung meistens so ungenügend, daß sie eine ausreichende Pflege des Kranken nicht ermöglicht und den Ruin seiner Wirtschaft nicht zu verhindern vermag. Bei vielen Arbeitern ist daher eine ernstliche Krankheit die Quelle einer Minderung der Erwerbsfähigkeit, wenn nicht völliger Erwerbsunfähigkeit für die ganze Lebenszeit. . . . Eine durch Krankheit und namentlich durch wiederholte Krankheit heruntergekommene Arbeiterfamilie gelangt . . . nur selten wieder zu geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Zahl der Arbeiterfamilien sowie der Witwen und Waisen, welche der Not und der öffentlichen Armenpflege dauernd anheimfallen, weil ihre Wirtschaft durch mangelhafte Unterstützung in Krankheitszeiten zerrüttet oder ihr Ernährer infolge mangelhafter Pflege erwerbsunfähig geworden oder gestorben ist, dürfte größer sein als die Zahl derjenigen, welche durch die Folgen von Unfällen bedürftig werden.«

Genau so wie hier bei der Unfallversicherung die Rücksicht auf die Verminderung der Armenlasten eine nicht unwesentliche Rolle spielte so auch in der Begründung der Invalidenversicherung. In der Begründung des ersten Entwurfes der Regierung, der 1888 an den Reichstag kam, ist zu lesen:

»Die Einführung der obligatorischen Alters- und Invalidenversicherung muß nämlich notwendig zugleich auf das gesamte bisherige System der Armenpflege zurückwirken. Nicht als ob diese Rückwirkung auf die eigentliche Armenpflege der eigentliche Zweck der Vorlage wäre. Dieser Zweck ist vielmehr ausschließlich sozialpolitischer Natur. Die Gewährung eines rechtlich erzwingbaren, vermöge eigener Leistungen wohlverworbenen Anspruchs auf Alters- und Invalidenfürsorge reicht weit über das Gebiet der Armenpflege hinaus. Aber die Alters- und Invalidenversicherung wird in zahlreichen Fällen den bisherigen Notbehelf der Armenunterstützung überflüssig machen. Und mehr als das; sie wird nicht nur dem Eintritt von Armenfällen im bisherigen Sinne steuern, sondern sie wird auch die drückende Last, welche aus dem Notbehelf der Armenpflege für den Träger der letzteren erwachsen ist, in anderer, und zwar gerechter Weise verteilen, indem sie große leistungsfähige Verbände unter Heranziehung der eigenen Leistungen der Versicherten mit der Aufgabe betraut, die Mittel aufzubringen, um in zahlreichen Fällen an Stelle der bisher zu gewährenden Armenunterstützung einen Rechtsanspruch auf ein bestimmtes Einkommen zu setzen.«

In den späteren Vorlagen der Regierung tritt die Rücksicht auf das Armen-

wesen nicht mehr so klar hervor. Daß aber das Motiv einer Herabsetzung der Armenlasten immer noch eine Rolle spielt, ergibt sich zum Beispiel wieder aus der Begründung der Regierung zur Hinterbliebenenversicherung. Sie sagt da:

»Allerdings ist auch der Gedanke erwogen, ob nicht etwa wegen des voraussichtlichen Sinkens der Armenlasten nach Einführung der Hinterbliebenenversicherung die Gemeinden zur Deckung der Kosten heranzuziehen wären. Zwar stehen allgemeine, Geschlecht, Alter und Familienstand der Unterstützten sowie die Kosten der Armenpflege im Reich umfassende statistische Erhebungen nicht zur Verfügung. Indessen ergibt sich aus den berufsstatistischen Erhebungen, daß unter den von Unterstützung Lebenden sowie unter den Insassen von Armen- und Invalidenhäusern usw. die weiblichen und unter diesen wieder die Witwen überwiegen. Es ist deshalb nicht zweifelhaft, daß der Armenpflege aus der Unterstützung der Witwen und Waisen zurzeit große Opfer erwachsen, und daß sie durch die Hinterbliebenenversicherung nicht unwesentlich entlastet werden wird. Die Heranziehung der Gemeinden ließe sich hiernach rechtfertigen.«

Daß nun in der Tat durch die, wenn auch an sich sehr geringen und ungenügenden Leistungen der Hinterbliebenenversicherung eine weitere Abnahme der Armenlasten erfolgen wird, kann nicht bezweifelt werden. Die Weigerung der Regierung die Hinterbliebenenrente schon vom 1. Januar 1910 ab zu gewähren, wie es ursprünglich beabsichtigt war, stützte sich ausschließlich auf die finanzielle Belastung, die dadurch dem Reich erwüchse. Wenigstens ein Teil der Mittel, die das Reich für die Hinterbliebenenversicherung aufzuwenden hat, stellt sich aber jedenfalls wiederum als eine Verminderung der Armenlasten dar. Die Begründung jedes einzelnen Zweiges der Arbeiterversicherung sagte also immer das selbe: Man betrachtete es als eine selbstverständliche Folge der Versicherungsgesetzgebung, daß sie eine Verminderung der Armenlasten mit sich brächte.

Wie steht es nun in der Tat mit dieser Entlastung?

In einer 1911 veröffentlichten Arbeit des früheren Senatsvorsitzenden im Reichsversicherungsamt Dr. Ferd. Friedensburg wird die Ansicht vertreten, hier sei »wiederum eine der Segnungen der Arbeiterversicherung zu verzeichnen, die nicht eingetroffen sind.«²⁾ Wir besitzen keine allgemeine Statistik des Armenwesens in Deutschland. Will man Vergleiche anstellen, so muß man die Erfahrungen in den einzelnen Städten heranziehen, auf die Bismarck hinwies, oder sich auf die Reichserhebung über die öffentliche Armenpflege vom Jahr 1885 stützen.

Nach den Angaben Bismarcks betragen die Kosten der Armenpflege in den 170 preußischen Städten über 10 000 Einwohner pro Kopf 4 Mark. Damit stimmt auch das Ergebnis der Erhebung von 1885 überein. Eine dort nach der Einwohnerzahl geordnete Zusammenstellung der Stadtkreise ergibt die folgenden Resultate: Die Ausgaben der Armenverbände stellten sich auf 100 Einwohner: in den Städten, die zugleich Orts- und Landarmenverbände bilden (Berlin, Breslau, Königsberg) auf 4,88 Mark, in den Städten über 100 000 Einwohner auf 4,05, von 50 000 bis 100 000 Einwohnern auf 3,29, von 20 000 bis 50 000 Einwohnern auf 2,82 und von unter 20 000 Einwohner auf 3,16 Mark, im Durchschnitt also auf 4,03 Mark. Daß innerhalb der einzelnen Gruppen ganz erhebliche Unterschiede bestanden, bedarf wohl kaum der Er-

²⁾ Siehe Friedensburg *Die Praxis der deutschen Arbeiterversicherung* / Berlin 1911 /, pag. 43.

währung. So betragen die Ausgaben in Charlottenburg nur 1,75 Mark gegen den Durchschnitt von 2,82 Mark der Ausgaben der Stadtkreise von der Größenklasse Charlottenburgs. Die Gesamtausgaben der Armenverbande im Geltungsgebiet des Unterstutzungswohnsitzgesetzes (Deutschland ausschließlich Bayern und Elsaß-Lothringen) stellten sich 1885 auf 77 908 109 Mark. Die Ursache der Unterstützungsbedürftigkeit ersieht man aus folgender Zusammenstellung:

Ursache	An Zahl der Unterstützten (in %) in den Bezirken der	
	Ortsarmenverbande	Landarmenverbände
Eigene Verletzung	2,1	1,8
Verletzung des Ernährers	durch Unfall 0,2	0,1
Tod des Ernährers	0,9	0,7
Tod des Ernährers	17,7	9,3
Krankheit des Unterstützten oder in dessen Familie	nicht durch Unfall 28,5	26,2
Korpeliche oder geistige Gebrechen	11,6	37,2
Altersschwäche	15,2	5,9
Große Kinderzahl	7,1	5,6
Arbeitslosigkeit	5,5	3,2
Trunksucht	2,1	1,3
Arbeitsscheu	1,2	1,6
Andere bestimmt angegebene Ursachen	7,8	7,1
Nicht angegebene Ursachen	0,1	0,0

Seit dieser Reichserhebung hat nur im Jahr 1894 eine Sammlung des vorhandenen Materials über die Einwirkung der Versicherungsgesetze auf die Armenpflege stattgefunden, auf die ich noch weiter eingehen werde. Dagegen liegt noch in den Berichten der Armenverwaltungen der einzelnen Städte recht instruktives Material zur Beurteilung der Frage vor, ob sich die Armenlasten im allgemeinen erhöht haben oder nicht. Der Raum gestattet es nicht diese Übersichten hier wiederzugeben. Auch ist ein Vergleichen der Zahlen der verschiedenen Städte unter einander nicht möglich; denn wahrscheinlich sind nicht überall die gleichen Ausgaben in den einzelnen Rubriken zusammengefaßt. Das aber ist auch nicht erforderlich. Die Übersichten zeigen jedenfalls ganz deutlich, daß die Armenlasten zwar in den verschiedenen Städten eine verschiedene Entwicklung genommen haben, aber im allgemeinen im Lauf der Jahre ganz unverkennbar eine steigende Tendenz zeigten, statt, wie nach obigen Darlegungen erwartet werden mußte, eine Verminderung zu erfahren. Und das trotz der sehr erheblichen Ausgaben der Arbeiterversicherung, die wie folgt stiegen:

Jahr	Ausgaben auf dem Gebiet der			
	Unfallversicherung	Krankenversicherung	Invalidentversicherung	insgesamt
1885	20 010	47 400 100	—	47 420 110
1890	20 351 416	84 040 000	—	104 391 416
1895	50 442 137	104 822 400	42 680 675	197 945 212
1900	87 351 560	157 865 200	92 729 264	327 946 024
1905	136 147 717	232 243 900	158 220 011	526 611 628
1910	163 326 820	320 020 827	196 825 502	680 173 149

Nun wäre es freilich möglich, daß bei einer allgemeinen Erhebung über die Armenlasten im ganzen Reich dennoch der Beweis für deren Verminderung durch die Versicherungsgesetzgebung erbracht werden könnte. In der Armenstatistik der einzelnen Städte ist eben der Umstand zu berücksichtigen, daß die ärmeren Schichten mehr zum Wachstum der Städte beitragen als die wohlhabenderen. Indessen sind überhaupt die statistischen Zahlen allein durchaus nicht maßgebend für die Beurteilung der ganzen Frage. Denn in der Höhe der Armenlasten kommen noch zahlreiche andere Momente mit zum Ausdruck. Zunächst die relative Zunahme der ärmeren Klassen auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Ferner die Verfeinerung des sozialen Gewissens, die gerade in den Städten unverkennbar zu einer mildern Handhabung der Armenpflege geführt hat und *last not least* die erhebliche Verteuerung der Lebensbedürfnisse, die notwendig auch ein Anwachsen der Armenlasten mit sich bringen mußte. Das *Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin* vom Jahre 1910 äußert sich darüber wie folgt:

»Der fast fortwährenden Steigerung der Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse ist auch die Armenverwaltung durch die höhere Bemessung der Almosensätze gefolgt; während vor 10 Jahren der Anteil der Almosen von mehr als 18 Mark nur 16,87 % betrug, ist er 1907 auf 38,91 % gestiegen.«³⁾

Ebenso weist der Verwaltungsbericht der Stadt Charlottenburg für das Jahr 1910 auf die notwendige Steigerung der Armenlasten durch die Erhöhung der Kosten der Lebensbedürfnisse hin.

»Dabei muß aber darauf hingewiesen werden, daß sowohl die Mietspreise für kleine Wohnungen . . . wie die Ausgaben für notwendige Lebensbedürfnisse überhaupt in Charlottenburg eine Höhe erreicht haben wie kaum in einer Großstadt, so daß, wie schon in früheren Berichten betont, von der Verwaltung mehr als anderwärts aufgewendet werden muß, ohne daß doch die Armen dadurch etwas mehr erhalten. Hinzu kommt, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse mindestens im letzten Drittel des Jahres gegen das Vorjahr nicht unwesentlich verschlechtert haben, da eine erhöhte Arbeitslosigkeit festzustellen war, die allein und in Verbindung mit anderen Ursachen die Armenverwaltung zu wesentlich erhöhten Aufwendungen nötigte. So erklärt es sich, daß die Zahl der Unterstützungs-gesuche in der Armen- und Waisenpflege, die im Jahr 1907 bei einer Bevölkerung von 257 400 erst 9027 betragen hatte und im vorigen Jahr auf 13 894 angewachsen war, im Jahr 1910 noch weiter bis auf 14 593 gestiegen ist.«⁴⁾

Dazu kommt noch ein anderes. Infolge der allgemeinen Hebung des Volkswohlstands sind die Lebensansprüche in allen Bevölkerungsschichten gewachsen. Das allgemeine Existenzminimum hat sich überall erhöht. Diesem Umstand tragen aber auch die Armenverwaltungen Rechnung. Sieht man sich die hier folgenden Ausschußsätze der einzelnen Stadtverwaltungen⁵⁾ an, so ist bei allen Mängeln, die in bestimmten Orten noch bestehen, doch deutlich erkennbar, daß nicht nur die höheren Kosten des Lebensunterhalts berücksichtigt worden sind sondern auch ein anderer Maßstab für das zum Leben Notwendige angelegt ist.

³⁾ Siehe das *Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin*, 31. Jahrgang / Berlin 1910 /, pag. 141.

⁴⁾ Siehe den *Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Charlottenburg für das Verwaltungsjahr 1910* / Charlottenburg 1911 /, pag. 174.

⁵⁾ Siehe das *Statistische Jahrbuch deutscher Städte*, 17. Jahrgang / Berlin 1910 /, pag. 685. Die Ausschußsätze stellen das Einkommen dar, das zum notdürftigsten Unterhalt einer Person respektive einer Familie (nach Zahl und Alter der Kinder) als erforderlich erachtet wird. Wenn dieses Einkommen nur zum Teil vorhanden ist, kann eine ergänzende Unterstützung bis zur Höhe der Sätze, und wenn kein Einkommen vorhanden ist, eine Unterstützung nach dem Maßstab dieser Sätze gewährt werden.

Stadt ^{a)}	Monatliches Gesamteinkommen (in Mark)							insgesamt
	für 1 allein- stehende Person		für eine Familie und zwar für					
	Mann	Frau	Mann	Frau	das 1. Kind	das 2. Kind	das 3. Kind	
Hamburg	22,00	20,00	25,00		—	—	—	36
Posen	12	bis 14	12 bis 14	9 bis 10	für jedes Kind			33 bis 42
Krefeld	13,00	13,00	21,67		6,07	6,07	6,07	39,87
Potsdam	15,17	15,17	13,00	10,83	7,80	6,93	4,77	43,33
Darmstadt	19,50	15,17	19,50	8,67	6,50	5,63	4,33	44,63
Remscheid	15,17	15,17	15,17	10,83	6,93	6,07	6,07	45,07
Düsseldorf	15,17	15,17	15,17	10,83	6,50	6,50	6,50	45,50
Kassel	17,33	17,33	15,17	13,00	6,93	6,07	4,33	45,50
Braunschweig	12,00	12,00	12,00	6,00	6,00	8,00	12,00	46,00
Mülheim (Ruhr)	17,33	17,33	15,17	10,83	6,93	6,93	6,93	46,25
Mülheim (Rhein)	19,50	19,50	16,25	11,58	6,93	6,07	5,42	46,80
München-Gladbach	17,33	17,33	15,17	10,83	6,93	6,93	6,93	46,80
Köln	20,00	20,00	20,00	9,00	6,00	6,00	6,00	47,00
Mannheim	20,00	20,00	20,00	9,00	6,00	6,00	6,00	47,00
Essen	22,00	22,00	18,00	11,00	6,90	6,00	6,00	47,90
Kiel	20,00	20,00		30,00	6,00	6,00	6,00	48,00
Bonn	20,00	20,00		30,00	6,00	6,00	6,00	48,00
Flensburg	19,50	19,50		30,33	6,50	6,50	6,50	49,83
Frankfurt (Main)	34,67	34,67		43,33	4,33	4,33	4,33	56,33
Dortmund	23,83	21,67		36,83	8,67	7,80	6,50	59,80
Mainz	26,00	21,67	26,00	10,83	8,67	7,80	6,93	60,23
Leipzig	24,27	24,27	21,67	15,17	8,67	8,67	8,67	62,84
Wiesbaden	21,67	21,67	21,67	15,17	8,67	8,67	8,67	62,84
Offenbach	30,33	30,33	30,33	13,00	6,50	6,50	6,50	62,84
Straßburg (Elsaß)	37,50	33,50		50,00	—	—	—	65,00

Diese Verbesserungen in der Praxis des Armenrechts sind nun namentlich in den rückständigsten Gegenden nicht zu geringstem Maß der Arbeiterversicherung zu danken. Bezieht in einer Gemeinde ein Armer zum Beispiel Invalidenrente, ein anderer nicht, so paßt dieser seine Existenzansprüche unwillkürlich denen des ersteren an und läßt sich nicht mehr mit den alten Hunger Groschen abspesen. Und die Armenverwaltung trägt diesen erhöhten Bedürfnissen Rechnung. Mit den Ausschlußsätzen zugleich erweitert sich wiederum der Kreis der Unterstützten. Träten zum Beispiel in Hamburg die Ausschlußsätze Straßburgs in Geltung, so hätte die Stadt sofort eine sehr viel größere Anzahl von Menschen in die Armenpflege einzubeziehen. In diesem Sinn hat also die Arbeiterversicherung umgekehrt auch erhöhend auf die Armenlasten eingewirkt. Den gleichen Einfluß, dessen wir uns gewiß nur freuen können, hat sie noch in anderer Hinsicht geübt. Die Krankenversicherung hat die Arbeiterschaft zu einer weit stärkern Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung erzogen; die öffentliche Gesundheitspflege ruht heute geradezu auf der Krankenversicherungsgesetzgebung. Auch hier mußte sich wiederum ein Einfluß auf die Armenverwaltungen und die allgemeine Gesundheitspflege in den Gemeinden geltend machen. Sie erstrecken jetzt ihre Fürsorge immer mehr auch auf schwächliche und kranke Kinder und auf die Pflege der Alten und Siechen. Dazu kommt, daß durch die bessere Verpflegung in den Armenhäusern das Leben der Armen sich verlängert.

^{a)} Die Gruppierung der Städte habe ich nach der Höhe des angenommenen Bedarfs für eine 5köpfige Familie vorgenommen.

In direkter oder indirekter Beziehung zur Versicherungsgesetzgebung stehen andere Erweiterungen des Aufgabenkreises der Armenpflege. Die Altersgrenze für die Versorgung durch die Armenpflege ist hinuntergerückt worden; die unheilbar Erkrankten werden außerhalb der Familie verpflegt, ebenso nimmt man sich der nicht gemeingefährlichen Geisteskranken, der Idioten usw. an, die früher nur zu oft auf die traurigste Art in der Familie herumgestoßen wurden. Nach dieser Seite hat übrigens die Aufhebung der gesetzlichen Unterhaltungspflicht für Geschwister ebenfalls günstig eingewirkt. In Preußen speziell erwachsen endlich der Armenverwaltung sehr erhebliche Neubelastungen durch das Fürsorgeerziehungsgesetz vom 2. Juli 1900. Eine weitere Steigerung der Armenkosten dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach, namentlich für die großen Städte, aus der Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz vom 30. Mai 1908 resultieren. Danach erwirbt man jetzt den Unterstützungswohnsitz in einer Gemeinde bereits vom 16. Lebensjahr an nach 1jährigem Aufenthalt dort, statt wie bisher erst vom 18. Lebensjahr nach 2jährigem Aufenthalt.

So kommen wir also zu dem Schluß: Durch eine große Reihe von Momenten trat trotz der Versicherungsgesetzgebung eine erhebliche Steigerung der Armenlasten ein. Dennoch wird niemand den starken materiellen Einfluß der Arbeiterversicherung auf die Gestaltung des Armenwesens leugnen wollen. Hätte nicht die Versicherung der Armenverwaltung einen großen Teil der Lasten abgenommen, so wäre deren Erhöhung noch viel größer.

In der oben erwähnten Sammlung des Materials über die Einwirkung der Versicherungsgesetze auf die Armenpflege äußern sich etwa 1500 Armenverwaltungen über die Einwirkung¹⁾, und der weitaus größte Teil der befragten Armenverwaltungen konstatiert, daß die Versicherungsgesetzgebung entlastend eingewirkt habe. Allerdings sei die Zahl der unterstützten Personen sowie die für sie aufgewandten Summen durchaus nicht geringer geworden, doch wäre die Erhöhung der Armenlasten ohne die Einwirkung der sozialen Versicherungsgesetze eine weit beträchtlichere gewesen, da der größte Teil der durch sie Unterstützten sonst der Armenpflege anheimgefallen wäre. Ziffernmäßig könne diese entlastende Wirkung freilich nicht nachgewiesen werden. Von den vielen Einzelangaben der Sammlung seien nur zwei hier wiedergegeben. Elberfeld berichtet:

»Die Zahl der auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes Versicherten betrug im Jahre 1893 etwa 26 000 und die Gesamtausgabe der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen und der eingeschriebenen Hilfskassen 668 440 Mark. Viele der Versicherten sind Familienväter mit erwerbsunfähigen Angehörigen, viele alleinige oder Miternährer von Eltern und Geschwistern, viele alleinstehende Personen ohne Familienrückhalt; von allen diesen ist anzunehmen, daß sie in Erkrankungsfällen mehr oder weniger der Armenpflege anheimfallen würden, wenn nicht die Leistungen der Krankenversicherung beständen. Ein Teil derselben bedarf gleichwohl noch der Unterstützung, weil die Krankenkassenbezüge zum notdürftigen Unterhalt der Familie in besonderen Fällen nicht ausreichen; aber die Unterstützung ist in solchen Fällen um so viel geringer als die Kassenbezüge ausmachen.«

Und Hamburg:

»Die Armenverwaltung erkennt an, daß die Armenpflegekosten in Ansehung der Krankenfürsorge sich wesentlich vermindert haben. Namentlich, was Anstaltsbehandlung betrifft.«

¹⁾ Siehe *Die Einwirkung der Versicherungsgesetzgebung auf die Armenpflege in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs*, 1897, 2. Band, pag. 1 ff.

Der merkbarste Einfluß auf die Armenpflege wird in diesen amtlichen Feststellungen dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz zugeschrieben. Zum Schluß wird bemerkt, die Erfahrungen hätten dargetan, »daß ein wohlthätiger Einfluß der sozialen Versicherung in mehrfacher Weise bereits zutage tritt, und daß dieser Einfluß, wenn auch nicht ziffernmäßig feststellbar, so doch in bemerkenswertem Maß der Armenpflege im Sinn einer Entlastung derselben zugute kommt«. Auch eine Reihe von Einzelerfahrungen bezeugt die Entlastung der Armenpflege durch die Arbeiterversicherung. Ministerialrat Dr. Fr. Zahn teilt aus Erhebungen des statistischen Landesamts zur Vorbereitung der Reform des bayrischen Heimat- und Armengesetzes folgendes mit: Unaufgefordert sprachen die Berichterstatter in 61 dürrftigen Gemeinden von Niederbayern, Oberpfalz, Ober- und Unterfranken über die Verringerungen der Armenaufwendungen für vorübergehend Kranke, Gebrechliche und Altersschwache durch die Invaliden- und Altersversicherung. Sie wiesen darauf hin, wie ihre Armenlasten sich doch wesentlich vermindert hätten, wenn verschiedene ihrer Armen schon versicherungspflichtig gewesen wären, äußerten sich ungehalten über einzelne Pfleglinge, die sich durch eigene Nachlässigkeit die Wohltaten der Versicherung verscherzt hätten, und über vagabundierende Heimatberechtigte ihres Orts, die nicht einmal Invalidenmarken kleben ließen und auch keiner Krankenversicherung angehörten. Auch die günstige Wirkung der Unfallversicherung auf die Armenlasten wird oft im Bericht erwähnt. Die Behörde einer kaum 200 Einwohner zählenden, früher durch Armenlasten hart bedrängten Gemeinde berichtet, daß die Gemeinde seit 2 Jahren fast keine Armenlasten hätte. Es machten sich »gegen früher die wohlthätigen Wirkungen des Kranken- und Invalidenversicherungsgesetzes bemerkbar«. Eine andere arme Gemeinde bestätigt, daß »Invaliden- und Unfallrenten die Armenkasse vor bedeutenden Armenausgaben bewahren«. ⁵⁾

Jüngst hat die Hamburger Armenverwaltung eine Einrichtung getroffen, die weitestgehende Nachahmung verdient. Jedem Hilfesuchenden, der Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet hat, wird ein Merkblatt über die reichsgesetzliche Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ausgehändigt, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Reichsversicherungsordnung die Leistungen wesentlich erweitert, daß sie insbesondere die Zuschußrenten für die Kinder invalider Personen und die Hinterbliebenenversicherung neu eingeführt habe. An verschiedenen markanten Zahlenbeispielen werden die Leistungen dieser neuen Versicherungszweige dargestellt. Das Merkblatt gibt ferner Belehrungen über die Zurücklegung der gesetzlichen Wartezeit für die Invaliden- und Altersrente, die freiwillige Weiterversicherung und die Bedingungen des Erlöschens und Wiederauflebens der Anwartschaft. Es betont, daß zur Erhaltung der Anwartschaft die jährliche Verwendung von 10 Marken der niedrigsten Lohnklasse zu 16 Pfennig genüge, sonach im ganzen jährlich nur 1,60 Mark zu diesem Zweck aufzuwenden sei. Es zeigt, daß es vorteilhafter ist möglichst mehr und höhere Beitragsmarken zu verwenden und ermahnt früher versicherte Ehefrauen und Witwen zur Weiterversicherung, die ihnen einen Anspruch auf die Invalidenrente sowie auf Witwengeld und Waisenaussteuer verschaffe. In einem an die Armenbe-

⁵⁾ Siehe Zahn *Arbeiterversicherung und Armenwesen in Deutschland* in der *Zeitschrift des königlich bayrischen statistischen Landesamts*, 1911, pag. 1 ff.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Lohnbewegungen Dem aufmerksamen Beobachter der gewerkschaftlichen Lohnkämpfe kann

es nicht entgangen sein, daß diese sich jetzt in anderen Formen abspielen als früher, und daß sich jetzt das Bestreben zeigt die großen, umfangreichen Kämpfe möglichst zu verhüten. Dies ist ganz besonders in diesem Frühjahr der Fall: In mehreren Industriezweigen, die zusammen Hunderttausende von Arbeitern umfassen, wurden gleichzeitig Verhandlungen gepflogen, um einen gütlichen Ausgleich zu erzielen. Die Zentralisationsbestrebungen der Unternehmerverbände, die auf die der Arbeiterorganisationen folgten, haben bewirkt, daß die wirtschaftlichen Lohnkämpfe nicht mehr mit dem einzelnen Arbeitgeber und für den einzelnen Ort sondern für große Bezirke und sogar für das ganze Reich zu gleicher Zeit geführt werden.

Im Baugewerbe und im Malerberuf handelt es sich in diesem Jahr um die Erneuerung der bereits bestehenden, aber gekündigten Reichstarife. Eine Einigung konnte aber trotz monatelanger Verhandlungen bisher nicht herbeigeführt werden. Im Baugewerbe, wo der Reichstarifvertrag noch bis zum 1. April läuft, gehen die Forderungen und Angebote über Lohn und Arbeitszeit noch sehr weit auseinander. Im Malergewerbe fanden zuerst zentrale Verhandlungen unter einem unparteiischen Kollegium, darauf solche in den einzelnen Bezirken und dann wieder zentrale Verhandlungen statt. Die in den Bezirksverhandlungen von den Unparteiischen gefällten Schiedssprüche brachten den Gehilfen sowohl eine Lohnerhöhung als auch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Diese wurden aber dann von den Arbeitgeberorganisationen in den zentralen Verhandlungen nicht anerkannt. Die neuen Schiedssprüche des unparteiischen Kollegiums waren für die Gehilfen bedeutend ungünstiger. Trotzdem beschlossen diese auf ihrem außerordentlichen Verbandstag vom 26. bis zum 28. Februar sie anzunehmen, während die Arbeitgeberorganisation sie ablehnte und die Gehilfen aussperrte, zu dem ausge-

sprochenen Zweck die Kasse des Arbeitnehmerverbandes zu leeren. Das wird indessen schwerlich gelingen.

Im Holzgewerbe, wo ein Reichstarif noch nicht besteht, wurden so viele Tarife gekündigt, daß insgesamt 50 000 Arbeiter in Frage kommen. Nachdem die Verhandlungen der Hauptvorstände sich zerschlagen hatten, wurden sie unter dem Vorsitz des Freiherrn von Berlepsch wieder aufgenommen und alle strittigen Punkte entschieden. Aber auch hier erwies sich die Opposition der Arbeitgeber gegen die Schiedssprüche als stärker, und zurzeit steht es noch nicht fest, ob der Kampf in der Holzindustrie vermieden werden kann. Die Verhandlungen der Hauptvorstände zur Beilegung der örtlichen Differenzen dauern noch fort.

Im Schneidergewerbe wurden die Tarifverträge in der Herren- und Damenmaßschneiderei für 51 Orte gekündigt. Nur in 8 Orten wurde eine Einigung erzielt. Außer den Lohnforderungen handelte es sich noch um Verkürzung der Arbeitszeit, Errichtung von Werkstätten durch die Arbeitgeber respektive Zahlung eines Zuschlags für die Heimarbeiter und anderes mehr. Mitte Februar wurden die Differenzen vor ein Kollegium von 3 Unparteiischen gebracht, sie mußten mit wenigen Ausnahmen durch Schiedssprüche erledigt werden. Diese wurden endlich am 25. Februar von beiden Parteien angenommen. Die Lohnerhöhungen betragen 5 bis 10 %.

Daß Unparteiische jetzt so häufig zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten angerufen werden, hat folgende Ursache: Trotz der auch von ihnen anerkannten Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse machen die Arbeitgeber immer nur so geringe Angebote, daß die Arbeiter sich mit ihnen nicht zufrieden erklären können. Streik und Aussperrung würde die sofortige Folge sein, wenn die Parteien keine weitere Vermittelung wollten. Zu dieser aber sind sie deshalb so sehr geneigt, weil mit dem wachsenden Umfang der Lohnkämpfe auch die Verantwortung beider Parteien immer größer geworden ist. Freilich wird das Resultat dieser Schiedssprüche wohl in den seltensten Fällen die Parteien ganz befriedigen.

X

X

Konferenz der Im Berliner Gewerkschafts-
Verbandsvor- haus fand am 23. und 24.
stände Januar eine Konferenz von

Vertretern der Verbandsvorstände statt. Nach Entgegennahme des Berichts über Gründung und Organisation der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft *Volkfürsorge* stimmte man dem vorgelegten Organisationsplan sowie der Erhöhung des Organisationsfonds auf 200 000 Mark zu. Die Konferenz beschäftigte sich des weitern mit der Vertretung der Versicherten vor den Oberversicherungsämtern, mit den zu diesem Zweck zu errichtenden Arbeitersekretariaten und den dafür aufzubringenden Mitteln. Die Entscheidung darüber soll durch schriftliche Umfrage gefällt werden. Die Konferenz beschloß ferner durch Sammlungen den Bulgaren und Serben für den Wiederaufbau ihrer durch den Balkankrieg zerstörten Gewerkschaften Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch wurde noch über Streikunterstützung, Boykottpublikationen, Vortragskurse über Gewerkschaftswesen usw. verhandelt.

× **Kongresse** Der 1. Verbandstag der
und **Verbands-** Bauarbeiter fand vom
tage 13. bis zum 18. Januar in
Jena statt. Der neue Verband, der durch Verschmelzung der Maurer und Bauhilfsarbeiter ins Leben trat, zählte am 1. Januar 1911 rund 236 000 Mitglieder. Mit Beginn des Jahres 1912 vollzog der Zentralverband der Stukkateure mit 10 781 Mitgliedern den Anschluß. Im 3. Quartal 1912 hatte der Verband bereits 348 413 Mitglieder. Der Hauptkassenbestand stieg von 4 880 854 auf 12 200 000 Mark. 1911 hatte die Organisation 713 Lohnbewegungen zu führen, 335 Tarifverträge wurden im selben Jahr abgeschlossen. Der tarifliche Stundenlohn erhöhte sich für 183 887 Maurer in 1171 Lohngebieten um 5,36 Pfennig, für 111 245 Hilfsarbeiter in 617 Lohngebieten um 5,56 Pfennig. Der Toten des Jahres 1912, des Vorsitzenden Bömelburg und des Redakteurs des *Bauhilfsarbeiters* Röske, wurde in warmen Worten gedacht; es wurde beschlossen auf das Grab Bömelburgs einen Grabstein setzen zu lassen. Der Verbandstag erklärte sich dann für die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung. Auch wurde unter anderm die Einführung einer Versicherung der ehrenamtlich tätigen Mitglieder und einer Vor- und Nebenversicherung der Angestellten beschlossen.
Die 20. Generalversammlung der Zim-

merer wurde vom 2. bis zum 8. Februar in Berlin abgehalten, 155 Delegierte vertraten 65 102 Mitglieder, die sich auf 788 Zahlstellen verteilen. Die Mitgliederzahl war in den Jahren 1911 und 1912 um 9138 gestiegen. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen einschließlic eines Saldovortrags von 1 143 534 Mark insgesamt 5 841 308,56 Mark, die Ausgaben 2 301 383,08 Mark, so daß ein Vermögensbestand von 3 539 925,48 Mark verblieb. Dazu kommen die Kassenbestände der Zahlstellen von zusammen 821 341,56 Mark. Am Schluß des Jahres 1912 bestanden 693 Tarifverträge, deren Geltungsbereich 12 848 Orte mit 9695 Betrieben und 73 175 Zimmerern umfaßt; von diesen waren 56 201 Verbandsmitglieder. Im Jahr 1911 erreichten 54 187 Mitglieder in 636 Zahlstellen eine Lohnerhöhung von 1 bis 8 Pfennig pro Stunde, 1912 erhielten 58 876 Mitglieder in 599 Zahlstellen eine Lohnerhöhung von $\frac{1}{2}$ bis 5 Pfennig pro Stunde. Eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ Stunde erzielten 6728, um 1 Stunde 208 Mitglieder. Die Verhandlungen betrafen die diesjährige Tarifbewegung, den Bauarbeiterschutz sowie Beitragsleistungen und Unterstützungseinrichtungen. Über Zweck und Nutzen der *Volkfürsorge* für die Arbeiter referierte Genosse von Elm. Die 1. Generalversammlung des Landarbeiterverbandes tagte vom 28. bis zum 31. Dezember in Berlin. Der Verband besteht bekanntlich seit 1909, er hatte am Schluß des 3. Quartals 1912 17 237 Mitglieder, darunter 668 weibliche. Die Zahl der Ortsgruppen beträgt 511. Nach Berufen verteilen sich die Mitglieder wie folgt: 12 109 landwirtschaftliche Arbeiter, darunter 5717 Gutсарbeiter, 3730 Waldarbeiter; der Rest verteilt sich auf Melker, Winzer, Drainagearbeiter und Arbeiter in landwirtschaftlichen Nebengewerben. Durch eine Reihe von Lohnbewegungen waren Lohnerhöhungen sowie Verbesserungen der Jahreskontrakte erzielt worden. Außerdem waren auf dem Gebiet des Rechtsschutzes bedeutende materielle und moralische Erfolge zu verzeichnen. Nach einem Referat des Verbandsredakteurs Faab über die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in Deutschland (siehe die Rubrik *Rechtswissenschaft*, in diesem Band, pag. 191) wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die reichsgesetzliche Regelung des Landarbeiterrechts in dem Sinn fordert, daß alle gegen das Gesinde

gerichteten Strafgesetze und -bestimmungen beseitigt werden und das unbeschränkte Koalitionsrecht für alle Land- und Forstarbeiter gewährleistet wird. Ferner wurde ausreichender Arbeiterschutz, vor allem auch für Frauen und Kinder, und besondere Berufsgerichte sowie Gleichberechtigung bei der Arbeitsversicherung verlangt. Über die nächsten Aufgaben des Verbands referierte der Vorsitzende Georg Schmidt. Von der Wirksamkeit dieser neuen und neuartigen Organisation wird noch viel zu berichten sein.

× **Internationale Gewerkschaftsorganisation** Der Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahr 1911 ist Anfang dieses Jahres, 320 Seiten stark, erschienen. Neu sind darin die Sonderberichte der internationalen Berufssekretäre, die zum erstenmal aufgenommen wurden. Insgesamt gibt es zurzeit 28 solcher Berufssekretariate, von denen 24 in Deutschland, 2 in England und je 1 in Holland und der Schweiz ihren Sitz haben. Außer der Angabe der Mitgliederzahl haben die internationalen Berufssekretariate eine knappe Darstellung über die Entstehung und Geschichte des betreffenden Sekretariats gebracht. Eine Übersicht über die Gewerkschaftsbewegung der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder bietet die folgende Zusammenstellung:

Land	Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder			
	insgesamt		davon der Landeszentrale angeschlossen	
	1910	1911	1910	1911
England	2 440 723	3 010 346	710 994	861 482
Frankreich	977 350	1 029 238	340 000	450 000
Belgien	138 928	92 735	68 984	77 224
Niederlande	143 850	153 689	44 120	52 235
Dänemark	123 864	128 224	101 563	105 269
Schweden	121 180	116 500	85 176	80 129
Norwegen	47 453	53 830	46 397	53 475
Finnland	24 928	19 640	15 346	19 640
Deutschland	2 688 144	3 061 002	2 017 298	2 339 785
Österreich	451 232	496 263	400 563	421 905
Bosnien-Herzegowina	6 269	5 587	6 086	5 587
Kroatien-Slawonien	6 805	8 504	5 108	7 182
Ungarn	86 778	95 180	86 478	95 180
Serbien	7 418	8 337	7 418	8 337
Rumänien	8 515	6 000	8 515	6 000
Bulgarien	3 000	—	3 000	—
Schweiz	93 797	78 119	63 863	78 119
Italien	783 538	709 943	359 383	384 446
Spanien	40 984	80 000	40 984	80 000
Vereinigte Staaten	1 710 433	2 282 361	1 710 433	1 775 000
zusammen	9 905 189	11 435 498	6 121 709	6 900 995

Danach ist die Zahl aller Gewerkschaftsmitglieder in diesen Ländern in 1 Jahr von 9 905 189 auf 11 435 498, die Zahl der Mitglieder der betreffenden Landeszentralen von 6 121 709 auf 6 900 995 gestiegen. Nur für 7 Länder konnte der Prozentsatz aller Organisierten in der Industrie festgestellt werden. Von der industriellen Arbeiterschaft waren in Dänemark 51,75, in Deutschland 32,91, in Norwegen 27,64, in Schweden 21,88, in den Vereinigten Staaten 19,26, in Bosnien 11,64 und in Italien 9,49 % organisiert.

Über die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften sind Angaben erst für etwa 50 % der Gesamtmitgliederzahl gemacht worden. Die Jahreseinnahme dieser, also etwa der Hälfte aller Gewerkschaften, betrug 160, die Ausgaben 142 Millionen Mark. Allein 75 Millionen Mark sind für Unterstützungszwecke ausgegeben worden, während die Streiks eine Ausgabe von 50 Millionen Mark erforderten. Von diesen entfallen auf Deutschland und die Vereinigten Staaten je 18,8, auf England 7,2 Millionen Mark.

× **Kurze Chronik** Infolge der Verschmelzung traten rund 15 000 Mitglieder des Schmie d e verbands zum Metallarbeiterverband über. Der Bestand der Hauptkasse war beim Übertritt 120 605 Mark, die Bestände der Lokalkassen beliefen sich auf 100 770 Mark, so daß insgesamt dem Metallarbeiterverband ein Vermögen von 221 375 Mark zugeführt wurde. × Der Transportarbeiterverband zählte am 1. Januar 226 700 Mitglieder. Die Zunahme im Jahr 1912 beträgt 33 100 Mitglieder. × Der Bäckerverband schloß Ende 1912 mit einem Bestand von 30 061 Mitgliedern ab. Die Mitgliederzahl stieg von 25 218 auf 28 525. Für Arbeitslose wurden 104 354, für Kranke 79 419 und für Streiks 78 000 Mark ausgegeben. Der Kassenbestand betrug 338 960 Mark. × Beim Übertritt in den Handlungsgehilfenverband hatte der Lagerhalterverband einen Kassenbestand von 83 372 Mark; außerdem waren in den Gaukassen noch 3489 Mark. Die Zahl der Mitglieder betrug rund 3000. × Der Bergarbeiterverband hatte 1912 aus Mitgliederbeiträgen eine Einnahme von 2 193 503 Mark. Die Ausgabe für Streiks betrug allein 2 092 597 Mark, für Gemeßregelte 135 957, Arbeitslose 50 168, Kranke 354 957 Mark. Das Verbandsvermögen beträgt 2 681 536 Mark.

×

Literatur In der in deutscher Sprache verfaßten Schrift *Die Aussperrungen und der Großstreik in Schweden 1909* /Stockholm, Beckmann/ gibt die Abteilung für Arbeitsstatistik des königlichen Kommerzkollegiums in Stockholm eine Darstellung der umfangreichen gewerkschaftlichen Kämpfe, die 1909 in Schweden stattgefunden und eine weit über die Landesgrenzen hinausreichende Bedeutung erlangt haben. Der Bericht bietet recht wertvolles Material für die Beurteilung der Verhältnisse, die zu dem Konflikt geführt haben. Er schildert die Entstehung der Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber, die Zeit bis zum Abschluß des Kampfes und die Wirkung des Konflikts auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. In einem Anhang sind die verschiedenen während des Kampfes erlassenen Erklärungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie die Regierungskundgebungen enthalten. × Von 5 zu 5 Jahren veranstaltet das internationale Buchdruckersekretariat Erhebungen bei den ihm angeschlossenen Organisationen, deren Resultate dann veröffentlicht werden. Der vorliegende Bericht *Die Gehilfenorganisationen im Buchdruckergewerbe* ist der 3. der Serie und bringt eine Übersicht über den Stand der Buchdruckerorganisationen am 1. Januar 1910. An die Berichte der 35 Organisationen der einzelnen Länder schließt sich eine Statistik über das Gründungsjahr, die Zahl der männlichen und weiblichen Mitglieder und der Lehrlinge sowie die Zahl der Organisierten im Verhältnis zu der der Beschäftigten überhaupt; ferner enthält der Bericht Angaben über den Verbandsbeitrag, das Kassenvermögen, die Unterstützungseinrichtungen, die tariflichen Verhältnisse, die Perioden der ordentlichen Generalversammlungen und die Erscheinungsweise der Verbandsorgane. Dieser Statistik in tabellarischer Form folgt dann eine Besprechung der Gesamtergebnisse und darauf noch eine tabellarische vergleichende Übersicht. × In einer 118 Seiten starken Schrift *Die Gelben* /Köln, Christlicher Gewerkschaftsverlag/ verurteilt Heinrich Imbusch die gelben unternehmerfreundlichen Arbeiterorganisationen. Schon das Titelbild soll den in der gelben Bewegung herrschenden Geist zum Ausdruck bringen, es charakterisiert diese Arbeiterschaft als ein willenloses und unterwürdiges Werkzeug der Unternehmerinteressen. Die Schrift enthält zweifellos

viel brauchbares Material zum Kampf gegen die Gelben; aber die katholische Fachabteilung geht selber schließlich auch diese Bahn, und die päpstliche Enzyklika versucht gar die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit dahin zu drängen. × Der Jahresbericht des Tabakarbeiterverbands umfaßt den Mitgliederbestand, die Lohnbewegungen und Streiks sowie die Abrechnung des Verbands nach Gauen geordnet. × Sehr umfangreich ist der Bericht des Verbands der Steinsetzer usw. Auf 350 Seiten sind alle den Verband betreffenden Ereignisse der Jahre 1910 und 1911 zusammengetragen. × Aus dem Jahresbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes sind besonders die Mitteilungen über die Agitation zugunsten der Arbeiterschutzgesetze, die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften und die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation hervorzuheben.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Renaissance Die wilde, lusterfüllte und schmerzzerzerrissene Zeit der Renaissance, die unter den heftigsten Wehen eine neue Zeit gebären sollte, hat sich in das florentinische Tagebuch Luca Landuccis (*Das Zeitalter der Renaissance*, herausgegeben von Marie Herzfeld /Jena, Diederichs/) lebensvoll eingezeichnet. Luca Landucci trat 1450 als 14jähriger in eine Rechenschule ein und begann 1452 seine Lehrzeit im Laden eines Spezereiwarenhändlers. 1462 machte er sich selbständig, 1466 heiratet er, und er schreibt von seiner Frau, daß sie ihn in den 48 Jahren seiner Ehe »niemals gegen sie zornig werden machte«. Die Umriss, die uns Landucci selbst von seinem Leben gibt, sind sehr dürftig. Um so mächtiger und dramatischer tritt dafür das Milieu hervor, in dem er lebte und wirkte. Die erschütternde Epoche des großen Reformators Savonarola steht im Zentrum seines Lebens, und aus seinen schlichten Aufzeichnungen steigt die Persönlichkeit Savonarolas in übermenschlicher, prophetischer Größe auf. Wir sehen fast mit eigenen Augen, wie sich die ausgelassen übermütige Dirne Florenz unter der Wucht der mönchischen Predigt in eine büßende Magdalena verwandelt. Die Kinder werden so ergriffen, daß sie zu einem Kreuzzug gegen allen weltlichen Tand und alle sinnfrohe Karnevallust-

barkeit ausziehen. »Sie waren«, so schreibt einmal Landucci, »in solche Verehrung gekommen, die Kinder, daß jeder sich vor unpassenden Dingen hütete, und besonders vor dem unnennbaren Laster. Man konnte niemals von solcherlei mehr reden hören, weder von Jungen noch von Alten, in dieser heiligen Zeit; aber sie währte kurz. Es haben mehr vermocht die Schlechten als die Guten. Gott sei dafür gelobt, daß ich wenigstens dieses bißchen heilige Zeit gesehen habe. Daher ich Gott bitte, daß er uns wieder schenke, dieses heilige und schamhafte Leben.« Die Tragödie Savonarolas (Verzagtheit befällt den übernervösen, körperlich gebrochenen Mann) beschließt diese Aufzeichnungen, und mit dem Zusammenbruch des Propheten vergab sich jedermann dem Spiel und begann das Leben allem Bösen aufzutun und den Frascati zu öffnen und die Tavernen«. Eine ganze Kette von inneren und äußeren Aufregungen durchzieht das Leben des Renaissancemenschen; Da häufen sich Verschwörungen auf Verschwörungen, und an blutige Mordtaten knüpfen sich barbarische Hinrichtungsszenen. Im innigsten Zusammenhang mit den ewigen Fehden stehen die furchtbarsten Hungersnöte und die verheerendsten Seuchen (Pest). Die Flucht großer Massen hungernder Männer und Frauen schildert Landucci bewegt, und er bemerkt dazu: »Und diese Dinge machen die verdammtten Kriege.« Das Leben der machtvollsten Persönlichkeiten scheint in diesen bewegten, menschenmörderischen Zeiten keinen Wert mehr zu haben. In 4 Tagen sterben 2 große Feldherren dahin. »Sieh«, bemerkt Landucci resigniert, »welche Irrtümer in dieser Welt herrschen, sich in solche Gefahren zu versetzen, andere zu töten oder selbst umgebracht zu werden, alles für ein bißchen Rausch dieser Welt.« Als kunstfroher Renaissancemensch tritt Landucci überall da auf, wo er schlechte Notizen über den Fortschritt der großen Kunstwerke der Stadt Florenz macht. Für die dämonische Weltanschauung der damaligen Florentiner sind die vielen von Landucci erzählten Wundergeschichten so äußerst charakteristisch.

×
18. Jahrh.
hundert

×
Mit dem 18. Jahrhundert treten die großen historischen Ereignisse Europas stärker und wirksamer in das Bewußtsein der gebildeten Klassen der Gesellschaft. Diese Tatsache prägt sich klar im 2. und 3. Band der *Kulturgeschichte*

lich interessanten Dokumente aus alten deutschen Zeitungen aus, die Eberhard Buchner unter dem Titel *Das Neueste von gestern* gesammelt hat (München, Langen/. Die Zeitgeschichte läuft zwar im 18. Jahrhundert noch nicht lückenlos in der Zeitung ab. Doch vermissen wir hier kaum wirklich große folgenschwere Ereignisse. Die Welt wird politischer gestimmt: Allmählich kündigt sich ein großer Umschwung im Denken der Völker an. Bis zur Schwelle des 18. Jahrhunderts begleiten uns zwar noch die Zeitungsmeldungen von den abscheulichsten Teufeleien des Leibhaftigen, von zahlreichen Hexenverbrennungen, von mystischen Zaubereien, aber von der Mitte des Jahrhunderts schießen dann schon aus den Zeitungen helle Lichtgarben auf. Die Geschichte der Aufklärung, die Wirksamkeit der großen Vorläufer der Revolution, die neuen Fortschritte der Naturwissenschaften, alle die großen Erschütterungen in der Welt des Geistes zittern in der Zeitung schon kräftig nach. Das neue Große stößt selbstverständlich noch vielfach auf Unverständnis. Über das Zeitalter Lessings und Klopstocks fällt im Jahr 1773 in der *Vossischen Zeitung* das bezeichnende Wort: »Die Reimer der nächstvergangenen Zeit schrieben richtig genug, aber ihnen mangelte gänzlich die Begeisterung; den Sängern unserer Zeiten fehlen Sprachkunst, Verstand, Harmonie und Poesie. Jene gaben uns wenigstens musikalischen Unsinn; diese können nicht einmal ihren Unsinn sanft hersagen.« Über Schillers *Kabale und Liebe* schreibt die *Vossische Zeitung* im Jahr 1784: »In Wahrheit wieder einmal ein Produkt, was unseren Zeiten Schande macht! Mit welcher Stirn kann ein Mensch doch solchen Unsinn schreiben und drucken lassen, und wie muß es in dessen Kopf und Herz aussehen, der solche Geburten seines Geistes mit Wohlgefallen betrachten kann.« Schon äußerlich tritt aus der Zeitung der Verfall bestimmter kirchlicher Institutionen wie die der Kirchenbuße hervor. Wir finden sie im 1. Band der Buchnerschen Sammlung, also in den Zeitungen bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts 4mal erwähnt, in der 2. Hälfte nehmen die Zeitungen nicht mehr von ihr Notiz. Sitten- und kulturgeschichtlich liefert das Buch ein hochinteressantes Material. Namentlich sind über das Denken und Empfinden der einzelnen Volksklassen von Buchner zahlreiche,

bisher noch nicht genügend gewürdigte Dokumente aus den Zeitungen zusammengetragen. Fesselnd ist die Geschichte der Luftschiffahrt, die Buchner im 3. Band seiner Arbeit gibt. *Das Neueste von gestern* ist auch für die weitesten Kreise anregend, belehrend und amüsant.

×
Marx

Die aus dem Englischen übersetzte biographische Arbeit John Spargos

Karl Marx: Leben und Werk / Leipzig, Meiner/ bringt dem nicht viel Neues, der die gründlichen Arbeiten Franz Mehrings über den großen Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung kennt. Allerdings ist uns der Marx im Hausrock, der Marx als Ehemann und Familienvater bisher kaum so nahe getreten wie in dieser Biographie John Spargos. Die Lebensnöte, die an der materiellen Existenz von Marx ständig nagten und nagten, sind von Spargo an der Hand der Briefe der Frau Jenny Marx ergreifend geschildert worden. Das, was uns aber in einer geschichtlichen Rundschau am lebhaftesten interessiert: die Eigenart der historischen Arbeiten Karl Marx', ist von Spargo nur ungenügend gewürdigt worden. Gerade eine Analyse dieser Arbeiten würde beweisen, wie wenig buchstabengläubig Marx selbst im Hinblick auf seine eigene materialistische Geschichtsauffassung war. Über die recht bunt zusammengewürfelte Londoner Flüchtlingswelt der fünfziger und sechziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts trägt wohl Spargo viel Material zusammen, aber, da es nicht gut gesichtet ist, erhalten wir von ihr kein zutreffendes Bild. Und doch war London in diesen Tagen der Tummelplatz schärfster Prinzipienkämpfe auf allen Gebieten des politischen und sozialen Lebens. Die Spargosche Biographie ist erfreulicherweise kein einseitiger, kritikloser Panegyrikus auf den großen Denker, aber auch großen Autokraten Marx. Spargo kritisiert zum Beispiel wahrheitsgetreu die schweren Verfehlungen Marx' gegen den von ihm bitter gehaßten Bakunin, und er kennzeichnet freimütig die vielfach persönliche Kampfesweise Marx' gegen seine politischen Feinde. Aber dann treten die großen Züge in der Marxschen Individualität prächtig in dieser Biographie hervor: die allumfassende Größe seines Geistes, sein faustisches Ringen mit den gewaltigsten Menschheitsproblemen, seine die entsetzlichsten Alltagsmiseren über-

windende Willensstärke, die Unbestechlichkeit seines Charakters, die Tiefe seiner Empfindungen zu seiner Familie, seine leidenschaftliche Kinderliebe.

Theoretisch gehen wir ziemlich leer aus, wenn wir die Marxbiographie Spargos studieren, obwohl dieser beinahe 60 Seiten seines Werkes der Geschichte der *Internationalen* widmet, erfassen wir doch nicht den geistigen Ringkampf zwischen Marx, Proudhon und Bakunin. Die eigenartige Ideenwelt dieser Denker erschließt sich nicht unserm Verständnis. Marx, Proudhon und Bakunin: das sind hart auf einander stoßende Weltanschauungen.

×
Geselligkeit Die Geschichte der Geselligkeit der vornehmen europäischen Welt will

Alexander von Gleichen-Rußwurm darstellen, die Geschichte des Lebens und Denkens der Oberschicht eines großen Kulturgebiets. Vor uns liegt in seiner *Elegantiae* der 1. Band dieser Geschichte, der in geistvoller, lebendiger Weise die aufsteigenden und absteigenden Typen klassischer Geselligkeit aneinanderreihet /Stuttgart, Hoffmann/. In den wechselnden Formen der Gesellschaft offenbart sich plastisch ein großes Stück der Welt- und Lebensanschauung der einzelnen Kulturschichten. Man stelle neben einander: die gemeinschaftlichen Mahle der Spartaner, die frugalen Syssitien mit der schwarzen Suppe, die geisterfüllten Symposien Platos, die Tafelsitten Neros, die Opferschmause des Mithrasdienstes (die Taurobolien), die christlichen Liebesmahle, und der Wandel der praktischen Lebensphilosophie der einzelnen Klassen der vornehmen Welt steht greifbar klar vor uns. Von Gleichen-Rußwurm verfolgt die Geselligkeit von den einfachen Schmausereien zu Ehren der Götter bis zu den prächtigsten öffentlichen Mahlzeiten, den offiziellen Gelagen, die dann das ganze private gastliche Leben aus- und umgestalten. Die private Bewirtung erhebt sich zur vollendeten Kunst der Geselligkeit. »Das urtümliche rohe Schmausen mündet schließlich in die Gastmahle der Weisen.« Aber auf voller Höhe hält sich die Geselligkeit nur verhältnismäßig kurze Zeit. Und doch sinkt die Schöpfung geistvoller Persönlichkeiten mit diesen nicht ins Grab: die antike Geselligkeit ist noch lebensstark genug, um ein großes Stück Asiens und Afrikas zu betrachten. Das Zeitalter

des Hellenismus setzt ein. »Das ganze Gebiet des Hellenismus, Griechenland selbst, die kleinasiatische Küste, Syrien mit der schönen Hauptstadt Antiochia, Ägypten, Sizilien, ehe seine Kultur von Rom zerstört wurde, das allmählich aufblühende Byzanz und dessen Nebenbuhlerin, das mächtige, in allem Venedig ähnliche Rhodos, alles das bildet ein großes Handels- und Industriegebiet, von höchst kosmopolitischem Geist besetzt und ganz durchdrungen von griechischem Sprachgebrauch, griechischen Erziehungs- und Geselligkeitszielen.« In die Geschichte der römischen Geselligkeit hat von Gleichen-Rußwurm ganze Perioden römischer Sittengeschichte gewoben. Aber auch wer die prächtige römische Sittengeschichte Friedländers kennt, freut sich, wie von Gleichen-Rußwurm interessante Einzelzüge dieser Geschichte zu einheitlichen lebensvollen Bildern gestaltet. Seine Geschichte gibt uns wohl keine neuen Aufschlüsse über die antike Geselligkeit, aber sie bringt uns doch manche Seite des antiken Lebens in amüsanter farbiger Darstellung näher.

× **Kurze Chronik** Der jüngst verstorbene **Erzherzog Rainer** machte sich für die Geschichtswissenschaft durch den Erwerb des Papyrus von Fayun verdient. × Den flammenden Aufruf **Giuseppe Mazzinis** an **Carl Albert** von Savoyen, ein die Zeiten überdauerndes Dokument der nationalen Bewegung Italiens, hat **S. Flesch** übertragen und in den **Schriften der Kritischen Tribüne über Politik und Zeitfragen** /Leipzig, Wehner/ herausgegeben. In dem willensmächtigen, zu Taten drängenden Brief fordert **Mazzini** den Fürsten zu nichts geringerem auf, als zu einer revolutionären, nationalen Befreiungstat größten Stils: »Befreien Sie Italien von den Barbaren und gründen Sie die Zukunft. Selen Sie der **Napoléon** der italienischen Freiheit!« × In ansprechender Form plaudert **Lulu von Strauß** und **Torney** über wichtige Abschnitte der Geschichte **Lüneburgs**, **Braunschweigs**, **Hildesheims**, **Lübecks**, **Halberstadts**, **Celles**, **Göttingens** und **Mindens** in ihrem Werkchen **Aus der Chronik niederdeutscher Städte** /Stuttgart, Franck/. Meist trifft sie im engen Anschluß an die Chroniken selbst geschichtlich-treu den Ton. Da und dort begegnet man aber noch den patriotisch-historischen Auffassun-

gen des Durchschnittsprotestantismus. So wird von ihr der ehrgeizige Machtpolitiker **Gustav Adolf** noch als »die strahlendste Verkörperung protestantischen königlichen Heldentums« gefeiert. × Zu der dunklen Geschichte der **Rosenkreuzerei** liefert **Dr. Ferdinand Maack** einen anregenden Beitrag in seinem Buch **Zweimal gestorben** /Leipzig, Heims/. Die alchimistischen Grundvorstellungen des Rosenkreuzers **Friedrich Schmidt** und dessen Lebensgeschichte werden kurz dargelegt. Gegen die **Leiter der modernen Theosophischen Hochschule für Geisteswissenschaften** in München polemisiert der Verfasser heftig. × Die Skizze **Adolfs Halbig's Die römisch-katholische Kirche und ihre Verweser** /Leipzig, Mayer/ ist durchweg eine wertlose, tendenziöse Zusammenstellung von wirklichen oder vermeintlichen Verfehlungen katholischer **Priester** und eine völlig unhistorische Kritik der Institutionen der Kirche.

× **Literatur** Ein notwendiger Beitrag zur **Psychologie Napoléons** ist sein **Liebesbriefwechsel**. Das **Stürmische**, **Leidenschaftliche** in dem Wesen des **Welteneroberers** offenbart sich auch in den Briefen an **Josephine**. Diese Briefe sind ein gewaltiger sinnlicher Gluthauch, ein einziger leidenschaftlicher Schrei nach der Geliebten. Die **Liebesbriefe Napoléons** sind von **Gertrude Kircheisen** zusammengestellt /Berlin, Morawe & Scheffel/. Von den Briefen **Napoléons** an die **Gräfin Walewska**, mit der er den **Grafen Florian Alexander Joseph Walewski** erzeugte, sind nur 4 Briefe veröffentlicht, weil die übrigen in den geheimen Privatarchiven **Polens** ruhen. Für den rücksichtslosen **Draufgänger Napoléon** ist folgender Brief charakteristisch: »Ich habe nur Sie gesehen, nur Sie bewundert, nur Sie begehrt. Geben Sie mir schnell eine Antwort, die das Feuer zu beruhigen vermag, das mich verzehrt.«

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Coster Im Jahr 1875 ist, 52 Jahre alt, **Charles De Coster** gestorben. Die Bewohner der **Brüsseler Vorstadt Ixelles** haben dem großen Mann ein Denkmal gesetzt. Es steht mitten im **Studentenviertel**. Als die **Belgier** ihre junge **Literatur** in **Cafés**, in **Kneipen** begründeten, als sie

beisammen saßen und entdeckten, daß ihr Volk eine eigene Seele besaß, wurde der Name De Coster tausendmal genannt. Doch er blieb eigentlich bis heute dem belgischen Volk etwas fremd. Sein *Uilenspiegel* wird auch heute nur als literarisches Kleinod gehegt. Er wird mit kostbaren Bildern geschmückt und für teures Geld herausgegeben. Aber er wurde noch nicht in die Masse getragen, wie er es verdiente. Lemonnier und Verhaeren und selbst Rodenbach und der humorvolle Conrouble und sogar der klerikale Henri Carton de Wiart kennen und ehren ihren Meister. Als die belgischen Maler, vor allem die flämischen, sich sehr kräftig entfalteten, an die großen, naturfrohen Überlieferungen ihrer berühmten Vorfahren anknüpfend, fehlte es der belgischen Dichtung vollständig an eigenem Leben. Der von den Flämen als Klassiker bewunderte Henri Conscience, dessen 100. Geburtstag eben gefeiert wurde, konnte niemals einen ernstern Geschmack befriedigen, obwohl die ungebildete flämische Landbevölkerung an seinen Büchern gelernt hat Gedrucktes überhaupt zu lesen. Er und seine Schüler waren sentimental oder dumm romantisch oder unangenehm erbaulich. Auf die Höhe der Malkunst hat zuerst De Coster die belgische Poesie gebracht, er, der in München geboren wurde, der von flämischem Wesen das sprachgewaltige französische Buch geschrieben hat. Die Deutschen lieben De Coster seit einigen Jahren. Sie haben ihn wiederentdeckt, und es ist ein wenig deutsches Verdienst, wenn man sich auch in Belgien mehr auf ihn besann. Er ist kein Schilderer der Eleganz, sondern eher die Volksdürftigkeit oder Volksderbheit beschäftigen ihn. Alle Schwänke des Landes kennt er, aber auch die schweren Schicksale, die Martern, die Scheiterhaufen, den Aberglauben, die Unterdrückung durch königliche Bluthunde. Während nun die belgische Malerei diese Gebiete des Niedrigen verläßt und anmutiger, leichter, auch wohl literarischer wird, folgen einige der jüngsten Poeten gerade dem seligen De Coster; junge Talente, wie Franz Hellens und Horace von Offel bei den Flämen, Des Ombiaux bei den Wallonen. Und sie sind die begabtesten, die am energischsten in die Zukunft weisenden. Ihre flämisch schreibenden Landsleute, zum Beispiel der auch in Deutschland bekannte Stijn Struyvels oder Van der Wöstyne oder der lyrische Poet Leonce

de Castillon sind mehr von der deutschen Neuromantik angesteckt oder noch im Geibelschen Ton stecken geblieben. Und so kommt auch heute noch das Beste von De Coster. Deutsch ist sein *Uilenspiegel* geschickt und sprachschöpferisch von Albert Wesselski übersetzt. Das Buch bildet den 15. Band der *Bibliothek der Romane*, die der *Inselverlag* herausgibt. Er stattet diese Werke für eine erlesene, allen Herrlichkeiten der Weltliteratur zugängliche Sammlung ansehnlich und trotzdem schlicht aus. Das Buch umfaßt an 650 Seiten. Doch wurde es auf seidenartiges Papier gedruckt. So ist der Band leicht und schlank geblieben. Eine zweite deutsche Ausgabe veranstaltete Curt L. Walter van der Bleek /Berlin, Lehmann/. Sie ist mit Illustrationen von Félicien Rops und anderen Künstlern geschmückt; die Bilder sind der Ausgabe von 1869 entnommen. Der schöne Band wird viele erfreuen.

× Gedanken- Noch Jakob Wassermann
dichtung sucht das Wesen des

naiven und des sentimentalens Dichters zu erklären. Ruhig, ohne Bekümmernis um Tendenzen, ohne Hang zum Feiern oder zum Entstellen schreibt der Naive. Hitzig, bereit für irgendeine Idee oder einen Traum oder einen Wahnsinn seine Feder abzarbeiten schreibt der Sentimentale. Daß Schiller zuerst diesen Unterschied mit dem kräftigen Schlagwort bezeichnete, ist nicht zufällig. Er kämpfte ja am heftigsten mit sich, um den Weg aus der sentimentalischen Poesie in die naive zu finden. Als die Dichter wahrheitsliebender und schönheitslügenscheuer wurden, wuchs ihr Haß gegen das Sentimentalische ins Unermeßliche. Der Haß flaute zu einer bedeutenden Hochachtung ab unter den neuromantischen Jüngsten. Zu ihnen gehört auch der Holländer Frederik van Eeden, ein Denker und ein Schwärmer, ein lodrender Enthusiast. Er steuerte zu dem Glück des kleinsten Erdenmenschen. *Sirius* und *Siderius* heißt sein letzter Roman /Berlin, Schuster & Löffler/. Erst ist es ein philologisches Spiel, das den geistreichen Mann reizt. Ein Sternensohn, einer, der wohl einmal leuchten und schimmern wird, ist aus der Zentrallamme des Sirius geboren. Den Dichter verführt dann ein Spiel mit etwas leichtfertig entfalteter Biologie. *Siderius* stammt von einem zigeunernden Vater und einem Mädchen, das auch

nicht den Winkel im wohlgewärmten Familienhaus ertrug. Beide sind so ein Landstreicherpaar mit Musik im Herzen, ohne einen Rötling im Seckel, aber ausgestattet mit zwitscherndem Gemüt, mit goldenem Vertrauen in den Zufall, mit Witz und endlich auch mit bebender Seelenzartheit. So sind die Eltern des Knaben Siderius, und den Eltern gilt der 1. Band des Buches, das noch auf viele Fortsetzungen geplant ist. Biologie mit romantischer, und (was hier gleichbedeutend ist) mit sentimentaler Einkleidung. Und dazwischen wieder Kapitel der reinen naiven Beschreibung, Kapitel, die gut beobachtet sind, mit Humor gesehen und erzählt. Der Knabe Siderius wird im Elend, im dürtigen Wirtshausbett geboren, mitten im Studentensingen. Als Vater und Mutter irgendwohin übers Meer fahren, damit sie im neuen Land für den Säugling ein unbekanntes Glück suchen, scheitert das Schiff. Vater und Mutter werden getrennt. Ein Waisenkind wird geborgen. Wir müssen abwarten, was die Dichterlaune und das Schicksal dem Kindlein vorbehalten. Der Stil van Eedens hat Schule gemacht. Er begegnet uns bei den jungen Deutschen Albert Steffen (*Die Bestimmung der Roheit* /Berlin, S. Fischer/) und Richard Huld-schiner (*Der Tod der Götter* /München, Langen/). Huld-schiners Buch enthält viele Gedanken, es macht den Leser nachdenklich und führt ihn über Jahrhunderte der Menschheit. Eine *Urweltdichtung* hat Fritz Wittels sein Buch *Alles um Liebe* /Berlin, Fleischer/ getauft. Das Buch enthält viel mehr als eine gewöhnliche Phantasie. Wittels ist Arzt und Anhänger der Freud-schen Theorien, nach denen jeder Le-benstrieb, also auch der künstlerische, tief im Geschlechtlichen des Menschen seinen Grund hat. Die Theorie gibt ihm Anlaß eine Geschichte des Urmenschen zu schreiben, zu schildern, wie der besti-alische Kampf der Männer um das Weib begann. Erst war das Weib rein die Befruchtung abwartendes Geschöpf, zufrieden, wenn es mit Gewalt unter die Macht des Männchens gepreßt wurde. Die feineren Regungen zwischen Mann und Frau entwickelten sich lang-sam. Nach der instinktiven Mutter die Frau, der die Mutterschaft ein Greuel ist, die unfruchtbare Frau, die Dirne, die sich putzt, die sich nicht mehr wehrlos nehmen läßt, die selber lockt oder sich versagt, gleichsam als wenn sie ein

Mann wäre. Die Frau, die sich putzt, die sich nicht mehr schamhaft oder angstvoll verkriecht, ist dem Mann gleich geworden. Diese Theorie, ange-wendet aufs Ästhetische, besonders aufs Dichterische, liefert nun eine neue Art der Betrachtung, man darf nicht sagen: eine unfruchtbare. Sie zeigt das dem Exhibitionistischen Verwandte in allen Künsten, also auch in der Poesie. Rich-tig geübte Lebensenthaltsamkeit ist die Geistesart des Dichters. Seine Er-kenntnis verteidigt Wittels mit so viel schlagfertigen Witz, daß er beinahe überzeugt.

×
Nordische
Bücher

×
Kehren wir dankbar zu den alten Formen der Erzählungen zurück; Men-schenschicksale bleiben artig auf der Erde. Das Kleine wird gemalt; die Kaffeekanne und die Nähmaschine sind nicht weniger wertvolles Kunstgut als der Himmel oder das Mondsilber oder das Sonnengold. Jonas Lie hat die Geschichte der Näherin *Maisa Jons* hinterlassen /Leipzig, Merseburger/. Ge-krümmt, bleich, alltäglich, hoffnungslos sitzt sie tagaus, tagein bei den Damen, näht ihren Putz zusammen, erfährt von aller Festerei, von allem Glück, von Geburt, Taufe und Hochzeit. Aber sie selbst ist fern bei alledem, ein Wurm, der etwas mithilft, doch an die Seite bugsirt wird, wenn die rechte Freude beginnt. Nun sind die Kunden der Maisa Jons sehr gesittete, ordentliche, im Katechismus auferzogene Damen, denen natürlich übel werden muß, als Maisa sich in das Glück bei einem Studentlein retten will. Die Mühle von Beschränktheit und verlogener Schamhaftigkeit mahlt plötzlich. Die Damen haben alle ihren Gatten, sie können ihre Töchter auch an den Mann bringen. Natürlich kocht es ihnen das Blut auf, daß ihre Schneiderin, ihr Schützling, sich auf eine luftige umstürmte Liebesbahn begibt. Sie treiben die Näherin zu einer Hochzeit, nicht mit dem Studenten sondern mit einem Handwerker. Und der Mann ist leider ein Säufer, der in 8 Jahren die Frau bis zur Bettelei hinunterbringt und hierauf umkommt. Maisa Jons, die einst schöne Kleider machte, wird auf die alten Tage Flick-schneiderin, vom Mitleid lebt sie, merkt es gar nicht einmal, daß sie vom Mit-leid der gleichen Menschen lebt, die ihr Jugendglück zerstört haben. Das ist beinahe eine Alltagsgeschichte, die zu keiner Romantik Raum gibt. Aus dem

Erbe des Jonas Lie blieb sie und verdient noch viel Ehre.

Der Däne Karl Larsen liebt für seine Erzählung komplizierte Seelenfälle. Schon sein Buchtitel ist eindringlich, unruhig: *Der springende Punkt* /Berlin, Reiß/. Zwei Novellen sind da vereinigt, die in dem Menschen das geheime Wirken der Moral auf eigentümliche Art untersuchen. Auch der Bankbetrüger, der die vertrauenden Leute täuscht, hat nämlich seine hohe Vorstellung von dem Sittlichen. Obwohl er sich am Ende verläuft und im zu tiefen Wasser Zuflucht entdeckt, bleibt er fest in vornehmer, korrekter Haltung. Selten ist vom Selbstmord eines Betrügers so gelassen erzählt worden. Larsen ist nicht humorvoll, aber klug, ein stiller Psycholog, der nicht viele Reden macht. Die Gesandung eines Muttersöhnchens zum lebensstarken Mann, die Sühne von Lodderei und Diebsgelisten im Zuchthaus, das ist das Thema der zweiten Novelle, deren trockene Darstellung beinahe zum gefälligen Kunstmittel wurde.

Der Däne Johan Skjoldborg verfaßte den Roman der Bäuerin *Sara* /Leipzig, Merseburger/. Kindsmord aus Not und Verzweiflung. Doch gab er dem Stoff keine neuen bewegenden Elemente.

× **Lebensbeschreibung** Der Dichter Max Dauthendey hat die Geschichte seines Lebens geschrieben. Da er ein sehr guter Sohn war, da ihm sein Vater das Beste der Lebenserinnerungen zugebracht hat, so nannte er das Buch *Der Geist meines Vaters* /München, Langen/. Der alte Dauthendey hatte sehr bunte Schicksale. Er hat als einer der ersten die Photographie in Deutschland eingeführt, und mit seiner Kunst lebte er jahrelang in Petersburg. Dort kam er mit dem Adel und mit dem Kaiserhaus in Berührung. Der Vater wurde dann ein Opfer der russischen Lodderei und wanderte nach Würzburg, um seinen Kindern eine neue Heimat zu schaffen. Als Max Dauthendey erwachsen war, konnte er vom Vater all diese seltenen Lebensgeschichten erfahren. Sie sind ihm im Gedächtnis geblieben, und er berichtet sie mit viel Schlichtheit und Ergriffenheit. Das Buch hat auch als Beschreibung einer entschlafenen Kultur seine Bedeutung. Es ist endlich eine in manchem belehrende Selbstbiographie Dauthendey's. Ohne Eitel-

keit erwähnt er den frühen Hang zur Kunst, der ihn zum schlechten Schüler, zum Träumer, zur Sorge der Familie machte. Er selber hat in der Werkstatt seines Vaters das Photographieren gelernt, und er sollte in dem väterlichen Geschäft seine Zukunft erbauen.

× **Neuausgaben** Ein mageres, mit Rinnen und Falten zerkeiltes Gesicht, aber der Schnauz-

bart hängt struppig und tausendsträhnig um den Mund. Das ist der Kopf des Jens Peter Jacobsen, der auffällig dem Kopf des Friedrich Nietzsche und des Emile Verhaeren gleicht. In allen drei Köpfen aber klang ein Wille zum Rhapsodieensingen, ein Emporwerfen des dichterischen Tons zur Hymne. In Deutschland sind, die Jacobsen lieben, jetzt schon zahlreicher. Jacobsen wurde daher in die Sammlung der kostbarsten Bücher aufgenommen, die der *Inselverlag* mit Schönheit und Anmut umgeben will. Eine deutsche Gesamtausgabe Jacobsens (nicht nur seine beiden großen Romane und die kleinen Novellen, sondern auch die Gedichte, die Bruchstücke, die Tagebuchblätter, die naturwissenschaftlichen Aufsätze) hat dieser Verlag in einem Band gegeben. Mathilde Mann, Anka Mathiesen, Erich von Mendelssohn und der Bibliothekar Raphael Meyer teilten sich in die Übersetzerarbeit. Das so geordnete Buch, das Walter Tiemann in einen ehrwürdigen schwarzen, mit bescheidenem Goldschmuck belebten Deckel gebunden hat, ist sehr vollständig. Conrad Ferdinand Meyer hat einem jungen Schriftsteller einmal geraten sich aus der Subjektivität der Lyrik bald in die Objektivität der Erzählung zu retten. Langsam ging diese Heilung in Jacobsen vor sich, bis er sein Wesen genügend meisterte, um 2 große Romane in das Pantheon der Weltliteratur zu schenken.

Karl Georg Wendorfer setzt seine Bemühungen fort abseits liegende und schwer zugängliche Schriften der Goetheliteratur neu herauszugeben /Berlin, Morawe & Scheffelt/. Des Philologen Riemer Beziehungen zu Goethe waren nicht immer sehr freundlicher Natur. Denn der Mann scheint den Mund leicht zu Klatschgeschichten mißbraucht zu haben. Doch war Riemer ein heller und ironischer Kopf, der auch seinen Meister zu witzigen Paradoxen verleitet hat. Er war ein anderes Echo als der pathetische Eckermann oder der

schwulstige Falk, er war kritischer, beißender. Gegen die Goethefeinde, besonders gegen den bösen Wolfgang Menzel, hat er einmal sein ins Riesige angeschwelltes Buch verfaßt. Heute lohnte die Polemik nicht mehr, und Wendriner war auf richtigem Weg, wenn er aus diesen Mitteilungen nur das Unvergängliche einheimste. Im genannten Verlag sind auch, besorgt vom gleichen Herausgeber, Neudrucke Goethescher Werke (des *Götz*, der *Wahlverwandtschaften*, der Gedichtsammlung von 1815) erschienen. Neudrucke, die im Buchdeckel, im Druck und selbst in der Dürrtigkeit des Papiers den Binde- und Druckstil der Zeit getreulich nachahmen. Ein winziges Duodez, ein billiger Pappdeckel, gemustert wie eine Bauernsibyl: das waren die Gaben, die Cotta auf das Lebenswerk des Olympiers wagte. Der schäbigste Versleiher hat es heute besser. Aber dies treulich aufgehobene Andenken wird für den Büchersammler zu einem wertvollen Stück.

× **Kurze Chronik** Am 11. Februar war der 100. Geburtstag Otto

Ludwigs, der an vielen deutschen Theatern mit Festvorstellungen gefeiert wurde. In der Geburtsstadt Ludwigs, im thüringischen Eichsfeld, wurde sogar Sonntag erklärt, und aller Handel und alle Beamtenarbeit ruhten.

× Zum 200. Geburtstag Diderots wollten die Franzosen die Gebeine des Dichters ins Panthéon überführen. Die Gebeine sind aber aus ihrer Gruft verschwunden. × Die schwedische Schriftstellerin Lotten von Krämer hat ihr Vermögen von über einer Million Kronen für eine Akademie nach dem Muster der Académie Goncourt hinterlassen. Dichter von Talent sollen belohnt, auch eine literarische Zeitschrift soll mit dem Erträgnis des Kapitals bezahlt werden.

× Eine Herderstiftung mit einem Kapital von 45 000 Mark ist in Weimar begründet worden.

× **Literatur** Die merkwürdigste Frau aus der Romantik, Karoline Michaelis, erst Wilhelm Schlegels Gattin, dann dem Philosophen Schelling verbunden, hat Briefe geschrieben, die ihr Herz ganz unverhüllt zeigten. Sie hat in einer Zeit, die noch zu starker Frauenhörigkeit hielt, ein Leben der Freiheit, wenn auch oft des tiefen weiblichen Elends geführt. Als man den logischen Begriff der

Frauenemanzipation noch nicht kannte, war die Betätigung ihres Innern nichts anderes als Dienst für Liebestreue. Solche Artung mußte Helene Stöcker sehr gewinnend scheinen. Sie wählte die Briefe Karolinsens und gab ihnen die Einführung und Ausdeutung nach ihrem starken Temperament /Berlin, Oesterheld/. So verfolgte sie zugleich einen literarischen und moralischen Zweck. × Von Carl Spitteler habe ich stets nur die lyrischen Gedichte loben können, die Lieder auf Schmetterlinge und andere farbige Natur. Aber alles übrige, der vielbändige *Olympische Frühling* und die anderen Mythen, erschienen mir nur als edle, die Neugier weckende Petrefakte. Jetzt hat C. Meißner ein sehr tüchtiges und fleißiges Verteidigungsbuch über Carl Spitteler geschrieben, zur Einführung in des Dichters Schaffen /Jena, Diederichs/. Diese Schrift ist wertvoll durch die biographischen Daten, durch die Mitteilungen über die Entstehungsgeschichte der einzelnen Werke. Die Geschmacksurteile sind freilich parteiisch. × Die Briefe Otto Erich Hartlebens an seine Bekannten und Freunde druckt der S. Fischersche Verlag in einem dicken Band. Da ja das *Aperçu*, der Gedankenblitz, die Schnurre seit jeher die Stärke seiner Begabung bildeten, so hat Hartleben ein Recht auf die Veröffentlichung des Briefwechsels. Seine Prosa bleibt stets unterhaltsam und ist eine Bereicherung der Kunst. In den Briefen spricht er noch persönlicher, weniger überlegt und geneigt keinen seiner drolligen Einfälle zu unterdrücken. In den Briefen wird jener Typus aufbewahrt, den man kurz *Otto Erich* nennt. Ein wenig geistreiche Melancholie, in einigen großen Augenblicken sogar rührende Weisheit, Schwermut, vom Alkoholischen beförderte Ausgelassenheit und dazwischen auch nicht selten eine zarte, feine Seelenstimmung.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Landhäuser Durch Wort und Tat ist Hermann Muthesius zu einem der angesehensten Propagandisten der deutschen Kunstgewerbebewegung geworden. Namentlich der Landhausbau verdankt ihm entscheidende Impulse. Sein Kampf galt zunächst nicht irgendwelchem Formkanon. Als er aus England zurückkehrte, agi-

tierte er mit allem Eifer gegen verknöcherte und lächerliche Wohnsitten. Den in Wohndingen grotesk konservativen Gepflogenheiten der Gesellschaft setzte er einen natürlichen Komfort entgegen, der aus dem Schema *Villa* ein Eigenhaus zum behaglichen, gesunden und geschmackvollen Wohnen machte. Man kennt seine Schriften, weiß, daß diese Anregungen heute schon zum Gemeingut des kultivierten Deutschlands gehören, weiß auch, daß Muthesius selbst als praktisch ausführender Baumeister am meisten zu ihrer Verwirklichung beigetragen hat. Namentlich an dem Landhaus hat er immer wieder und mit größtem Erfolg gezeigt, daß die eigentliche Aufgabe des Architekten in diesem Augenblick darin besteht allen Witz und alles Talent aufzubieten, um das Selbstverständliche zu entwickeln. Diese Muthesius'schen Landhausbauten liegen jetzt in einem Band gesammelt vor (*Landhäuser* von Hermann Muthesius / München, Bruckmann/). Den erläuternden Text zu den Abbildungen und Grundrissen, die Haus und Garten dem Beschauer bis in die Details anschaulich machen, hat Muthesius selbst geschrieben. Auf die programmatischen Erörterungen von früher und theoretische Begründungen im einzelnen konnte er dank der Entwicklung, die diese Dinge einem breiten Publikum längst geläufig gemacht hat, verzichten. Jedem Haus gibt er eine ganz knappe, ganz sachliche Beschreibung mit. Man hört da von Geländeschwierigkeiten und -vorzügen, von deren Bewältigung und Ausnutzung, von Lebensart und Ansprüchen des Besitzers, von gewünschtem und erreichtem Komfort, von der Struktur und dem Umfang der zu versorgenden Haushaltung und erhält mitunter zum Schluß noch eine Ziffer: die Bausumme. Man könnte meinen, solche Rechenschaftsberichte, kurz und bündig wie ein Protokoll, ein Ingenieurvoranschlag oder eine Kaufmannsbilanz abgefaßt, müßten eintönig und langweilig wirken. Tatsächlich gibt es kaum eine Lektüre, die die Phantasie des Lesers gewaltiger anzureizen vermöchte. Jede Zeile gibt eine Realität, und das Bild daneben die formale Verkörperung. Man liest, und der Geist fängt an nach den Möglichkeiten der Verwirklichung zu suchen; wie ein Architekt beginnt man zu kombinieren, zu wählen und zu verwerfen; und erkennt schließlich als das eigentliche Geheimnis der Muthesius'schen Bauten, daß alles richtig ist,

daß die Gleichung glatt aufgeht. Diese Art sachlich, logisch, selbstverständlich zu bauen, die Muthesius' Stärke ausmacht, müßte eigentlich das Gegebene für jeden (selbst den kleinsten) Baumeister sein. Jeder müßte, wie das früher ja der Fall gewesen, ebenso eindeutige Bauprotokolle zu geben instande sein. Gewöhnlich ist aber bei heutigen Architekturpublikationen von ganz andern die Rede, von mehr oder minder neuartigen oder genialischen Formabsichten, hinter denen das Haus fast wie ein Mittel zum Zweck besteht. Daß Muthesius den Nachdruck auf die Elemente legt, aus denen das Haus sich zusammensetzt, ist für seine Art zu bauen charakteristisch; entwickelt er doch alles, was man an seinen Häusern *Form* nennen möchte, ganz aus solch inneren Bedingungen heraus. Sie erscheinen gegenüber dem Bauenden geradezu als das Primäre. Wie viel an persönlicher Fraktur sich da letzten Endes durchzusetzen vermochte, wird man am besten aus den Bildern selbst ersehen, die über 20 Land- und Kleinhäuser darbieten. Am anschaulichsten zeigt das vielleicht das Haus de Burllet in Schlachtensee, eines der besten, das Muthesius je gebaut hat, und jedenfalls das feinste, das in den westlichen Berliner Vororten zu finden sein dürfte.

×
 Berlin In dem Aufsatz *Apostaten des Kunstgewerbes* habe ich in den *Sozialistischen Monatsheften* (1911, 2. Band, pag. 776 ff.) aufzuzeigen versucht, welche Irrwege von einem Teil der Kunstgewerber eingeschlagen worden sind, nachdem sie aus der großen Linie ihrer Entwicklung, die von Ruskin zu van de Velde führt, herausgesprungen sind, wie sie mit dem Aufgeben des Ethos, das sie emporgetragen hat, sich selbst aufgeben, wie das schlechte Rokoko der fünfziger Jahre doch nicht das Ziel all der Kämpfe sein kann, die um das Kunstgewerbe geführt worden sind. Die Berliner Kunstgewerbeschule, die jetzt in einer interessanten Ausstellung Einblick in ihre Tätigkeit bot, scheint leider diesen rückläufigen Tendenzen nicht widerstehen zu wollen. Den ausgezeichneten Geschmack zugestanden, den Künstler wie Paul Grenander, Orlik, Weiß usw. ihren Schülern mitzugeben vermögen, kann man doch nicht umhin einen Stileklektizismus zu verwerfen, der sich von dem der neunziger Jahre nur dadurch zu unterscheiden scheint, daß er

weniger das Detail als die Gesamtstimmung zu kopieren trachtet. Einen Beleg dafür bietet zum Beispiel das Präsidentenzimmer des neuen Kammergerichts, das in der Ausstellung gezeigt wurde. Die Konsole unter den Spiegeln mit den eingedrückten Beinen wird man so gewiß nicht in irgendeiner Vorlage finden, auch nicht das Gezirkel der Stuhllehne und gewiß nicht den wohl aus der Weißklasse stammenden Teppich, der trotz der plastischen Rosen sonst amüsanter und zierlicher ausgefallen wäre; auch nicht die über das Spiegelglas gezogenen und grell vergoldeten Schnitzereien, die in der Klasse des sonst so feinen Wackerle gemacht sein dürften. Man sehe von all diesen Details ab, die aufzotieren beckmesserisch erscheinen könnte, und vergleiche dieses Präsidentenzimmer mit dem Präsidentenzimmer für Bayreuth, das 1905 so lauten Beifall weckte, und das mit dem großen künstlerischen Erfolg der Ausstellung Dresden 1906 mit dazu beigetragen hat Bruno Paul an die Spitze der Berliner Schule zu bringen. Es ist bedauerlich diese Schülerkräfte in der Irre tappen zu sehen, sie, die berufen wären den artistischen Einschlag der Schulen von Wien, Hamburg oder der Pankokschen Lehrwerkstätten zu überwinden. Denn diese Schule verfügt über eine wertvolle Grundlage. An dem Prinzip den Künstler zum Erzieher des Nachwuchses zu machen wird man gewiß nicht rütteln wollen, und der Drill, der gerade diesen Schülern in den sogenannten Vorklassen aufgezwungen wird, ist das Beste, was die Ausstellung demonstrierte.

× ×
Kurze Chronik Jung an Jahren ist einer der feinsten Messelschüler, William Müller, gestorben. Gegenüber der Verwilderung ins Malerische, der die Architektur um die Jahrhundertwende verfallen war, erstrebte er wieder Strenge und formale Klarheit. Das trieb ihn wie seinen großen Lehrmeister von selbst zu einem engern Anschluß an die Tradition, die er aber jedesmal aus einem modernen Empfinden heraus lebendig zu machen verstand. Berlin ist ihm sehr viel schuldig geblieben. Das *Kammerspielhaus* des *Deutschen Theaters*, das *Krematorium* der Stadt Berlin, eine Brücke über den Landwehrkanal, das *Geschäftshaus Springer* in der Linkstraße, etliche Landhäuser und Herrnsitze schlesischer

Magnaten: das wäre etwa das, was an Aufgaben diesem feinen Künstler gestellt worden ist. × Die technischen Lehranstalten in Offenbach haben einen Neubau bezogen, den ihr Direktor Hugo Eberhardt aufgeführt hat. Eberhardt hat mit einem bemerkenswerten städtebaukünstlerischen Sinn die Gelegenheit wahrgenommen damit zugleich das prachtvolle Isenheimer Schloß, eine der edelsten Renaissanceschöpfungen des Maintals, vor einer verschandelnden Umgebung zu retten. × In der Leipziger Straße in Berlin hat Hermann Muthesius zum erstenmal einen großen Geschäftshausbau errichtet, der sich klug und geschickt an die Messelsche Tradition anlehnt. × Das Warenhaus A. Wertheim hat in seinem Neubau unter Beteiligung der *Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst* eine große Abteilung moderner Wohnräume eingerichtet, die qualitätvolles und praktisches Mobiliar von bewährten Künstlern wie Bekrens, Hoffmann, Bertsch, Niemeyer, Riemerschmid, Thiele, Henker, Huber, Roß und anderen darbietet. × Die von dem Hagener Folkwangmuseum veranstaltete kunstgewerbliche Wanderausstellung, die seit dem 14. März durch nordamerikanische Städte reist, scheint auf die Amerikaner starken Eindruck zu machen. *Art and Progress* schreibt über die Veranstaltung: »Die Deutschen zeigen sich hier wieder einmal dem Fortschritt zugehen und bekunden bedeutendes Anpassungsvermögen.« *News* (Newark): »Der Wert der Ausstellung liegt nicht nur in ihrer ungewöhnlichen Schönheit, man findet ihn in dem frischen Gedanken, dem Bestreben etwas Ideales und Individuelles zu leisten . . . Der Amerikaner mag guten Geschmack und Kunstverständnis haben, aber es fehlt ihm das Selbstbewußtsein des künstlerisch Schaffenden, das, wie wir hier sehen, zur stärkern Betonung des Individuellen führt.« *Tribune* (Chicago): »Wir sind hinter den Deutschen zurückgeblieben, denn diese sind schon längst zu der Ansicht gekommen, daß mittels Maschinen hergestellte Muster, solche, die in sinn- und bedeutungslosen Wiederholungen bestehen, fort müssen, wenn sie nicht unser ganzes Kunstbestreben ertöten sollen.« Gleichzeit ist das scheinbar aussichtsvolle Projekt aufgetaucht für Amerika eine Verkaufs- und Musterausstellung des gesamten deutschen Kunstgewerbes einzurichten.

DIVERSA

Neuerscheinungen

Deutschland
1825-1826

Die Schwedin Malla Montgommery-Silverstolpemacht mit ihrem Begleiter im

Jahr 1825 eine Reise nach Deutschland. Von Hamburg geht es in der Postkutsche über Köln nach Bonn, da wird Arndt mit seiner Familie besucht, von dort geht es per *Wasserdiligence* und Boot über Koblenz, Mainz, weiter per Post nach Heidelberg und Stuttgart (ein Besuch im Atelier von Dannecker), in Erlangen gibt es angeregte Stunden mit dem Grafen Platen, in Bayreuth ein warmes Zusammensein mit Jean Paul. In Karlsbad trifft man Schelling mit seiner herzlichen Frau, in Dresden liest Tieck im Familienkreis meisterhaft die Schlegelsche Übersetzung von *Heinrich II.* vor, in Berlin dann erreicht man den Höhepunkt der menschlichen und künstlerischen Beziehungen. Auf kurze Zeit wird der Berliner Aufenthalt durch einen Besuch bei Breslauer Freunden unterbrochen, und nach einem Jahr kehrt die Schwedin wieder in die Heimat zurück. Jetzt ist ihr Reisetagebuch in deutscher Sprache neu aufgelegt (*Das romantische Deutschland* /Leipzig, Bonnier/).

Neben den interessanten Ortsschilderungen dieser Reise («Die Kunst blüht und gedeiht in Berlin und macht diese Stadt heute zu einer der interessantesten Deutschlands») fesselt uns aber vor allem die schlichte, ohne irgendwelche literarische Absicht gegebene Darstellung des Lebens und der Menschen jener Tage, der Blick hinter die Kulissen, den uns die Schwedin tun läßt. Trotz aller wirklichen Anerkennung für die geistigen Werte, speziell Berlins, fühlt sich Frau Malla doch fremd, sie bewahrt sich die kühle Klarheit des Urteils. »Man ist hier [in Berlin] so *à la piste* von allem, was interessieren, den Gedanken Stoff und der Neugierde Nahrung geben kann.« Oder: »Hier ist alles so durchdacht, so anatomisiert, daß man zuletzt nicht weiß, wo man eigentlich hingehört. Bin ich zu einfältig, zu beschränkt, um das zu begreifen? Ich weiß nicht, aber es macht mir einen unbehaglich störenden Eindruck von diesen Ehebrüchen und Scheidungen zu hören.« Ein Mittelpunkt der Kreise, in denen Frau Malla lebt, ist Bettina, die aufregend in ihr Leben hineinflackert. Sie kann sich dem Reiz, der von dieser Frau ausgeht, nicht völlig entziehen: »Ich muß

mich zusammennehmen mich nicht an dieses wunderliche Geschöpf zu hängen — ich fürchte, es wäre schmerzlich und gefährvoll. Sie ist hinreißend, aber ich kann sie nicht billigen.« Und doch macht es sich so, daß die Schwedin mit Bettina mehr und vertrauter zusammen ist als mit Rahel Varnhagen, die ihr weit verwandter gewesen wäre. Mit Rahel bleibt der Verkehr mehr konventionell, obschon Frau Malla öfter ihre Vorzüge bewundernd hervorhebt. Natürlich wird da, wo Bettina ist, auch viel von Goethe gesprochen, der aber gerade von diesen Zeitgenossen nicht allzu günstig beurteilt und als der Verführer des Herzogs zur Sittenlosigkeit bezeichnet wird. Sehr interessant ist die Wirkung Schillerscher Dramen auf Frau Malla. *Kabale und Liebe* »hat schöne Stellen, macht aber einen peinlichen Eindruck«, *Don Carlos* »machte ... mir einen wehmütigen Eindruck, es war, als hätte ich auf einmal den höchsten Grad von Ehrfurcht verloren, der lange mein Ideal war«, die *Braut von Messina* dagegen ist »schön als Ganzes, mächtig und ergreifend«. Nach allen Seiten hin spinnen sich die Fäden menschlich wohlthuender und geistig reger Interessen; so ist auch der Feldmarschall Gneisenau ein warmer Freund von Frau Malla, und eine Menge anderer, berühmter Menschen wird uns gerade in ihrem Alltag vertraut und lieb gemacht.

Da ist aber noch ein weiteres Moment, das uns das Buch wertvoll erscheinen läßt. Frau Malla Montgommery ist eine Vorläuferin unserer heutigen Frau, ein schon in unserm Sinn moderner Mensch. Ellen Key, die das Vorwort schreibt, hat sich mit liebevollem Verständnis diese Gestalt herausgeformt, damit wir sie deutlich so erkennen, wie sie sich zwischen den Zeilen des Buches gibt. Frau Malla berührt zwar nur leise und mit verhüllten Worten ihre eigenen innerlichen Angelegenheiten; aber wir sehen doch, wie sie, die noch vielfach fest in der Tradition wurzelt, nicht mehr davon in ein Schema *à la mode* gepreßt zu werden vermag, wie sie ein klares Ichbewußtsein besitzt, wie sie vollkommen eigene Anschauungen hat, wie sie innerlich rastlos, zerrissen und einsam bleibt, da sie nie das Ideal erreicht, nach dem sie ringt, und da sie zu den heute so häufigen Frauen gehört, die von der Freundschaft des Mannes auch die Liebe erhoffen, von der Liebe auch die Freundschaft verlangen und darum immer darben.

IDA HÄNY-LUX